Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 121 September 2005 2,50 Euro



- Aufruf zu einem erneuten Waffenstillstand
- Imrali aus der Sicht eines Soldaten | Ständig allein, nur von Kameras umgeben

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 121 September 2005

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich,
M. D. Göksungur

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU -
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
(6 Exempl. inkl. Porto)
20,- Euro (Deutschland)
25,- Euro (Europa)

Einzelexempl. 2,50 Euro
Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Aktivitäten der Bevölkerung für Frieden und Gerechtigkeit

Rückseite:
Freiheit für Öcalan – Stopp Isolation

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Kurdinnen und Kurden beteiligen sich an der Unterschriftenkampagne Foto: DIHA



Viele begrüßten den von den HPG freigelassenen Soldaten Coskun Kirandi in Ankara Foto: DIHA



Am 18. August verlor Engin Sincer (Erdal) durch einen tragischen Unfall sein Leben. Viele gedenken an diesem traurigen Tag eines treuen Freundes und einer großen Persönlichkeit der kurdischen Bewegung. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum 1. September werden wieder die Menschen weltweit gegen Krieg und Unterdrückung auf die Straße gehen und für ihre Rechte auf ein menschenwürdiges Leben demonstrieren. Auch in Kurdistan ist dies der Fall. Nach täglichen Demonstrationen zum 15. August und gegen die sich verschärfenden Haftbedingungen des Kurdenführers Abdullah Öcalan nutzen die Menschen diesen Tag, ihr Anliegen eines gerechten Friedens zum weltweiten Antikriegstag zu formulieren. Positive Bedingungen sind von kurdischer Seite gegeben, denn seit dem 20. August sind die Volksverteidigungskräfte HPG nach einem Aufruf des Präsidiums des KONGRA-GEL und des Exekutivrats der Koma Komelên Kurdistanê (Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan) bis zum 20. September (für einen Monat) von der aktiven in die passive Verteidigung getreten. Mit diesem Schritt soll erneut ein Weg für eine friedliche Lösung des Konflikts eröffnet werden. In dieser Zeit sollen keine bewaffneten Aktionen durchgeführt werden außer zur direkten Selbstverteidigung bei Angriffen durch staatliche Sicherheitskräfte. Wie dieser Schritt von den politischen und militärischen Verantwortlichen in der Türkei aufgenommen wird, muss sich erst noch zeigen. Ebenso wie die Haltung der westlichen Staaten. Die erste Reaktion lässt nicht viel Positives erwarten, denn die angekündigte Pressekonferenz in Brüssel, auf der der Aufruf zum einseitigen Waffenstillstand durch Vertreter der kurdischen Seite verkündet werden sollte, wurde nach Intervention der Türkei in Belgien verboten.

In einer Unterschriftenkampagne will KON-KURD weltweit Kurdinnen und Kurden mobilisieren, um mit ihren Unterschriften Unterstützung für einen Dialog zwischen den Konfliktparteien zu gewinnen. Elementare Forderung ist die Freiheit Abdullah Öcalans ebenso wie die Gründung eines unabhängigen Gerichts, das beide Seiten – die türkische wie auch die kurdische – zur Verantwortung zieht. Wahrheitskommissionen, wie in Südafrika praktiziert, könnten hier als Beispiel dienlich sein.

Im Juni erschien in der türkischsprachigen europäischen Tageszeitung Özgür Politika ein Interview mit einem Soldaten, der auf der Gefängnisinsel Imrali seinen Dienst versehen hatte. Wir veröffentlichen das zusammengefasste Interview, um unseren LeserInnen einen Einblick in diesen doch besonderen Ort zu gewähren, an dem Abdullah Öcalan jetzt seit mehr als sechs Jahren leben muss.

Einen wichtigen Teil in diesem Kurdistan Report nimmt das seit dem 1. Juni eingeführte neue türkische Strafvollstreckungsgesetz ein. Der Istanbuler Rechtsanwalt Baran Dogan bewertet die Veränderungen des Gesetzes und die Auswirkungen auf die davon Betroffenen. Die Ersten, die das neue Gesetz zu spüren bekamen, waren Abdullah Öcalan und seine AnwältInnen. Acht von ihnen wurden faktisch mit einem Betätigungsverbot belegt. Die Anwaltsbesuche wurden abgehört und auf Band aufgenommen, die schriftlichen Notizen beschlagnahmt. Seit Einführung dieses neuen Gesetzes hat kein anwaltschaftlicher Besuch bei Herrn Öcalan stattgefunden. Mit dieser Haltung protestiert er gegen diese Bedingungen, unter denen eine juristische Verteidigung nicht möglich ist. Ebenso möchten wir in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auch der wöchentlich rechtlich zugesicherte Besuch durch Familienangehörige sowie die Zusendung von Büchern und Ähnlichem in diesem langem Zeitabschnitt nur zweimal stattfanden.

„Die Hoffnung, die dem Menschen die Begeisterung für das Leben gibt, ist wertvoller als alles andere“, schrieben die Lebenden Schutzschilde in ihrem offenen Brief, der ebenfalls in dieser Ausgabe zu finden ist. In diesem Sinne einen erfolgreichen Herbstbeginn wünscht

Ihre Redaktion

Eine demokratische Türkei – ein demokratischer Mittlerer Osten

Die Freiheit der Kurden

H. Yasin Dogan

Bedeutende Ereignisse erfordern das Verständnis ihrer Entwicklungen, ebenso wichtig ist aber auch, sie richtig zu deuten und in eigene Stärke umzuwandeln. Deshalb sind allgemeinpolitische Analysen und ideologische Erklärungen unzureichend für eine Antwort auf die aktuellen Fragestellungen.

Eine Woche zuvor hätte dieser Text eher den erstarkenden Krieg, die fehlende Aussicht auf Lösungen sowie die Gründe dafür und dennoch die Rufe nach Demokratie und Frieden beinhaltet.

Deshalb schauen wir uns erst die letzten zwei Monate an und das, was die nahe Zukunft bestimmen wird:

Der türkische Ministerpräsident arbeitet nach wie vor mit dem Staatspräsidenten und den Militärbefehlshabern an der Liquidierung des Freiheitskampfes, dafür fanden mehrere Dreierkonferenzen statt. Die USA wurden angerufen, die „Vernichtungs"operationen fortgesetzt. Er drohte, in den Süden einzumarschieren („lasst sie uns zusammenschlagen"), bekam aber kein grünes Licht, was ihn noch mehr in Rage brachte. Er wandte sich dem Inneren zu, versuchte alles, um die demokratische Opposition zum Schweigen zu bringen. Das Recht auf Muttersprache wurde angegriffen, die Gewerkschaft „Egitim-Sen" musste die Forderung danach unter der Androhung ihres Verbots aus der Satzung streichen. Um die Isolation der Führung der Koma Komelên Kurdistan zu verstärken, wurde die Strafgesetzgebung verschärft: Seit zwei Monaten ist den AnwältInnen Abdullah Öcalans ein Besuch bei ihm – ihrer Pflicht nachzukommen – unmöglich gemacht. Viele wurden mit Strafen bedroht, weil sie Öcalan mit „Herr" anredeten. Die Militäroperationen wurden verstärkt, vielleicht die umfangreichsten der letzten zehn Jahre.

Die Anschläge in London und den türkischen Tourismusgebieten wurden als Argumente gegen die Freiheitsbewegung benutzt. Dafür machte die AKP Ähnlichkeiten aus zwischen El Kaida, deren Linie doch eigentlich der ihren näher liegt, und der PKK, um europäische Unterstützung zu erhalten. Die Vorkommnisse um Hikmet Fidan dienten als Anlass, um mit möglichst vielen bis dahin als Verräter denunzierten und jetzt als „gut" und „sauber" akzeptierten KurdInnen einen Generalangriff zu starten. Zusammen mit zuvor durch Morddrohungen eingeschüchterten „guten Türken" und der bei Militärbriefings mobilisierten Presse sollte bewiesen werden, dass die PKK und Öcalan geschwächt seien und keine Unterstützung mehr fänden. Als einzige Voraussetzung für demokratische Gesinnung galt jetzt die Gegnerschaft zur PKK. Kurz, alle diese „DemokratInnen" versammelten sich hinter den Generälen. Der IHD wurde mit Hilfe der bekannten Autorin und „guten Türkin" Adalet Agaoglu als PKK-Sympathisant bezichtigt und zum Lynchen freigegeben. Besonders die europäischen Botschafter, aber auch alle dem Freiheitskampf nahe Stehenden wurden zur Distanzierung von Abdullah Öcalan und der PKK aufgefordert.

Währenddessen waren die eigentlich der Demokratie verbundenen Kreise in der Türkei weit davon entfernt, auf Abstand zum System zu gehen. Sie vergaßen dessen antidemokratische Seite und unterstützten es, indem sie zuschauten, wie diejenigen isoliert werden, die auf einer von der PKK geschaffenen Basis politisch arbeiten. Sie ignorierten, dass sie im Falle einer Niederlage der Freiheitsbewegung und des kurdischen Volkes als dynamischer Kräfte der Demokratie selber scheitern würden.

Wir könnten noch weiter ausführen, die Entwicklung wurde durch Chauvinismus, Provokationen und Erniedrigungen bestimmt.

Die Freiheitsbewegung und das kurdische Volk standen also psychisch, ideologisch und militärisch unter Beschuss, zeigten aber auf der Basis der legitimen Selbstverteidigung ihre militärische Schlagfertigkeit und verteidigten auf höchstem Niveau ihre Verbundenheit mit der Führung.

Ohne ernsthafte Einbußen brachte die Guerilla dem Staat in dessen umfangreichsten Operationen der letzten zehn Jahre enorme Verluste bei, was in der türkischen Öffentlichkeit seine Wirkung zeigte. Dabei spielten die Aufrufe der türkischen, später der kurdischen Intellektuellen eine wichtige Rolle. Die DTH steht trotz aller Hindernisse, Verunglimpfungen, Spaltungsversuche kurz vor ihrer Konstituierung als Partei.

Soweit das Bild bis zum Treffen des Ministerpräsidenten Erdogan mit den Intellektuellen und bis zu seiner Reise nach Diyarbakir.

Die Sprache der ProtagonistInnen einer Lösung war die legitime Selbstverteidigung, die der Nichtlösung die Verleugnung. Erdogan bezeichnete die kurdische Frage bei seinem Besuch in Norwegen als „imaginär".

Es war die widersprüchlichste und gewalttätigste Zeit der letzten sieben Jahre. Das Regime suchte die Zusammenarbeit mit den regionalen Status-quo-Mächten. Die Angriffe im Iran, die Verleugnungspolitik und Verhaftungen in Syrien zeigen, wie weit die Anti-PKK-Haltung die Beziehungen zwischen Türkei, Iran und Syrien bestimmt.

Die jeglichen Rechtsbrüchen in anderen Ländern entschlossen entgegentretenden USA und die EU-Staaten blieben teilnahmslos. Wichtig waren die Stärkung der Kollaborateure und die Schwächung der Kräfte in der PKK-Tradition. Deshalb wird auch die PKK als terroristisch eingestuft, ihre Führung Öcalan isoliert und die Bevölkerung zur Distanzierung aufgefordert.

Aber diese Erwartungen haben sich auch dieses Mal nicht erfüllt.

Also wurde aus dem „imaginären" Kurden ein wahrer Kurde und Erdogan erkannte: „Es gibt ein kurdisches Problem und es ist mein Problem." Er sprach von der „demokratischen Republik", seine Äußerungen ließen eine derartige Deutung zu, dass der „Terror im Rahmen der Demokratie gelöst" werden könne. Zudem erklärte er: „Auch der Staat hat Fehler gemacht." Dagegen sprach er mit Parolen von „Staat, Fahne, Nation" auch die traditionalistischen Kreise an und illustrierte damit, dass er sich weder von ihnen lösen noch eine Kraft für die Lösung sein kann. Er agierte wie immer als Händler. Ob er das von ihm in der Vergangenheit gespielte „Lösungsspiel" mit dem Verweis an die Militärs diesmal mit den Intellektuellen spielen wird, ist noch nicht klar. Daher zog es die Bevölkerung von Amed vor, ihn entweder aus TV und Radio zu empfangen oder gar nicht. Sie boykottierte seinen Empfang. Aber es ist ein Schritt aus der Spannung heraus und eine Basis für den Frieden in der türkischen Öffentlichkeit. Das ist wichtig.

Die Freilassung der HPG-Gefangenen, des Soldaten und des AKP-Bürgermeisters, an ihre Familien ohne irgendwelche politischen Forderungen war ein Friedenssignal. Ebenso positiv wirkt das Scheitern des Versuchs, einen Zusammenhang zwischen Gewalttaten und Freiheitsbewegung herstellen zu wollen.

Es muss natürlich ein Prozess des Dialogs beginnen. Die Problemlösung im Rahmen der Demokratie ist mehr als ein Wunsch, sie ist notwendig. Aber wichtiger ist, alle Voraussetzungen zu schaffen, soweit möglich. Die Freiheitsbewegung hat dafür schon alles Nötige unternommen. Ihre Schritte blieben bisher immer einseitig, sie war immer mit dem Vernichtungskonzept konfrontiert. Ihre Führung wird trotz allem immer stärker isoliert und mit physischer Vernichtung bedroht. Deshalb die Kampagne zur Verteidigung von Öcalans Leben, die sich sicherlich wie ein Referendum entwickeln wird.

Es scheint unmöglich, dass eine Bewegung, der weder politisch noch ethisch eine Überlebenschance gelassen wird, ohne Entgegenkommen die Waffen niederlegt. Das ist weltweit ohne Beispiel. Noch werden die Freiheitsbewegung und ihre Führung nicht anerkannt, haben sie keine Möglichkeit sich politisch legal zu betätigen. Noch dauern die militärischen, psychologischen und ideologischen Vernichtungsangriffe an. Noch gibt es keine Sicherheit selbst für die menschlichsten Werte, für die gekämpft wird.

Gleichzeitig wird die Föderation im Süden als Hoffnung dargestellt, der Kollaboration damit der Weg gebahnt. Deshalb muss dem Nationalismus in der kurdischen Frage – von den USA ebenso als Strategie vertreten – auch ideologisch begegnet werden, um in der Region einen nationalistischen Krieg mit kurdischer Beteiligung zu verhindern.

Andererseits haben die Lebenden Schutzschilde ihren Aktionsradius bis zum Medya-Verteidigungsgebiet ausgeweitet. Damit zeigen sie, was passiert, wenn die Türkei ihre Aufrufe ignoriert, und geben anderen Jugendlichen ein Beispiel.

Der kurdischen Freiheitsbewegung und dem Volk in Kurdistan bieten sich am Jahrestag des 15. August neue Chancen für Freiheit, Demokratie und Frieden. Sie haben die politische und ethische Prüfung der organisatorischen Krise in den letzten Jahren gemeinsam mit ihrer Führung erfolgreich überstanden.

Wird die Türkei mit ihren dringenden Demokratie-Problemen am 3. Oktober der EU gegenüber in eine neue Phase treten? Ob der Besuch von Ministerpräsident Erdogan in Amed ein pragmatischer Schritt dafür gewesen ist, werden wir in der Praxis sehen. Die kurdische Befreiungsbewegung wird jeden Friedensfunken und jeden demokratischen Schritt genauestens prüfen. Wird die Herangehensweise an die kurdische Frage entsprechend den EU-Kriterien als Prüfstein für den EU-Beitritt genommen, unterstützt die kurdische Bewegung den Beitrittsprozess. Dieser Prozess darf nur kein Liquidationsprojekt mehr sein. Als Neubeginn scheint ein frischer – wenn auch zeitlich begrenzter – einseitiger Waffenstillstand, wie er vor einem Jahr aufgehoben worden ist, eine mögliche Antwort auf die Äußerungen und Forderungen der Bevölkerung, der Intellektuellen und Erdogans bieten zu können. Die richtige Beurteilung eines solchen Schritts fällt der Türkei und der EU zu. Dafür bedarf es einer starken und in jedem Lebensbereich organisierten Bevölkerung sowie einer entschlossenen Organisation, die jeden Angriff im Rahmen der Selbstverteidigung beantworten kann. Mit der reichen Erfahrung aus den letzten dreißig Jahren kann den KurdInnen das gelingen.

Natürlich sollten die Probleme und ihre Lösungen beim Übergang von der Phase der Verleugnung zu einer Phase, in der jeder seinen eigenen Kurden schaffen will, andere sein. Diesen Unterschied hat der Vorsitzende der Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan in seinen Verteidigungsschriften umfassend erörtert und die ideologische Sichtweise sowie die vorgesehenen Organisations- und Aktionsformen verdeutlicht. Auf dieser Grundlage sollte jetzt eine stärkere Verbindung zwischen der Freiheit und dem Koma-Komelên-Kurdistanê-Vorsitzenden, der Demokratie und der Geschwisterlichkeit der Völker, der Lösung und der Organisiertheit und demokratischen Aktivität der Völker hergestellt werden. Dabei dürfen auch die militärischen Kampfmethoden im Rahmen der Selbstverteidigung nicht vergessen werden. Wie das Beispiel der Lebenden Schutzschilde zeigt, werden demokratische Aktionen mit Gewalt beantwortet. Keine demokratische oder humane Forderung findet eine konkrete Entgegnung. Deshalb ist die militärische Alternative in diesem Prozess strukturell immer noch enthalten.

Wesentlich ist, im Geist des 15. August eine Lösung auf der Ebene demokratischer Aktion und Organisiertheit zu forcieren. Aus diesem Grund ist die Kampagne zur Verteidigung Abdullah Öcalans im Hinblick auf die kurdische Zukunft als Gradmesser von Bedeutung. Weiter muss in dieser Zeit beharrlich unterstrichen werden: Wenn der Befreiungskampf verliert, geht auch die Hoffnung auf Demokratie verloren. Niemand, und schon gar nicht diejenigen, die sich als DemokratInnen bezeichnen, können von einer Niederlage des Befreiungskampfes positive Resultate erwarten. Deshalb sollte der 15. August im Geiste eines neuen 1. Mai als Anlass für die Weiterentwicklung der Geschwisterlichkeit der Völker verstanden werden. ♦

An die Presse und an die Öffentlichkeit

Aufruf zu einem erneuten Waffenstillstand

Kongra-Gel und Koma Komelên Kurdistanê

In unserem Zeitalter werden alle nationalen und gesellschaftlichen Konflikte mittels Dialog und auf Vertrauen basierender gegenseitiger Annäherung der Konfliktparteien gelöst. Das demokratische Lösungsmodell wird von den Staaten in Europa, Asien, Afrika und Amerika in Konflikten zwischen Völkern und Kulturen häufig angewandt. Auf der Welt sind die Lösungsmethoden für Probleme dieser Art. Diese Methode ist viel lösender, humanistischer, demokratischer und dauerhafter. Auch der kurdische Konflikt wartet darauf, mit dieser Perspektive behandelt und zu einer Lösung gebracht zu werden.

Der kurdische Konflikt ist nicht nur das älteste und lebenswichtigste Problem der Türkei, sondern es ist ein regionales und hat sich sogar zu einem internationalen Problem entwickelt. Neben historischen, sozialen, politischen und kulturellen Seiten weist das Problem auch sehr komplexe internationale Dimensionen auf. Es ist für viele existierende Probleme sowohl Grund als auch Resultat. In diesem Zustand ist es ein Problem, das dringend auf eine Lösung wartet. Heute sind die Bedingungen für eine Lösung mehr gereift als je zuvor. Lösende Annäherung und vertrauensgebende Politik werden sich beschleunigend auf die Lösung des Problems auswirken.

Das kurdische und das türkische Volk, die die schwierigen Phasen in der Geschichte gemeinsam angegangen sind, sind aufgrund lösungsloser herrschender Politik in einer bestimmten Etappe der Geschichte in eine problematische Phase der Auseinandersetzungen eingetreten. Um diese Probleme zu lösen, stand stets die gewaltsame Unterdrückung im Vordergrund. Das Traurigste und Bedauerlichste daran ist, dass auf der Anwendung von Gewalt beharrt wurde, obwohl sie beinahe nichts zur Lösung beitragen konnte. Diese Politik hat auch ihre Gegenseite produziert. Dabei war diese Methode weder realistisch noch hat sie Lösungen hervorgebracht. Daher sollten die Methoden gesellschaftliche Probleme mit Gewalt zu unterdrücken, die im 19. und 20 Jahrhundert oft angewandt wurden, so schnell wie möglich abgelegt werden. Eine friedliche, auf Dialog basierende Methode bei der Lösung unserer Probleme zur Grundlage zu machen ist daher noch fortschrittlicher und realistischer. Diese Methode ist nicht nur im Interesse des türkischen und kurdischen Volkes, sondern aller Völker der Region.

Als kurdische Freiheitsbewegung haben wir bislang für die Lösung des Problems bedeutende Lösungsprojekte vorgeschlagen, konkrete und mutige Schritte unternommen. In den Jahren 1993, ´95 und ´98 haben wir einseitige Waffenstillstände deklariert. Aber weder der türkische Staat noch die Regierungen haben diese bislang richtig beantwortet. Im Gegenteil: Es wurde auf der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik beharrt.

Obwohl unser politischer Führer Abdullah Öcalan (Apo) infolge eines internationalen Komplottes verhaftet wurde und unter schwersten Isolationsbedingungen gehalten wird, hat er für die Lösung der kurdischen Frage und für die Schaffung des Friedens in der Türkei wichtige Schritte unternommen. Es ist auf das Beharren unseres politischen Führers auf einer demokratisch-friedlichen Lösung auf der Grundlage der Demokratischen Republik zurückzuführen, dass keine gewaltsame kurdisch-türkische Auseinandersetzung stattfindet und dass die kurdische Frage nicht zum Thema für die Interessen der internationalen und regionalen Kräfte gemacht werden konnte. Mit dieser Grundperspektive hat unsere Bewegung durch eine Wandlung den bewaffneten Kampf vollständig aufgegeben und akzeptiert, die Waffe ausschließlich im Rahmen der legitimen Verteidigung zu nutzen. Sie beschloss, ihren Kampf mit politischen, demokratischen Mitteln zu führen. Anschließend wurde auf der Grundlage des Aufrufes unseres politischen Führers der größte Teil der Guerillakräfte von türkischem Gebiet abgezogen, um keinen Anlass für neue Gefechte zu liefern und die Lösung des Problems zu erleichtern. Um das Vertrauen zu untermauern, wurden zwei unterschiedliche Friedensgruppen in die Türkei entsandt. All diese Schritte blieben seitens des türkischen Staates und der Regierungen unbeantwortet. Somit wurde die Lösungslosigkeit aufgezwungen und der Staat beharrte darauf, die Freiheitsbewegung mit Gewalt zu liquidieren. Bekanntlich wurde versucht, die Öffentlichkeit in diesem Sinne zu manipulieren und die internationalen Kräfte unter dem Vorwand des “Kampfes gegen den Terrorismus” in diese Politik einzubeziehen. Den Freiheitskräften wurden ständig zwei Alternativen vorgelegt: entweder komplett zu kapitulieren oder Widerstand zu leisten! Aufgrund dieser Tatsachen sah sich die Freiheitsbewegung gezwungen, ab dem 1. Juni

2004 in die aktive Verteidigungsposition überzugehen.

Unser politischer Führer Abdullah Öcalan spielte eine Hauptrolle bei der Aufdeckung der Realität, die heute durch viele Kreise im Konsens als die kurdische Frage definiert wird, und bei den Schritten, die unternommen wurden, um das Problem mit friedlichen, demokratischen und politischen Methoden zu lösen. Wenn man diese Tatsache außer Acht lässt, ist es nicht möglich, eine dauerhafte Lösung für die kurdische Frage zu entwickeln.

Die nach sechs Jahren ohne Zusammenstöße erneut begonnene Phase der Gefechte wies eine stetige Steigerung auf und führte in der Türkei zu gesellschaftlichen Spannungen. Wenn wir als KONGRA-GEL die Entwicklungen nicht auf der Grundlage der legitimen Verteidigungslinie unserer Bewegung kontrolliert hätten, wäre das Niveau des Konfliktes möglicherweise noch weiter eskaliert. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es zu einer wichtigen Aufgabe geworden, die auch durch die Provokation einiger Kriegsgewinnler gestiegene Spannung zwischen unseren Völkern, die seit Jahrhunderten zusammen gelebt haben, zu beenden.

Gemeinsam mit der jüngst begonnenen Initiative einer Gruppe von Intellektuellen, der aufmerksamsten Gruppe der Gesellschaft, ist in der Türkei eine positive Atmosphäre für die friedliche Lösung der kurdischen Frage eingetreten. Zuletzt wurde sowohl bei dem Gespräch der Intellektuellen mit dem türkischen Ministerpräsidenten als auch bei der Rede des Ministerpräsidenten in Diyarbakir das Problem definiert, indem es beim Namen genannt wurde, und deklariert, dass die kurdische Frage im Rahmen der Demokratischen Republik gelöst werden wird.

Obwohl auch in der Vergangenheit Staatsvertreter Erklärungen bezüglich der Definition des Problems gemacht hatten, wurden in der praktischen Politik keinerlei ernsthafte Schritte unternommen. Vielmehr trat das Gegenteil ein, und das Problem wurde noch weiter verschärft. Dies führte dazu, dass in der Gesellschaft gegenüber den Stellungnahmen von Staat und Regierung zu diesem Thema ein tiefes Misstrauen entstand. Es ist möglich, die tiefen Spuren dieses Misstrauens bei unserem Volk zu sehen. Trotz allem hat dies noch keinen unumkehrbaren Charakter angenommen. Diese Situation weist vielmehr auf die Notwendigkeit hin, dass es statt Worten vielmehr vertrauensbildender konkreter Schritte bedarf.



Aktionen der Bevölkerung zum 15. August in Van Foto: DIHA

Die Antwort des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf die Initiative der Intellektuellen und die anschließenden Stellungnahmen haben eine positive Atmosphäre für die Lösung geschaffen. Jedoch ist es notwendig, mit gegenseitigen vertrauensbildenden Schritten den Prozess voranzubringen. Davon ausgehend denken wir, dass auf der Grundlage des Respekts gegenüber der demokratischen Einheit und Symbolen der Türkei es notwendig ist, die entstandenen Möglichkeiten für eine friedlich-demokratische Lösung zu bewerten. Es ist lebenswichtig, dass alle verantwortlichen politischen Akteure hinsichtlich der Lösung sensibel und verantwortlich handeln, ohne das Problem zum Thema eines politischen Schachers zu machen. Unser grundlegendes politisches Verständnis ist nicht gegen den Staat gerichtet, sondern zielt auf die Demokratisierung des Staates und auf die Lösung des Problems durch einen demokratischen Staat im Rahmen der Ganzheit der Türkei.

Wir nehmen die Bemühungen aller Kreise, allen voran der Intellektuellen, die sich bislang für die Lösung der kurdischen Frage und für eine Friedensatmosphäre bemüht haben, positiv auf. Jedoch ist es erforderlich, diese Bemühungen in der Türkei noch weiter zu entwickeln und zunehmend auf die gesamte Gesellschaft auszuweiten. Hiermit erklären wir, dass wir bereit sind, die Bemühungen und Schritte, die sich diesbezüglich entwickeln werden, unsererseits mit den notwendigen Beiträgen zu unterstützen, um den Prozess weiter voranzutreiben.

Aus all den Gründen wollen wir als KONGRA-GEL den weiteren Weg für diesen Prozess frei machen, indem wir folgenden Appell an alle nationalen demokratischen Kräfte, allen voran die HPG, richten. Wir halten es für notwendig, dass alle legitimen Verteidigungskräfte in der Zeit vom 20. August bis zum 20. September ihre bewaffneten Kräfte vom Zustand der aktiven Verteidigung in den der passiven Verteidigung bringen, um den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung zu eröffnen



Die Situation um Abdullah Öcalan steht am 15. August im Vordergrund Foto: DIHA

und auf diese Weise ihren Beitrag zur Entwicklung eines Prozesses zu leisten, der zu einer Lösung führt. Es ist von Bedeutung, dass außer erzwungener Selbstverteidigung gegenüber Operationen mit Vernichtungsabsichten keine bewaffneten Aktionen durchgeführt werden und somit eine gefechtsfreie Atmosphäre geschaffen wird. Wir erachten es für wichtig, den Prozess in dieser Weise voranzutreiben, um es so denjenigen Kreisen, die sich um eine Lösung des Problems bemühen, zu ermöglichen, praktische Schritte zu unternehmen beziehungsweise zu verstehen, ob eine Lösung überhaupt gewünscht ist. Wir als kurdische Seite kämpfen aus Überzeugung für einen realistischen Frieden und eine demokratische Lösung. Es ist für unsere Seite sehr wichtig, eine aufrichtige und lösungsorientierte Herangehensweise der Gegenseite zu sehen. Wir erklären ganz offen, dass wir politische Schritte, die auf eine realistische Lösung und nicht auf die Vernichtung der einen Seite abzielen, nicht unerwidert lassen werden. Als Ergebnis unseres Dialoges mit der Hauptkommandantur der HPG bezüglich unseres Appells wurde uns mitgeteilt, dass der Appell positiv beantwortet und befolgt werden wird.

Damit sich die Atmosphäre entspannen und eine Lösung heranreifen kann, ist es wichtig, dass jeder seiner Verantwortung nachkommt. Insofern ist es natürlich, dass unsere Bewegung und unser Volk Erwartungen haben. Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die Haftbedingungen auf Imrali korrigiert und Möglichkeiten geschaffen werden, dass sich unser politischer Führer Abdullah Öcalan am Friedensprozess beteiligen kann.

Wenn die Operationen, die zur Eskalation der Spannungen beitragen, und das repressive Vorgehen gegenüber den demokratischen Aktionsformen, mit denen unser Volk seine Forderungen ausdrückt, eingestellt werden und der Demokratisierungsprozess ohne Wenn und Aber weitergeführt wird, dann kann das Misstrauen, das in den langen Jahren des Konfliktes und der Abwesenheit einer Lösung entstanden ist, überwunden werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es eine unumgängliche Aufgabe, die notwendige Atmosphäre und notwendige Mechanismen für den Beginn des Dialoges mit der Zielsetzung herzustellen, die blutende Wunde der Türkei, die von allen als die kurdische Frage definiert wird, zu stillen. Es ist eine nicht länger aufzuschiebende lebenswichtige Aufgabe, die Energie, die von Türken, Kurden und der gesamten Gesellschaft der Türkei in der Phase der Auseinandersetzung vergeudet wurde, schnellstmöglich für Demokratisierung, wirtschaftlichen Aufbau und die Lösung der vielen sozialen Probleme im Geist des Friedens, der Einheit und gesellschaftlichen Solidarität einzusetzen.

Der Übergang von einer zweihundertjährigen Phase von Auseinandersetzungen und Kränkungen zu einer Phase der freiwilligen, freien Einheit und der gesellschaftlichen Aussöhnung ist schwer und erfordert große Opferbereitschaft. Es ist eine Tatsache, dass Individuen und Kreise existieren, die auf eine Fortsetzung des Konflikts hoffen, um daraus politischen und ökonomischen Profit auf Kosten von Blut und Tränen zu schlagen. Ein weiteres Thema beim Vorantreiben des Prozesses wird es sein, gegenüber den provokativen Äußerungen und Vorgehensweisen dieser Kräfte noch mutiger und wachsamer zu sein und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Als Freiheitsbewegung sind wir für eine Lösung innerhalb der Einheit der Türkei. Das kurdische Volk verfügt über ein sehr ernstes demokratisches Potential, mit dem es die demokratische Einheit in der Türkei herstellen und bei der Demokratisierung des Mittleren Ostens eine Rolle spielen kann.

Ein verantwortungsvolles Handeln für die Lösung der kurdischen Frage im Wissen um den Wert des Augenblicks wird die Bemühungen unserer Völker stärken, ein geschwisterliches, freies Leben innerhalb der freien und demokratischen Einheit aufzubauen. Wir erachten es für äußerst wichtig, dass wir im Bewusstsein dessen handeln, was die Öffentlichkeit von den verantwortlichen Kräften erwartet, und dass die türkische Regierung und die staatlichen Institutionen dasselbe tun und so diese Erwartung der Öffentlichkeit positiv beantworten.

Auch wir werden am Ende dieser Phase mit Verantwortungsbewusstsein das Thema erneut bewerten. Wir möchten uns bei allen bedanken, die Anteil an der Entstehung dieses Prozesses haben und bei denen, die sich auch in Zukunft bemühen werden, dass er sich positiv entwickelt. ♦

Präsidium des KONGRA-GEL und Exekutivrat der Koma Komelên Kurdistanê

Die Erklärungen Erdogans und Aydars

Eine Schwalbe in Diyarbakir

Kommentar von Reimar Heider



Recep T. Erdogan in Amed (Diyarbakir) Foto: DIHA

Großes Medienecho vor allem in der Türkei haben in dieser Woche die Äußerungen des Ministerpräsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, erhalten. Nachdem er bisher stets die kurdische Frage für nichtexistent und zur reinen Terrorismusfrage erklärt hatte, hieß es auf seinem Besuch in Diyarbakir am 12. August nun zum ersten Mal: Ja, es gibt eine kurdische Frage und wir wollen sie mit den Mitteln der Demokratie lösen. Auf einer Auslandsreise in Norwegen hatte es vor kurzem noch geheißen, die kurdische Frage sei ein „virtuelles Problem“.

Sofort erhob sich ein regelrechter Sturm in den Medien der Türkei. Die rechte und linksnationalistische Presse erklärten Erdogan wahlweise zum Weichei oder zum politischen Blindgänger, der vor dem Terror kapituliere, während Teile der liberalen Presse die Äußerungen lobten und als einen klugen Schritt darstellten. Die kurdische Presse hingegen schwankte zwischen Begeisterung und Skepsis, zu groß waren die Enttäuschungen gewesen, die auf die zahlreichen ähnlichen Äußerungen türkischer Spitzenpolitiker gefolgt waren. 1991 hatte der damalige Ministerpräsident Demirel erklärt, man „erkenne die kurdische Realität an“. Gefolgt war die Hölle: der „totale Krieg“ (Tansu Ciller), die Vernichtung tausender Dörfer und die Vertreibung von Millionen. Später sprach Ciller von einem „baskischen Modell“, welches möglich sei, doch passiert ist nichts. Für Mesut Yilmaz führte der „Weg nach Europa über Diyarbakir“ – zu einer positiven Reaktion auf die Waffenstillstände der kurdischen Seite führte auch das nicht. Darüber hinaus mahnten die Umstände der Reise Erdogans zur Vorsicht. So hatte Erdogan ein Treffen mit dem DEHAP-Bürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, abgelehnt, zustande kam es erst nach massiven Protesten gegen diesen Affront.

Am 19. August wollte Zübeyir Aydar, Präsident des kurdischen Volkskongresses, auf einer Pressekonferenz in Brüssel die Reaktion der kurdischen Seite bekannt geben. Allgemein erwartet und auch bereits im Vorfeld der türkischen Presse bekannt geworden war, dass ein erneuter einseitiger Waffenstillstand verkündet werden sollte. Bereits dies war jedoch zu viel für die Türkei. Sie setzte alle Hebel im Bewegung, um die Pressekonferenz zu verhindern – leider mit Erfolg.

Der Verweis auf Nordirland und das Baskenland, der in diesen Tagen oft erfolgt, ist mit Vorsicht zu genießen. Vielen Kreisen in der Türkei dient er als Vorwand, die sofortige Selbstentwaffnung der Volksverteidigungskräfte zu fordern, allerdings ohne dass dem ein Friedensprozess wie in Nordirland vorausgegangen wäre. Selbst im Baskenland schließt die spanische Regierung Verhandlungen mit der ETA unter gewissen Voraussetzungen nicht aus. Anders jedoch die Türkei: Für sie grenzt jede ernsthafte Auseinandersetzung mit der kurdischen Seite und ihrer politischen Führung immer noch an Hochverrat. Nicht zufällig fallen die Äußerungen Erdogans in eine Zeit, in der die Kommunikation mit Imrali völlig unterbunden ist, nicht zufällig wurde sogar der zweiwöchentliche Familienbesuch des Öcalan-Bruders Mehmet verhindert.

Wenn die Friedensprozesse der Vergangenheit in anderen Ländern eines gezeigt haben, dann dass Ergebnisse nur möglich sind, wenn direkt oder indirekt beide Konfliktparteien miteinander reden. Wenn die Äußerungen Erdogans aufrichtig sind und er Frieden und eine demokratische Lösung will, wird kein Weg um die Anerkennung der Gegenseite und langfristig kein Weg um Imrali herumführen. Wenn aber seine Definition einer Lösung der kurdischen Frage nur darin besteht, dass die legitimen Vertreter der Kurden zum Schweigen gebracht werden, so sind seine Äußerungen nicht mehr wert als eine Schwalbe, die ja bekanntlich noch keinen Sommer macht. ♦

Ein kurzer Rückblick in die Geschichte der einseitigen Waffenstillstände

Immer derselbe Refrain

Cengiz Kapmaz, Journalist

Die Türkei hatte die 90er Jahre mit einer ansteigenden Gewaltwelle eröffnet. In allen Teilen des Landes wurden mehr Särge denn je gebraucht. Die Zahl der Morde unbekannter Täter erreichte ein Furcht erregendes Ausmaß. Die Aufstände bei Begräbnissen von Guerillas endeten mit blutigen Auseinandersetzungen.

Der damalige Staatspräsident Turgut Özal und andere Staatsmänner sahen ein, dass es mit wachsender Gewalt zu keiner Lösung kommen konnte. Über den PUK-Vorsitzenden Celal Talabani als Mittelsmann gab es Kontakte mit der PKK wegen eines eventuellen Waffenstillstands. Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan signalisierte, dass die Organisation eine Paradigmaveränderung plane, um die Gewaltstrategie in einen politischen Kampf umzuwandeln.

In diesem Rahmen entsprach Abdullah Öcalan den Avancen Turgut Özals und einiger Staatsmänner.

Am 17. März 1993 verkündete Abdullah Öcalan auf einer Pressekonferenz mit Celal Talabani in Bar Eliyas/Libanon einen 25-tägigen Waffenstillstand. Seine Worte vor vielen Journalisten sind in die Geschichte eingegangen: „Wir rufen einen Waffenstillstand aus für die Zeit vom 20. März bis zum 15. April. Wenn wir in dieser Zeit nicht angegriffen werden, werden wir keinen Gebrauch von den Waffen machen. Wir werden uns bemühen, damit das Newrozfest in Frieden gefeiert werden kann. Wir haben die Erwartungen an uns erfüllt. Wir haben nicht vor, uns von der Türkei zu trennen.“

Ich habe sehr gut geschlafen

Ministerpräsident Süleyman Demirel traf sich einen Tag vor seiner Kabinettssitzung mit dem Reporter Ismet Imset und mit Ilnur Cevik von den *Turkish Daily News*. Beide waren bei Abdullah Öcalans Pressekonferenz in Bar Eliyas gewesen. Danach erörterte er die Lage mit Innenminister Ismet Sezgin und Verteidigungsminister Nevzat Ayaz. Anlässlich eines Besuchs von Talabani erklärte Özal, er habe nach der Verkündung dieses Waffenstillstands zum ersten Mal in seiner 10-jährigen Amtszeit gut geschlafen.

Nach der positiven Reaktion Özals und einiger staatlicher Stellen verlängerte Abdullah Öcalan den einseitigen Waffenstillstand am 16. April 1993 in Bar Eliyas auf unbestimmte Zeit. Öcalan: „Mit dem Waffenstillstand hat ein neuer Prozess begonnen. Von uns wurde verlangt, diesen Prozess zu vertiefen. Wir sind auch dafür. Unter bestimmten Bedingungen werden wir diesen Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit verlängern. Vor allem darf ein Waffenstillstand nicht einseitig sein. Die Vernichtungsoperationen müssen beendet werden. Eine Generalamnestie ist notwendig.“

Ungeklärter Tod

Einen Tag nach der Verlängerung des Waffenstillstandes ins Unbefristete kam es zu einem unerwarteten Vorfall, als Turgut Özal, der einer Generalamnestie und weiteren Forderungen gegenüber positiv eingestellt war, einige Veränderungen vorbereitete. Der Staatspräsident starb am 17. April 1993 durch einen Herzinfarkt. Abdullah Öcalans Reaktion, der die Entwicklungen sehr aufmerksam verfolgte: „Özals Tod ist mysteriös, diejenigen, die keinen Frieden wollen, haben Özal umgebracht.“

Öcalans Aussagen wurden später durch Özals Familie bekräftigt. Auch dessen Ehefrau, Semra Özal, bezweifelte, dass ihr Mann eines natürlichen Todes gestorben sei und forderte eine Autopsie. Aber der Forderung der Familie wurde nicht entsprochen, eine Autopsie der Leiche nicht zugelassen. Der Tod des Präsidenten war Anzeichen für weitere Entwicklungen.

Nicht einmal einen Monat nach seinem Tod kam aus Bingöl eine unglaubliche Meldung: Am 24. Mai 1993 wurden auf der Straße zwischen Bingöl und Elazig 33 unbewaffnete türkische Soldaten von einer kurdischen Guerilla-Einheit unter Semdin Sakik erschossen. Das bedeutete das Ende des ersten Waffenstillstandes.

Die Eiserne Lady hat ihren Auftritt

Zwei Jahre nach dem Ende des ersten Waffenstillstands hatte nun Ministerpräsidentin Tansu Ciller – auch Eiserne Lady genannt – ihren Auftritt. Wie schon zuvor fiel wieder Celal Talabani die Rolle des Mittelsmanns zu. Tansu Ciller ließ Abdullah Öcalan per Brief das Ersuchen zukommen, die PKK möge doch einen Waffenstillstand ausrufen. Dies war jedoch nicht ehrlich gemeint wie damals Turgut Özals Initiative. Es war ein Manöver um Zeit zu schinden. Die PKK wusste darum, verkündete aber trotzdem am 15. Dezember 1995 ihren zweiten einseitigen Waffenstillstand, um dem Frieden eine Chance zu geben.

Dieser Waffenstillstand, sowohl von der Presse als auch von Staatsseite stillschweigend übergangen, wurde bald wieder beendet, weil das türkische Militär mit umfangreichen Operationen gegen die Guerilla vorging.

Waffenstillstandsersuchen vor dem Komplott

Weil der zweite Waffenstillstand ebenfalls unbeantwortet blieb, begannen die Gefechte von neuem. In dieser Zeit überschritt das türkische Militär vier Mal die Grenze um Operationen durchzuführen, ohne Erfolg. Am 30. Juli 1998 besuchten staatliche Vertreter, unter ihnen auch militärische, einige hochrangige PKK-Gefan-

gene im Gefängnis. Es ging um einen einseitigen Waffenstillstand der PKK, den die türkische Regierung gern gesehen hätte. Eine Nachricht mit weiteren Vorschlägen wurde am 16. August 1998 Abdullah Öcalan zugeleitet.

Für einen reibungslosen Ablauf der vorgezogenen Parlamentswahl 1999 hat die PKK dann ab 1. September 1998 einen weiteren einseitigen Waffenstillstand erklärt. Dieser dritte Waffenstillstand, der vor allem vom Militär als „strategische Taktik" bewertet wurde, erhielt nicht die erhoffte Unterstützung aus der Politik.

Zwei Tage nach der Waffenstillstandserklärung hielt sich der damalige Ministerpräsident Mesut Yilmaz in Urfa zur Eröffnung der Schnellstraße Urfa–Antep auf. Während der Eröffnungszeremonie ging Yilmaz in keiner Weise auf den Waffenstillstand ein. Keinen Monat nach der dritten Waffenstillstandserklärung drohte die Türkei, im Falle einer Nichtauslieferung Öcalans würde sie Syrien angreifen.

Die Spannung, die mit Stellungnahmen von Staatspräsident Demirel und vom Kommandanten der Landstreitkräfte Atilla Ates stieg, führte nicht nur dazu, dass die Nachbarstaaten fast aufeinander losgegangen wären, sondern der Mittlere Osten stand auch kurz vor einem blutigen Krieg.

Um dies zu verhindern war Öcalan gezwungen Syrien zu verlassen. Denn ein Angriff auf Syrien hätte den Mittleren Osten in ein Chaos gestürzt.

Somit trat die eigentliche Absicht ans Tageslicht, warum das Militär einen Waffenstillstand gefordert hatte.

Good-Will-Gesten blieben ohne Antwort

Abdullah Öcalan wurde 1999 durch ein internationales Komplott aus Kenia in die Türkei verschleppt. Zur Fortsetzung des Waffenstillstands bedurfte es radikaler Schritte. Am 2. August 1999 rief Öcalan die Guerillakräfte auf, sich über die Grenzen zurückzuziehen. Am 22. September schlug er vor, eine Guerillagruppe möge „zur Unterstützung der demokratischen Republik und als Geste des guten Willens" aus den Bergen in die Türkei kommen. Als „1. Gruppe des Friedens und der demokratischen Lösung" unter der Führung des früheren ERNK-Sprechers Ali Sapan kam die Gruppe in das Dorf Geli Sin bei Semdinli. Eine „2. Friedensgruppe" kam diesmal unter der Führung von Haydar Ergül am 29. Oktober aus Europa in die Türkei. Beide Friedensgruppen wurden geschickt, um eine neue Epoche zu symbolisieren, doch wurden die Mitglieder beider Gruppen zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Wenn diese Schritte des Entgegenkommens auch keine positive Antwort fanden, führte Öcalan doch seinen Friedensweg fort. ♦

Reaktionen auf die durchgeführten Waffenstillstände

Die PKK hat 1993, 1995 und 1998 jeweils einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, 1999 ihre Guerillakräfte über die Grenzen zurückgezogen.
All diese Schritte wurden von Vertretern des Militärs und der Politik wie abgesprochen immer wieder als „Taktik", „Verhandlungsbemühungen" oder als „Versuch, Zeit zu gewinnen", bewertet. Aus diesem Grunde blieb die verdiente Antwort auf diese Schritte aus. Dabei rief der erste Waffenstillstand vom 17. März 1993 ein breites Echo hervor. Zahlreiche Medien verfolgten seine Entwicklung, tagelang war er Spitzenthema. Der Waffenstillstand von 1995 jedoch wurde ignoriert. Staats- und Medienvertreter ließen nichts an die Öffentlichkeit. Der Waffenstillstand von 1998 führte eher bei der militärischen und zivilen Bürokratie als bei der Politik zu Reaktionen. Auch der Appell vom 2. August 1999, in dem Abdullah Öcalan über seine Anwälte die PKK aufforderte, den bewaffneten Kampf zu beenden und sich über die Grenze zurückzuziehen, wurde seitens offizieller Stellen nicht positiv aufgenommen. Die Antwort des Staates war das „Reuegesetz" sowie die Erklärung „Der Staat wird nicht mit Räubern verhandeln!".

Reaktionen 1993
Ministerpräsident Süleyman Demirel (20. März 1993): „Apo sagt, dass er das Blutvergießen beenden will. Er soll das machen, was er sagt, er soll dem ein Ende setzen. Wir sagen ja nicht, dass er Blut vergießen soll. ‚Reicht uns die Hand und es soll beendet werden'. Genau darauf zielt Apo ab. Aber uns steht keine Konfliktpartei gegenüber."
(22. März 1993): „Die Regierung ist keine Partei in dieser Sache. Es gibt keine zwei Konfliktparteien. Daher ist es ausgeschlossen, dass die Regierung oder der Staat Gesprächspartei ist."

Innenminister Ismet Sezgin (19. März 1993): „Der Waffenstillstandsbeschluss kann eine politische oder strategische Taktik sein. Der Staat verhandelt nicht mit Räubern. Wie sich der Staat gestern vor Angriffen geschützt hat, wird er es auch heute tun."

Generalstabschef Dogan Güres (19. März 1993): „In der Türkei gibt es keine Kurdenfrage, es gibt eine Frage der Südosttürkei."

Mesut Yilmaz, Vorsitzender der Mutterlandspartei (Anavatan Partisi/ANAP) (19. März 1993): „Dass eine Räuberorganisation sich gegen den Staat nicht behaupten kann, ist bewiesen. Das Verhalten von Apo sehe ich als eine von außen vorbereitete Taktik. Mit Räubern kann man nicht verhandeln."

Cevdet Selvi, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Volkspartei (Sosyaldemokrat Halk Partisi/SHP): „Der Staat darf sich mit dieser Terrororganisation nicht an einen Tisch setzen. Der Staat kann nicht, wird nicht und darf nicht verhandeln."

Reaktionen 1998
Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu (1. September 1998): „Der Räuberführer will dem Westen imponieren. Er will die Parlamentswahlen beeinflussen. Wir nehmen dies nicht ernst."

Senkal Atasagun, MIT-Sekretär (1. September 1998): „Die letzte Erklärung des PKK-Vorsitzenden ist eine taktische Erklärung, daran ist nichts ernst zu nehmen."

Yasar Büyükanit, Generalstab (1. September 1998): „Der Waffenstillstandsaufruf ist eine strategische Erklärung."

Reaktionen auf den Aufruf vom 2. August 1999
Ministerpräsident Bülent Ecevit (4. August 1999): „Der Staat wird mit keiner Organisation und Person verhandeln. Jeder muss dazu beitragen, dass dieser Separatisten-Terror ein Ende hat. Für Militante und Terroristen bereiten wir ein Reuegesetz vor, damit sie wieder zu ihrem normalen Leben zurückkehren. Dieser Entwurf ist vorbereitet, es wird darauf gewartet, dass er dem Parlament vorgelegt wird."

Ömer Izgi, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Nationalistischen Bewegungspartei (Milliyetci Hareket Partisi/MHP) (3. August 1999): „Wenn wir diesem Aufruf folgen, wird das gut für unser Land sein."

Ahmet Cakar, MHP-Abgeordneter in Istanbul (3. August 1999): „Wenn wir diesem Aufruf folgen, werden Morde und kriminelle Taten verhindert. Auch wird es ein Ende des Blutvergießens bedeuten. Aber dieser Aufruf könnte auch Taktik sein. Danach können wir keine Strategieänderung richten."

Ahat Andican, ANAP-Vizevorsitzender (3. August 1999): „Dass die Kräfte sich ins Ausland zurückziehen, ist ein Ablenkungsmanöver. Sie müssen eines tun, sich ergeben."

Lütfü Esengün, Vizevorsitzender der Tugendpartei (Fazilet Partisi/FP) (3. August 1999): „Ein Teil dieses Aufrufes ist positiv zu werten. Kommt aus den Bergen und legt eure Waffen nieder, das ist der richtige Weg. Aber die Kräfte ins Ausland zurückzuziehen und ihre Arbeit dort fortzusetzen ist der falsche Weg. Der richtige Weg: Legt eure Waffen nieder, kommt aus den Bergen und ergebt euch der Justiz."

222 ‘Lebende Schutzschilde’ in Kandil

Ein Akt des zivilen Ungehorsams

MHA, Mesopotamia News Agency, 10.8.2005

222 AktivistInnen der Initiative ‚Lebende Schutzschilde’ sind aus der Türkei in die von der PKK kontrollierten Kandil-Berge in Südkurdistan gelangt. Als ‘Friedens- und Freiheitsbrigaden’ fordern sie für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage die Einstellung der Militäroperationen, die Beendigung der Isolierung Abdullah Öcalans sowie die verfassungsrechtliche Anerkennung des kurdischen Volkes.

Auf einer Pressekonferenz in den Kandil-Bergen erläuterte Senar Mete, langjähriger Aktivist im DEHAP-Jugendverband, im Namen der 222 auf abenteuerlichen Wegen in die Berge gekommenen AktivistInnen unter einem Transparent mit der Aufschrift „Friedens- und Freiheitsbrigaden“ Motivation und Ziele der Gruppe:

„Unter uns befinden sich ArbeiterInnen, Studierende, Mitglieder politischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie vier Soldaten. Seit sechs Jahren arbeiten wir daran, das von Abdullah Öcalan entwickelte Friedensprojekt umzusetzen. Wir haben unsere Aktionen stets im legalen und demokratischen Rahmen ausgeführt. Aber unsere Aufrufe zu Frieden haben kein Gehör gefunden. Das wurde besonders deutlich, als in jüngerer Zeit wieder überall Gefechte stattfanden und wir als Lebende Schutzschilde versucht haben, die Militäroperationen zu stoppen. Über 200 unserer AktivistInnen wurden verhaftet, viele wurden gefoltert. Wir forderten Frieden, aber die Antwort des Staates darauf lautete: ‚Wieso, herrscht denn Krieg?’ Auf vielen unserer Aktionen sind wir niedergeknüppelt worden. Angesichts dieser Situation haben wir die Geduld verloren und sind hierher gekommen.“

Hierbei handele es sich um einen Akt des zivilen Ungehorsams, erklärte Mete weiterhin. Die Gruppe habe sich nach einer zweimonatigen Vorbereitungsphase auf den Weg gemacht und dabei jede Gefahr in Kauf genommen. „Warum wir hier sind, sollte richtig verstanden werden. Unsere Kindheit ist geprägt vom Krieg. Als wir herangewachsen sind, mussten wir mit ansehen, wie unsere Würde mit Füßen



Pressekonferenz in den Kandil-Bergen Foto: MHA

getreten wird. Das Friedensprojekt von Herrn Öcalan hat uns den Weg gewiesen. In diesem Sinne haben wir überall Aktionen gemacht, sind in Ankara vor das Parlament gezogen. Aber alles, was wir machen wollten, ist behindert worden. Aller Repression zum Trotz haben wir in der Überzeugung, dass ein Zusammenleben möglich sein muss, gehandelt. Alle unsere Bemühungen wurden als Separatismus bewertet. Vor kurzem ist das Leid des Krieges durch die Bekenntnisse des JITEM-Mitarbeiters Abdülkadir Aygan ans Tageslicht gekommen. Die Adressen der Mörder sind dechiffriert worden. Einst waren es die Jüngeren, die ihre Eltern beerdigten, aber heute sind es wieder die Eltern, die ihre Kinder begraben müssen. In diesem Krieg sind wir Jugendlichen diejenigen, die sterben und töten. Die Regierung behauptet, dass die Jugendlichen in die Berge gehen, weil sie arbeitslos sind und nichts zu essen haben. Aber wir wollen erst Frieden und Freiheit und dann Brot. Ohne Freiheit schmeckt auch das Brot nicht.“

Der Wunsch des kurdischen Volkes nach Frieden finde keine Beachtung, so Mete. Öcalan, der unentwegt Projekte für eine demokratische und friedliche Lösung entwerfe, werde zunehmend isoliert. „Herr Öcalan repräsentiert die Würde des kurdischen Volkes. Beharrlich wird unsere Würde angegriffen. Probleme werden jedoch mit den jeweiligen Ansprechpartnern gelöst. Die Auslöschung der Ansprechpartner führt in eine Sackgasse. Diese Haltung hat unsere Geduld strapaziert. Uns wird nahe gelegt, würdelos zu kapitulieren oder zu sterben. Wenn die Gefechte nicht zum Stillstand gebracht werden, droht der Türkei ein Bürgerkrieg.“

Das Geld, das dringend für Gesundheit und Bildung gebraucht würde, werde in Waffen und Krieg investiert, fuhr Mete fort. An die türkische Öffentlichkeit gerichtet erklärte er: „Wenn eure Sprache verboten werden würde, eure Identität als nicht existierend betrachtet werden würde, was würdet ihr machen?“

Weiterhin kündigte er an, als Friedens- und Freiheitsbrigaden einen Monat in den Kandil-Bergen zu bleiben. Als konkrete Forderungen nannte er: „Die Existenz der kurdischen Frage muss anerkannt werden. Für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage müssen beidseitig die Waffen schweigen. Herr Öcalan repräsentiert die Würde eines Volkes. Seine Isolation muss aufgehoben werden. Wir wollen, dass er als Ansprechpartner bei einer Lösung der kurdischen Frage wahrgenommen wird und ein Dialog beginnt. Die Existenz des kurdischen Volkes muss verfassungsrechtlich garantiert werden.“

Als Mitglied der Kongra-Gel-Leitung erklärte Evindar Ararat im Anschluss an den Redebeitrag Metes, die Aktion der Friedens- und Freiheitsbrigaden zu unterstützen. Die AktivistInnen seien in die Berge gekommen, weil ihnen in der Türkei keine Möglichkeiten mehr gelassen worden seien, einen demokratischen Kampf zu führen.

An der Pressekonferenz nahmen knapp 50 JournalistInnen teil. Wer die Aktion der Friedens- und Freiheitsbrigaden unterstützen möchte, kann über folgende Telefonnummern und Mailadresse Kontakt aufnehmen:

Tel: 0088 216 212 76 206,
oder: 0088 216 555 05 734.
E-mail: ozguryurekler31@yahoo.com



Konfrontation mit dem Militär bei den gewaltfreien Initiativen der Lebenden Schutzschilde — Foto: MHA

Offener Brief der Lebenden Schutzschilde

Wir sind für Frieden!

Der Mensch wird mit seinen Erlebnissen und Überzeugungen zum Menschen. Der Mensch ist in dem Ausmaß Mensch, in dem er seine Träume verwirklicht. Der Mensch ist Mensch, wenn er sein Leben bewusst dem widmet, woran er glaubt. Was wir versuchen, ist, unsere Aufgaben als Menschen und Jugendliche zu erfüllen und in Verbundenheit mit unseren Träumen zu kämpfen.

Was wir versuchen, ist, dass in unserem schönen Land alle Menschen, ob Türke, Kurdin, Lase, Tscherkessin, Armenier oder Araberin, also alle Menschen des Mittleren Ostens, in Frieden und mit gleichen Rechten leben können. Aber unsere Aktionen dafür wurden ignoriert. Die antikurdische Politik erfährt zur Zeit eine immense Steigerung. Kurz gesagt, haben wir die Enttäuschung erlebt, dass alle unsere Bemühungen für den Frieden in einer neu ins Rollen gekommenen nationalistischen Welle ertränkt worden sind.

Vielleicht erinnern Sie sich: Vor einem Jahr, am 1. September 2004 haben wir als kurdische und türkische Jugendliche mit der Aktion der Lebenden Schutzschilde begonnen, um den Krieg in unserem Land zu verhindern. Mit diesen Aktionen haben wir mitgeteilt, wie sehr wir das Leben in Frieden lieben und dass wir unsere Körper als Schilde gegen den Krieg einsetzen.

Aber niemand hat uns geglaubt. Denn als kurdische Jugendliche werden wir nach wie vor als potentielle Verbrecher betrachtet. Kurdische Kinder werden am Tag ihrer Geburt als Terroristen abgestempelt. Das letzte konkrete Beispiel war die Ermordung eines zwölfjährigen Jungen mit 13 Kugeln.

Diesen Brief schreiben wir nicht nur als 200 Jugendliche, sondern wir fügen die Gefühle aller Jugendlichen hinzu.



Begrüßung der Lebenden Schutzschilde in den Kandil-Bergen Foto: MHA

Wir schreiben nicht nur im Namen kurdischer Jugendlicher, sondern für alle Jugendlichen, Kinder und Völker, die für Frieden und Freiheit kämpfen.

Die Beendigung des seit ungefähr dreißig Jahren andauernden Krieges in unserem Land ist für uns wichtigster Punkt unseres Lebensideals. Wir wissen, dass im Schatten der Waffen kein Morgen erschaffen werden kann. Eine Zukunft kann es nur geben, wenn die Waffen schweigen und es eine Kultur des Dialogs und der Demokratie gibt. Nur so kann es ein Vertrauen in das Morgen geben. Deshalb haben wir uns als kurdische Jugendliche auf den Weg gemacht.

Wir befinden uns jetzt bei einer Bewegung, die in den Bergen einen legitimen Kampf führt. Und wir wissen, dass die ‚Großen', die die Jugend als die ‚Hoffnung der Zukunft' betrachten, sich fragen werden, warum wir für Frieden in die Berge gegangen sind.

Darauf haben wir eine Gegenfrage und erwarten vor allem, dass Sie ihr Gewissen dazu befragen: Warum sind Tausende von Menschen zum Kämpfen in die Berge gegangen?

Wir sind Menschen, die als Studierende, ArbeiterInnen oder in verschiedenen Organisationen und Initiativen versucht haben, auf demokratische Weise Politik zu machen. Dass wir heute hier sind, liegt daran, dass wir keine Zukunft mehr in der bestehenden politischen Atmosphäre sehen konnten. Aber wir sind immer noch davon überzeugt, dass es Frieden im Mittleren Osten geben wird. Aus diesem Grund schreiben wir diesen Brief. Wie viel Blut wird noch vergossen werden, damit es endlich Frieden gibt?

Wann werden Sie an unsere Zukunft denken und sich für den Frieden einsetzen?

Wir sind für Frieden. Das erklären wir hiermit erneut. Wir werden immer an der Seite derer stehen, die sich für Frieden einsetzen. Und deshalb sind wir beim Kongra-Gel, der ununterbrochen Friedensaufrufe macht. Solange der Staat uns ignoriert und uns keine positive Antwort gibt, werden wir hier bleiben. Wir beharren auf unseren Forderungen nach einem Schweigen der Waffen und dem Beginn eines Dialogs zwischen den Ansprechpartnern in der kurdischen Frage.

Die Hoffnung, die dem Menschen die Begeisterung für das Leben gibt, ist wertvoller als alles andere. Keine Gesellschaft und vor allem nicht die Jugend kann zu Hoffnungslosigkeit und Zukunftslosigkeit verurteilt werden. Insbesondere die Jugend wird immer irgendwo und irgendwie Hoffnung erschaffen. ♦

MHA, 10.8.2005

Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan

Herr Abdullah Öcalan wird von der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung als politischer Repräsentant anerkannt. Er hat sein ganzes Leben der kurdischen Frage gewidmet und damit der Menschheit einen großen Dienst erwiesen. Für die Lösung der Probleme im Mittleren Osten hat er umfangreiche Projekte vorgelegt.

Herr Öcalan ist im Jahre 1998 nach Europa gekommen, um eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage zu erreichen und das Problem auf internationaler Basis zu lösen. Jedoch hatte dieser Schritt eine aus humanistischer Sicht beschämende und für die kurdische Bevölkerung tragische Entwicklung zur Folge. Die nationale und internationale Justiz wurde mit Füßen getreten und Herr Öcalan in einer Nacht- und Nebelaktion dem türkischen Staat übergeben. Dies wird als ein inhumanes Vergehen in die Geschichte der Menschheit eingehen.

Herr Abdullah Öcalan wurde als die Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes durch ein parteiisches Gericht des türkischen Staates zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde in seiner Person dem kurdischen Volk auferlegt. Seit sieben Jahren nun befindet er sich auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali unter schwersten und unerträglichen Isolationsbedingungen, in Einzelhaft. Jegliche menschlichen Rechte und juristischen Möglichkeiten sind ihm verwehrt. Doch sogar unter diesen Bedingungen setzt Herr Öcalan seine Bestrebungen für eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage und der Probleme des Mittleren Ostens fort.

Nach dem parteiischen Urteil des türkischen Sondergerichtes haben die Anwälte von Abdullah Öcalan eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Dieses hat am 12. Mai 2005 festgestellt, dass der Prozess gegen Herrn Öcalan nicht rechtmäßig durchgeführt wurde und neu aufgerollt werden müsse.

Die türkische Regierung gesteht der kurdischen Bevölkerung nicht einmal die elementaren Grundrechte eines Menschen zu. Aufgrund dieser Haltung herrscht seit über 20 Jahren Krieg in unserem Land. Die eine Kriegspartei ist der türkische Staat, die andere die kurdische Freiheitsbewegung unter der Führung von Abdullah Öcalan.

In diesem Krieg wurden seitens türkischer Sicherheitskräfte Tausende kurdische Dörfer verbrannt und zerstört, Millionen von Menschen von ihrem Lebensraum vertrieben, Tausende von kurdischen Zivilisten jeden Berufes und Standes auf offener Straße hingerichtet und kurdisch sprechende Menschen in die türkischen Gefängnisse gesteckt und gefoltert. Kurdistan wird täglich bombardiert und Wälder werden in Brand gesteckt. Diese Auflistung kann man immer weiter fortführen.

Im Krieg gibt es zwei Kriegsparteien. Wenn es einen erneuten Prozess geben sollte, müssen beide Seiten angehört werden. Dabei müssen alle Kriegsverbrechen aufgedeckt und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt und zur Verantwortung gezogen werden. Denn es ist nicht möglich durch Auslieferung der Führungspersönlichkeit eines unterdrückten Volkes an die Unterdrücker und durch ein parteiisches Gericht eine gerechte Lösung zu finden. Hierzu ist es nötig ein unabhängiges Gericht zu berufen, welches beide Kriegsparteien in die Verhandlung einschließt. Auch dem türkischen Staat, der alle nur möglichen Maßnahmen zur Vernichtung des kurdischen Volkes einsetzt, muss der Prozess gemacht werden.

Herr Öcalan ist nicht eine Einzelperson, er ist die Führungspersönlichkeit eines Volkes und zugleich Ausdruck eines politischen Willens und Standpunktes in Kurdistan. Damit eine gerechte und unabhängige Gerichtsverhandlung möglich ist, haben wir als *Konföderation kurdischer Vereine in Europa* (KON-KURD) weltweit eine Unterschriftenkampagne mit der Aussage gestartet: „Ich, aus Kurdistan, bewerte und akzeptiere Herrn Abdullah Öcalan als politischen Repräsentanten in Kurdistan.“ Unsere Kampagne stützt sich auf Demokratie und Menschenrechte und ist eine Kampagne für Recht und Gerechtigkeit.

Das kurdische Volk möchte wie alle Völker auf der Welt unter seinem eigenen Namen, mit seiner eigenen Identität, Sprache und Farbe in seinem Land in Freiheit leben und sich organisieren. In der Türkei, welche nun Beitrittskandidat der EU ist, leben gegenwärtig 20 Millionen Kurden, denen jegliche sozialen und politischen Rechte vorenthalten werden, deren politischer Repräsentant sich in Isolationshaft befindet und die von Vernichtung bedroht sind. Wir erwarten Ihre Unterstützung, damit die Gewalt und der Terror gegen die kurdische Bevölkerung ein Ende hat.

- Freiheit für Abdullah Öcalan!
- Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!
- Schluss mit den militärischen Angriffen der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung!
- Die elementaren Rechte und Freiheiten des kurdischen Volkes müssen in der Verfassung garantiert werden.
- Für einen dauerhaften Frieden ist ein Dialog zwischen beiden Kriegsparteien erforderlich.
- Für die Gründung eines gerechten und unabhängigen Gerichtes, das beide Seiten zur Verantwortung zieht.

weitere Informationen:
KON-KURD Konföderation kurdischer Vereine in Europa
Rue Jean Stas 41, 1060 Bruxelles
BELGIQUE, Phone: +32 2 647 99 53
Fax: +32 2 647 27
http://www.kon-kurd.org
E-mail: info@kon-kurd.org
und:
Internationale Initiative „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“
Tel: 0221 130 15 59, Fax: 0221 139 30 71
http://www.freedom-for-ocalan.com
E-mail: info@freedom-for-ocalan.com

Imrali aus der Sicht eines Soldaten

Ständig allein, nur von Kameras umgeben

Ali Ongan, Journalist

Seit sechs Jahren wird der Kurdenführer Abdullah Öcalan unter unmenschlichen Isolationshaftbedingungen gefangen gehalten. Nun fand sich ein Soldat[1] der Sondereinsatzkräfte der türkischen Armee, der auf der Gefängnisinsel Imrali seinen Dienst versah, um der Tageszeitung Özgür Politika seine Sicht der Dinge zu erzählen.

Wie würden Sie die Gefängnisinsel Imrali beschreiben? Wie und zu welchem Zweck wurden Sie nach Imrali versetzt ?

Das war im Oktober 2000, als ich noch meinen Wehrdienst in Kurdistan versah. Unerwartet wurde ich von meiner Einheit nach Bolu zurückbeordert. Dort musste ich mich zusammen mit anderen Soldaten einer zusätzlichen vierzigtägigen Spezialausbildung unterziehen. Der Grund hierfür wurde uns nicht mitgeteilt. Nach dieser Spezialausbildung wurden 110 Soldaten ausgewählt, welche mit dem blauen Barett[2] ausgezeichnet wurden. Die restlichen Kameraden wurden wieder zu ihren Einheiten zurückgeschickt. Interessant war, dass später zwei Kameraden aus Sirnak aus der Gruppe entfernt wurden, weil sie Kurden waren. Sie wurden mit Reinigungsaufgaben betraut. Es war surreal. Da warteten 108 „Blaue Barette“ und wussten nicht, wohin es ging und worauf sie warteten. Später erhielten wir jedoch den Befehl, uns in voller Ausrüstung bereitzuhalten. Gegen 24 Uhr, nachdem wir unseren Proviant erhalten hatten, sind wir in Spezialmilitärfahrzeugen von Bolu aus aufgebrochen.

Nach welchen Kriterien wurden diese 110 Personen ausgewählt ?

Das waren alles Sondereinsatzkräfte, die in Kurdistan ihren Dienst erfolgreich versehen hatten – körperlich widerstandsfähige Soldaten, Scharfschützen – und deren Personalakte keine Einträge aufwies bzw. die einen tadellosen familiären Hintergrund aufwiesen.

In welche Richtung brachen Sie von Bolu aus auf ?

Nach einer langen Reise kamen wir nach Mudanya, im Kreis Bursa. Obwohl wir uns Mudanya näherten, hatten wir immer noch keine Ahnung, wohin uns der Weg führen würde. Nachdem wir in die Kaserne von Mudanya einrückten, konnten wir uns das Ziel unserer Reise ausmalen. Es würde bestimmt nach Imrali gehen, so die einhellige Meinung. Was wir nicht wissen konnten, ob dies nur vorübergehend oder auf Dauer sein würde. Nach eingehender Leibesvisitation und Waffenbestandsaufnahme wurden unsere Akten erneut überprüft. Danach setzten wir mit dem Militärfährboot „Imrali 10“ auf die Insel über.

Wurden Sie wirklich nicht darüber aufgeklärt, was Ihr Auftrag sein würde ?

Nachdem wir die Insel erreicht hatten, gaben unsere Vorgesetzten uns Aufschluss. Wir mussten eine Erklärung unterschreiben, in der wir uns dazu verpflichteten, weder gegenüber den Medien noch gegenüber unseren Familien etwas über Imrali zu verraten. Es sei ein Staatsgeheimnis, so die Erklärung. Bei Zuwiderhandlung hätten wir mit einem Verfahren vor dem Militärgericht zu rechnen. Dies wurde uns sowohl schriftlich als auch mündlich mitgeteilt.

Wurde Ihnen nicht mitgeteilt, wer welche Aufgabe in welchem Bereich übernehmen würde ?

Natürlich wurde uns das mitgeteilt. Nachdem wir übergesetzt hatten, versammelten wir uns auf einem Fußballplatz. Dort wurde uns erklärt, dass hier der Armenier und Terroristenchef Öcalan gefangen gehalten würde. Wir würden hier viele Dinge sehen. Wenn wir jedoch die Insel verließen, müssten wir uns so verhalten, als ob nichts geschehen sei. Sollten wir dem dennoch zuwiderhandeln, würde man uns ein Leben lang dafür zur Rechenschaft ziehen.

Können Sie uns über die geographischen Gegebenheiten um Imrali etwas sagen ?

Nach unserer Ankunft wurden wir auf der Insel herumgeführt. Man zeigte uns die Stellungen auf dem „Sternenhügel“ und den Hügel, auf dem sich die Radarstation befindet. Des Weiteren wurden uns die Stellungen gezeigt bzw. erläutert, welche in rote, gelbe und grüne Bereiche eingeteilt waren.

Was ist die Bedeutung dieser Bereichseinteilung ?

Im grünen Bereich können sich alle Soldaten frei bewegen. Zum gelben Bereich haben nur die Mitglieder der Sondereinsatzkommandos Zutritt, die an bordeauxfarbenen Baretten erkennbar sind. Zum roten Bereich hat niemand bewaffnet Zutritt, außer den

Gefängniswärtern. Die Soldaten in diesem Bereich versehen ihren Dienst nur mit ungeladenen Waffen.

Sind auf der Insel außer den militärischen Einrichtungen auch zivile Einrichtungen vorhanden ?

Die ca. 20 Quadratkilometer große Insel ist in zwei Bereiche aufgeteilt. Der eine Teil gehört zum Militär und ist mit Stacheldraht umzäunt. Im anderen Teil befinden sich frühere Sommerresidenzen von Zivilisten und Werkhallen, in denen einmal Gefangene gearbeitet haben. Außerdem gibt es noch Felder und einen Hühnerhof. Dieser Teil liegt direkt an der Küste. Zutritt haben jedoch nur die Gefängniswärter.

In welchem Bereich haben Sie Ihren Dienst versehen ?

Hauptsächlich war ich für den Außen- und den Küstenwachdienst eingeteilt. Von dort aus meldeten wir alle Fremdobjekte, die sich der Insel näherten, an die Radarstation. Dort wurden die Informationen ausgewertet und alle weiteren Schritte eingeleitet. Wenn ein fremdes Objekt in die 5-Meilen-Zone eindrang, versuchte man per Funk Kontakt aufzunehmen. Für den Fall, dass auch die zweite Warnung unbeantwortet bleibt, bestand der Befehl zur sofortigen Vernichtung des sich nähernden Objekts.

Sie haben also in diesen beiden Bereichen Ihren Wachdienst versehen ?

In diesen beiden Bereichen hat überwiegend das Sondereinsatzkommando aus Bolu den Wachdienst versehen. Manchmal kam es aber auch vor, dass wir im gelben oder im roten Bereich den Wachdienst übernahmen. Ich selbst habe oft im grünen Bereich mit voller Ausrüstung Wache gehalten. Auch im roten Bereich hielt ich des Öfteren Wache.

Wie hoch ist die Anzahl des Sicherheitspersonals auf der Insel? Wie wird die Insel geschützt ?

Auf der Insel versehen insgesamt 700 Mitglieder des Sicherheitspersonals über 24 Stunden hinweg ihren Dienst. 250 davon sind entweder Offiziere oder Leutnants. Die Übrigen sind einfache Soldaten der Sondereinsatzkommandos des Heeres. Neben einem Kriegsschiff und einem U-Boot der türkischen Marine werden auch sechs Boote der Küstenwache zur Überwachung des Meeres eingesetzt. Die Spezialeinheit aus Bolu ist auf der Insel mit vier Aufgaben betraut. Diese sind der Außenwachdienst an der Küste, der Wachdienst im inneren Bereich zur Sicherheitskontrolle, der Bereitschaftsdienst für besondere Vorkommnisse sowie die Bewachung des Munitionsdepots.

Das Sondereinsatzkommando aus Bolu wird auch innerhalb des Gefängnisses eingesetzt ?

Das ist richtig. Der Wachdienst wird jedoch unbewaffnet durchgeführt. Wenn die „zivilen“ Wachmannschaften den Wachdienst übernehmen, werden die Einheiten abgezogen.

Aus welchem Grund ?

Unter normalen Bedingungen ist es nicht gestattet in den inneren Sicherheitsdienst einzugreifen. Auch das Betreten des roten Bereiches ist normalerweise strengstens untersagt.

Werden Trainingsmaßnahmen auf der Insel durchgeführt ?

Schießtraining und Sport sind an der Tagesordnung. Sporadisch wurden wir auch psychologisch geschult.

Was ist das für ein psychologisches Training ?

Höhere Offiziere hielten den Unterricht ab. Thema des Unterrichts war die Person Öcalans. Immer wieder wurde uns vermittelt, dass Öcalan armenischstämmig und ein Babymörder sei, auch, dass er die Türkei spalten wolle. Dieser Unterricht hatte auf die Soldaten eine durchschlagende Wirkung. Mit diesem Unterricht fingen die Soldaten an, Öcalan noch mehr zu hassen. Ich habe diesen Hass nicht einmal in den Sondereinheiten angetroffen, die mit mir in Kurdistan ihren Dienst verrichteten. Manche von uns teilten diese Einstellung nicht. Dies offen zu sagen traute sich jedoch niemand, da man Nachteile für die eigene Militärlaufbahn befürchtete. Man „führte“ uns Öcalan wie eine Trophäe vor. Die höheren Offiziere ließen keinen Zweifel daran, dass Öcalan jemals die Insel lebendig verlassen könnte.

Laut Ihrer Aussage hegen die Offiziere und Soldaten Hass gegen Öcalan. Warum hat dieser Hass, ich meine in diesem Fall den persönlichen Hass, nicht zu Übergriffen auf Öcalan geführt ?

Das ist nicht möglich. Zumindest ist dies meine Meinung. Denn jeder will vor allem seine Dienstzeit ohne Zwischenfälle beenden und so schnell wie möglich wieder heimkehren. Zu einer solchen Aktion fehlt dem Einzelnen auch der Mut, da dies auch den eigenen Tod mit sich bringen könnte. Leute mit dieser Absicht werden auch nicht in die Nähe von Öcalan gelassen.

Soweit wir informiert sind, liegt die Haftzelle Öcalans in einiger Entfernung zum Gerichtssaal auf Imrali. Sollte es nun doch zu einer Neuverhandlung des Öcalanverfahrens kommen, bestünde nicht Gefahr, dass Öcalan auf dem Weg zum Gericht etwas widerfahren könnte ?

Das ist unwahrscheinlich. Zwar wünscht sich jeder einen solchen Zwischenfall. Die Umsetzung einer solchen Aktion ist unter normalen Bedingungen jedoch sehr schwierig. Ausgeschlossen ist so etwas jedoch nicht. Wenn einer der wachhabenden Soldaten psychisch erkranken würde, wären die Konsequenzen nicht absehbar.

Gibt es einen besonderen Grund für den psychologischen Unterricht ?

Die Offiziere schulten uns so, als ob Imrali zu jeder Zeit angegriffen werden könnte. Dies ist aber auch eine reale Befürchtung. Mit dem psychologischen Unterricht sollten wir auch für eine derartige Situation vorbereitet werden, um unsere Dienstbereitschaft noch zu ver-

stärken. Aus diesem Grund ist auf Imrali die Bestrafung von Offizieren, Sondereinheitsangehörigen oder Soldaten untersagt. Wenn du dort ein Disziplinarvergehen begehst, hat dies keine Konsequenzen.

Dies ist doch sehr ungewöhnlich. Das scheint nur auf Imrali so zu sein ?

„Keine Bestrafung“ bedeutet: keine Disziplinarstrafen. Eine solche Disziplinarstrafe könnte die Moral des Einzelnen untergraben. Denn jede Disziplinarstrafe führt auch zu einer Verlängerung der Dienstzeit, was nicht unbedingt förderlich für die Moral der Truppe ist. Statt Disziplinarstrafen werden vielmehr körperliche Züchtigungen angewandt.

Wurden Sie über die Besuche der Rechtsanwälte Öcalans unterrichtet ?

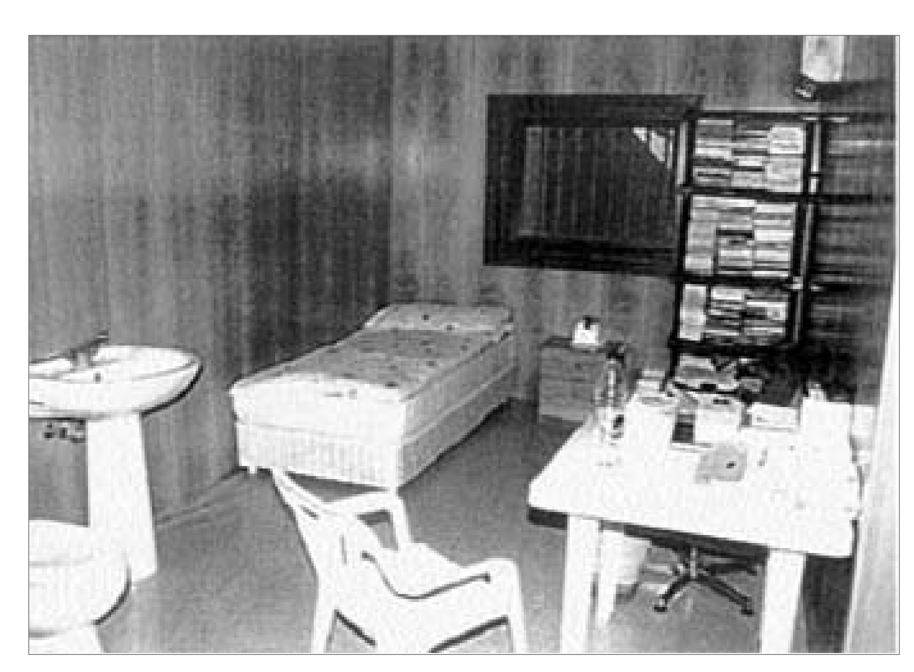
Dies geschah, wenn ich Außenwachdienst hatte. Ihr Kommen wurde uns zwei Tage vorher per Fax aus Mudanya mitgeteilt. So wussten wir schon vorweg Bescheid, wenn der Besuch wegen „widrigen Witterungsbedingungen“ nicht stattfand.

Wie verhielten Sie und die Offiziere sich, wenn die Anwälte Öcalans auf die Insel kamen ? Des Weiteren ist bekannt, dass immer wieder die Besuche der Rechtsanwälte mit der Begründung „widriger Witterungsverhältnisse“ verhindert werden. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe hierfür ?

Bei jeder Ankunft der Rechtsanwälte gab es den einen oder anderen, der seinen Missmut nicht verbergen konnte. Besser gesagt, diese Leute konnten ihren Hass nicht verbergen. Sie fragten sich, warum man immer noch diese Besuche zulässt. Begründungen wie „widrige Witterungsverhältnisse“ und „technische Probleme am Fährboot“ sind meiner Meinung nach nur Vorwände. Denn aufgrund meiner Tätigkeit im Außenwachdienst weiß ich, dass selbst bei Sturm das Militärboot mindestens einmal täglich vom Festland kommt. Zudem wurde uns schon zwei Tage vorher mitgeteilt, ob der Besuch stattfinden wird oder nicht.

Hatten Sie während Ihres Dienstes auf Imrali Kontakt zur Außenwelt, wie Brief- oder Telefonkontakt ?

Nein. Unser Sondereinsatzkommando aus Bolu hatte zu keiner Zeit und in keiner Form Kontakt zur Außenwelt. Telefonieren und Briefe Schreiben war sowieso verboten. Außerdem wussten unsere Familien nicht einmal, dass wir auf Imrali waren. Wir hatten nicht einmal die Möglichkeit, vor unserem Abmarsch nach Imrali unseren Familien Bescheid zu geben. Nur die Offiziere trugen Mobiltelefone bei sich, die sie auch benutzten, obwohl dies strengstens verboten war.



Gefängniszelle von Abdullah Öcalan Foto: Özgür Politika

Kam es in Ihrer Dienstzeit auf Imrali zu einem außerordentlichen Vorfall, an den Sie sich erinnern können ?

Ja. Ein Mal landete ein Militärhubschrauber außerplanmäßig auf der Insel. Von weitem konnte ich beobachten, dass die Insassen zivil gekleidet waren. Es waren zwei Frauen und zwei Männer, allesamt sehr fein gekleidet. Es sah nicht danach aus, als ob sie Angehörige des Militärs gewesen wären. Vielmehr wie Vertreter der Justizbehörde oder wie eine Delegation des Gerichts. In dieser Situation wurden sämtliche Sondereinheiten ohne Vorankündigung von ihrem Posten zum Radarhügel abgezogen. Das geschah immer, wenn Zivilisten auf die Insel kamen. Während meiner gesamten Dienstzeit ist dies dreimal passiert. Der Grund hierfür hat sich mir nicht vollständig erschlossen. Sie wissen vielleicht, dass das Sondereinsatzkommando aus Bolu nicht in den Akten der NATO aufgeführt ist. Das könnte der Grund dafür gewesen sein. Die routinemäßigen Besuche von Ärztedelegationen zähle ich nicht dazu. Diese kehrten auch immer sofort nach Verrichtung ihrer Arbeit zurück. Kurz bevor ich die Insel verließ, wurden Wachhunde der Kategorie K9 auf die Insel gebracht. Das sind Hunde, die einer besonderen Ausbildung zur Wahrnehmung von Gerüchen und Geräuschen unterzogen worden sind.

Hatten Sie die Möglichkeit, die Besucher auf der Insel aus der Nähe zu sehen ?

Nein. Die Nachricht von ihrer Ankunft verbreitete sich aber in Windeseile. Können Sie sich noch an das Bild von den Mitgliedern des Einsatzkommandos erinnern, das Öcalan mit

dem Flugzeug aus Kenia in die Türkei brachte? Einer davon sei Ali Can[3] gewesen, so sagte man. Von Zeit zu Zeit kam er auf die Insel. Jeder behandelte ihn wie einen Held. Auch ich habe ihn einmal gesehen. Er ist groß gewachsen und blond. Ich weiß nicht, was er auf der Insel zu suchen hatte. Man sagte nur, dass er eine ganz spezielle Ausbildung beim Sondereinsatzkommando von Bolu erhalten habe.

Besuchen hoch gestellte Angehörige des Militärs die Insel ?

Davon habe ich nichts mitbekommen. Manchmal kamen Zivilisten auf die Insel. Man teilte uns mit, dass diese zu Bauarbeiten gekommen seien. Ob dies der Wahrheit entsprach, kann ich nicht beurteilen.

Konnten Sie das Gebäude betreten, in dem Herr Öcalan gefangen gehalten wird? Wenn ja, welche Besonderheiten weist dieses Gebäude auf ?

Ich habe niemals das Stockwerk betreten, in dem sich Öcalan befand. Ich konnte ihn nur durch Kameras beobachten. Das Gebäude selbst hat drei Stockwerke. Die Wächter im Gebäude sind allesamt unbewaffnet. Sobald ein höher gestellter Offizier das Gebäude betritt, muss er seine Waffe am letzten Kontrollpunkt dem Dienst habenden Verantwortlichen übergeben. Öcalan befindet sich im Erdgeschoss. Es ist vollständig von einer Mauer mit Stacheldraht umgeben. Das Erdgeschoss birgt auch eine Reihe elektronischer Geräte. Im ersten und zweiten Stockwerk werden Ausrüstungsgegenstände des Personals aufbewahrt. Ebenso befinden sich dort eine Reihe von Computern, die Schaltzentrale der Überwachungsanlage, Radarsysteme und ein Medikamentendepot. Wie ich schon erwähnte, befindet sich Öcalan im Erdgeschoss. Soweit ich das über die Monitore beobachten konnte, befindet sich neben der Gefängniszelle ein 9–10 Quadratmeter großer Hof, der mit einem Drahtverschlag nach oben hin abgeschlossen ist. Seine Zelle und deren Umgebung werden von zehn Kameras überwacht. Seine sämtlichen Tätigkeiten werden lückenlos beobachtet. Ob er sich nun auf der Toilette befindet oder beim Hofgang, ob er schläft oder ob er schreibt, alles wird mit den Kameras überwacht und aufgezeichnet.



Die einzigen veröffentlichten Fotos mit Abdullah Öcalan in der Zelle auf Imrali, November 2001 Foto: Özgür Politika

Werden die Überwachungsaufnahmen archiviert ?

Alles wird aufgenommen und archiviert. Minute für Minute. Das Archivmaterial wird periodisch nach draußen geschickt. Wohin es geschickt wird, weiß ich nicht. Manche sagen, dass es an die Menschenrechtskommission geschickt werde, andere sind der Meinung, dass es nach Ankara verbracht würde.

Sind Sie sich sicher, dass die Aufnahmen ununterbrochen archiviert und allesamt verschickt werden ?

Ob dies ununterbrochen geschieht, entzieht sich meinem Wissen. Man sagte uns jedoch, dass von den Aufnahmen zwei Kopien angefertigt würden.

Konnten Sie Öcalan selbst beobachten ?

Als ich einmal Dienst im roten Bereich hatte, konnte ich ihn zweimal auf den Monitoren beobachten. Diese befinden sich im ersten Stock des Gebäudes. Beim ersten Mal sah ich ihn ein Buch lesen. Er hatte eine große Bücherei zur Verfügung. Die Bücher, die nicht mehr in das Regal passten, waren auf dem Tisch akribisch aufgereiht. Beim zweiten Mal sah ich, wie er sich das Gesicht wusch und sich anschließend auf dem Bett ausstreckte. Nach drei Minuten stand er wieder auf und setzte das Lesen fort. Wie ich von meinen Kameraden erfuhr, die ihn ständig beobachteten, würde er niemals im Bett ausgestreckt lesen. Er würde ziemlich spät zu Bett gehen. Zudem stehe er zu früher Morgenstunde auf und würde entweder schreiben oder lesen. Manchmal unterbreche er das Lesen und lege das Buch beiseite, um ein paar Minuten auf und ab zu gehen.

Wie war Ihrer Einschätzung nach sein gesundheitlicher Zustand ?

Ich sah ihn des Öfteren im Fernsehen, als ich noch Zivilist war. Im Vergleich dazu hat er heute ziemlich abgenommen. Seinen Schnurrbart hat er auch abrasiert.



In vielen Städten und Dörfern wie hier in Sirnak gehen Menschen anlässlich des 15. August für die Freiheit von Öcalan auf die Straße Foto: DIHA

Was haben Sie gefühlt, als Sie die Monitorbilder sahen ?

Ich habe meine Emotionen versteckt. Ich sprach auch nicht darüber mit dem Soldaten des Sondereinsatzkommandos, der mit der Kameraüberwachung beauftragt war und es mir erlaubte, einen Blick auf Öcalan zu werfen. Ich beobachtete den Monitor, ohne etwas zu sagen. Der Kamerad machte hingegen abfällige Bemerkungen. Danach bin ich umgehend wieder zu meiner Stellung zurückgekehrt. Ich war ganz verwirrt. Ich weiß heute noch nicht, wie ich damals zurückkam. Das, was ich auf dem Monitor gesehen hatte, beeindruckte mich nachhaltig. Ich fragte mich, wie Öcalan es in dieser engen Zelle aushält. Ständig allein, nur von Kameras umgeben. Das beschäftigte mich doch sehr. Tagelang fand ich keinen Schlaf. Ich musste ständig an die Orte denken, wo ich in Kurdistan meinen Dienst verrichtet hatte. Ich dachte an die Dörfer, ihre Bewohner, an die Guerilleros.

Hatten Sie zu den Wächtern Kontakt, die Öcalan überwachten oder mit ihm gesprochen haben ?

Ja. Ich lernte einmal einen MHPler aus Erzurum kennen. Er vertraute mir. Er sprach von Öcalan mit Bewunderung. Er sagte, dass sich Öcalan sehr umsichtig verhalte. Normalerweise ist das Sprechen mit Öcalan strengstens untersagt. Trotzdem wechselte er eines Tages mit ihm ein paar Worte. Öcalan soll demnach gesagt haben, dass er sich keine Sorgen machen solle. Alles hätte seinen Sinn und seinen Grund. Er würde es eines Tages schon verstehen. Der Kamerad sagte auch, dass er vorher nie geglaubt hätte, dass Öcalan eine derartige respektvolle und wissende Persönlichkeit sei.

Wie oft wechseln die Wachmannschaften ?

Außer den Soldaten bzw. den Mitgliedern der Sondereinsatzkommandos wechseln die Wachmannschaften alle drei Monate einmal. Die Auswahl der einzelnen Mitglieder wird in Ankara getroffen. Dies haben wir so gehört.

Wem obliegt die Leitung der Gefängnisinsel ?

Diese befindet sich nicht auf der Insel. Zwar werden alle Weisungen auf der Insel durch die Kommandeure der jeweiligen Einheiten umgesetzt. Die eigentlichen Entscheidungen kommen jedoch von außen. Dies betrifft sowohl die gesamte Koordination und die Lösung von Sicherheitsproblemen als auch die Anwaltsbesuche auf der Insel, die Gesundheitsprobleme und Haftbedingungen von Öcalan, seine Zeitungen, sein Radio, eben alles. Täglich erhielten wir auf der Insel Dutzende von Faxen. Die Nachrichtendienstoffiziere sagten uns, dass diese Nachrichten aus einem Zentrum in Ankara kämen. Welchen Namen es habe oder wem es unterstehe, wurde uns nie gesagt.

Wie sind die klimatischen Bedingungen auf der Insel ?

Im Winter ist es sehr kalt. Im Sommer sehr schwül und feucht. Selbst uns bereiteten die klimatischen Bedingungen große Schwierigkeiten, obwohl wir eigentlich abgehärtet sind. Die Wachen des Innendienstes sagten uns, dass es im Sommer in den Gebäuden sehr heiß sei. Ob dies auch für die Gefängniszelle von Öcalan gilt, weiß ich nicht. Fest steht jedenfalls, dass sich die klimatischen Bedingungen auf alle Menschen auf der Insel nachteilig auswirken.

Sorgt die Sondereinsatzbrigade aus Bolu immer noch für die Sicherheit der Insel ?

Vor meiner Entlassung aus dem Dienst kam mir zu Ohren, dass die Sondereinsatzkommandos für den Außensicherheitsdienst wechseln würden. Welche Brigade nun den dortigen Dienst versieht, entzieht sich meinem Wissen. Ich weiß nur, dass diese Brigade sich wieder aus speziell ausgebildeten Soldaten zusammensetzen wird. ♦

Fußnoten:

[1] Der Soldat E. A. stammt ursprünglich aus Dersim. Aufgewachsen ist er jedoch in Istanbul. Im Jahre 2000 trat er seinen Wehrdienst an. Seine Grundausbildung absolvierte er in Isparta. Später wurde er zum Sondereinsatzkommando in Bolu versetzt, wo er eine zusätzliche Spezialausbildung erhielt. Seinen Wehrdienst leistete er in verschiedenen Gegenden in Kurdistan ab. Demnach versah er seinen Dienst in Kulp, nahe Diyarbakir, in Lice und im Landkreis von Genc in Bingöl. Ohne ersichtlichen Grund wurde er später wieder von der Brigade zurückbeordert. Nach einer vierzigtägigen Spezialausbildung wurde er zusammen mit anderen Soldaten nach Mudanya verbracht, um von dort aus auf die Gefängnisinsel Imrali überzusetzen. E. A. war von Oktober 2000 bis Februar 2001 auf Imrali stationiert, wo er auch im inneren Sicherheitsbereich von Imrali tätig war.

[2] Blaues Barett: blaufarbene militärische Kopfbedeckung von Soldaten der Sondereinsatzkommandos der türkischen Armee. Gilt auch als Erkennungszeichen von Eliteeinheiten der türkischen Armee, das den Anwärtern nach erfolgreich bestandener Ausbildung feierlich übergeben wird.

[3] Ali Can: Mitglied eines Sondereinsatzkommandos des türkischen Militärgeheimdienstes, das den von CIA-Agenten verschleppten Kurdenführer Öcalan am 15. Februar 1999 in Kenia in Empfang nahm und in die Türkei verbrachte.

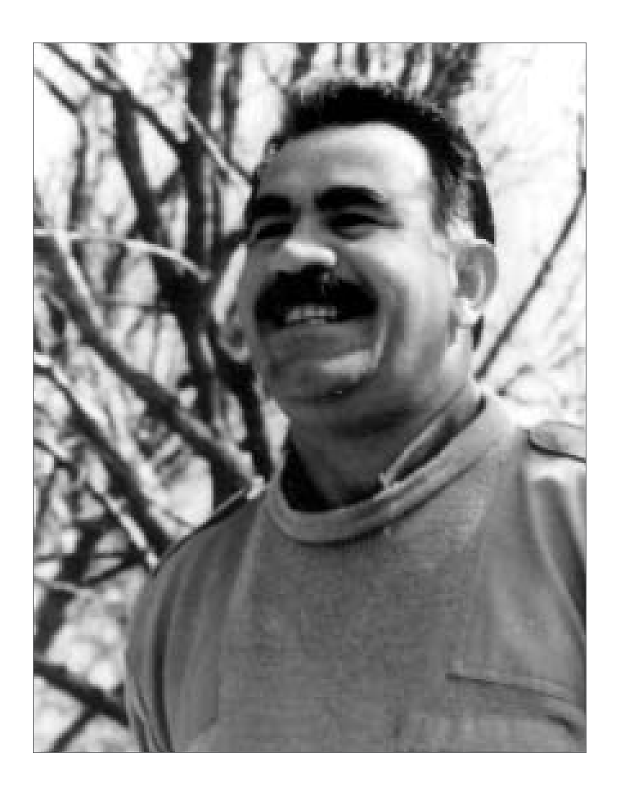
Dieses Interview erschien in der Tageszeitung Özgür Politika am 10. Juni 2005. Übersetzung durch die 'Internationale Initiative Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan'.

Die Begriffe „Gewalt“ und „Krieg“ bei Öcalan

Der Ausbau der Demokratie muss an erster Stelle stehen

Der folgende Artikel versucht, die ideologischen Positionen Öcalans zu Krieg und Gewalt zusammenzufassen und dabei einige zentrale Begriffe seiner jüngeren Schriften zu erläutern.

Seit seiner Verteidigungsrede im Hochverratsprozess auf der Insel Imrali, bei dem er öffentlich die ersten Ansätze einer neuen Strategie der Befreiungsbewegung formulierte und dem der von ihm initiierte Rückzug der Guerilla folgte, hat Öcalan immer wieder kritisch und selbstkritisch den Einsatz von Gewalt im Befreiungskampf hinterfragt. In mehreren Schriften definierte er die Abkehr von der Strategie des bewaffneten antikolonialen Befreiungskampfes und formulierte an ihrer Stelle eine Strategie der legitimen Selbstverteidigung, in der politische Prozesse Vorrang vor dem bewaffneten Widerstand erhalten. Ihren bislang weitreichendsten Ausdruck findet diese Ideologiekritik in seiner 2004 an den EGMR verfassten Eingabe, die auch als Buch erschien und allein in der Türkei über 100.000 Mal verkauft wurde. Dieses Buch[1] enthält eine Sicht auf Geschichte und Gesellschaft, die sich nicht nur an der Geschichte der Klassenkämpfe orientiert. Den wesentlichen Konflikt sieht er zwischen den Gruppen, die den Staat kontrollieren und von ihm profitieren, und den Gruppen, die dies nicht tun. Für die erste Gruppe prägt Öcalan einen eigenen Begriff, er spricht von der *„KriegerMacht“*:



Abdullah Öcalan Foto: Archiv

> „In hierarchischen und etatistischen Gesellschaftssystemen ist das wichtigste politische Phänomen der Konflikt zwischen demokratischen Elementen und der herrschenden KriegerMacht.“ [S. 103]

Mit *etatistisch* bezeichnet er dabei Gesellschaften, die staatlich organisiert sind sowie die Gruppen, die den Staat tragen. Dem gegenüber stehen die *demokratischen Elemente* historisch zunächst Gesellschaften, die noch keinen Staat kennen, später dann unterdrückte Klassen, Völker und – vor allen anderen – Frauen. Deren Widerstand drücke sich in den verschiedensten Formen aus, sei aber letztlich immer gegen den Staat und die ihn kontrollierende Krieger-Macht gerichtet. Mit Foucault sieht er Krieg als den eigentlichen Grundzustand der Gesellschaft, so genannter Frieden sei nur ein befristeter „Waffenstillstand“ zwischen den beiden Gruppen:

> „In vielen verschiedenen komplexen Gemeinschaften besteht der Zustand von ‘Frieden und Stabilität’, also in der Mitte zwischen Frieden und Krieg. Das Volk und die KriegerMacht liegen in einem andauernden ideologischen und praktischen Kampf, um die Situation zu ihren Gunsten zu entscheiden und ihre eigene politische, soziale, ökonomische, rechtliche, künstleri-



15.-August-Demonstration in Adana Foto: DIHA

sche und geistige Situation zu verbessern. Krieg ist der kritischste und gewalttätigste Zustand in diesem Prozess. Auf Krieg drängt im Wesentlichen die KriegerMacht. Denn ihr Daseinszweck ist es, so dem Volk im Schnellverfahren das zu nehmen, was es hat. Völker und unterdrückte Klassen hingegen begegnen dem, indem sie erzwungenermaßen und um zu überleben einen Widerstandskampf leisten, um sich mehr schlecht als recht gegen diese Ausplünderung zu behaupten. Kriege sind nicht die Wahl der Völker, sie sind dazu gezwungen, um ihre Existenz, ihre Würde und ihr System eines freien Lebens zu bewahren.“ [S. 105]

Wichtigste Konsequenz dieser Theorie ist eine deutlich veränderte Haltung zur Gewalt. Hatte die PKK früher einen antikolonialen Befreiungskrieg propagiert und geführt, so geht Öcalan heute selbstkritisch mit Sartres Theorie vom „Ersten Schuss“, durch den sich der Unterdrückte befreit, ins Gericht. Es sei eine Illusion zu glauben, man könne sich primär durch Gewalt befreien. Der Einsatz von Gewalt wirke den eigenen Zielen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie immer entgegen, da Gewalt verrohend wirke und neue Hierarchien schaffe. Der Einsatz von Gewalt für den Widerstand müsse auf ein absolutes Minimum reduziert werden, keinesfalls könne sie die primäre Methode für einen Befreiungskampf sein. In der Vergangenheit sei es in der kurdischen Befreiungsbewegung auch zu einer Fetischisierung von Gewalt gekommen, die antiemanzipatorisch gewirkt habe. Wesentliches Ziel der Bewegung müsse die Förderung von demokratischem gesellschaftlichem Handeln sein:

> „Der effektivste Weg, die KriegerMacht-Mentalität einzudämmen, besteht darin, dass die Völker eine demokratische Haltung adaptieren. Das bedeutet nicht, nach der Devise ‘Auge um Auge, Zahn um Zahn’ vorzugehen. Eine demokratische Position kennt zwar ein Verteidigungssystem, welches auch Gewalt beinhaltet, im Vordergrund steht aber die Schaffung einer Kultur der Selbstbehauptung, die gegen die herrschende Mentalität kämpft. Wir reden von einer Haltung, die weit über Widerstands- und Verteidigungskriege hinausgeht. Im Grunde handelt es sich um die Vertiefung und Umsetzung eines Lebensstils, in dessen Mittelpunkt nicht der Staat steht.“

Verteidigung erscheint hier nicht nur als militärische Verteidigung, nicht einmal in erster Linie. Absoluten Vorrang haben zivilgesellschaftliche Organisierung, Aufbau demokratischer Strukturen oder auch juristische Kämpfe. Krieg wandelt sich im jüngsten Werk des Kurdenführers vom Mittel der Wahl für die nationale Befreiung in das allerletzte Mittel der Selbstverteidigung, zu dem man erst dann greifen darf, wenn alle anderen Mittel probiert worden sind und versagt haben, und selbst dann nur, um einen demokratisch-politischen Prozess in Gang zu bringen.

Besonders stark unterscheidet sich Öcalans Verwendung des Begriffes Demokratie vom allgemeinen Sprachgebrauch. Demokratie ist für ihn keine Staatsform, sondern vielmehr eine mit dem Staat koexistierende, aber im Widerspruch zu ihm stehende Lebensweise. Die beiden sind komplementär:

> „Je mehr Staat, desto weniger Demokratie. Oder auch: Je mehr Demokratie, desto weniger Staat.“

Der Versuch, die theoretischen Grundlagen für die „Überwindung des Staates durch die Demokratie“ zu schaffen, ist das eigentliche Leitmotiv des Buches. Öcalan kritisiert den Staatsbegriff von Marx, Engels und Lenin, insbesondere die einseitige Interpretation des Selbstbestimmungsrechts der Nationen ausschließlich als Recht, ja quasi als Pflicht zur Staatsgründung. Vielmehr müsse der Ausbau der Demokratie an erster Stelle stehen, was gleichzeitig den Abbau des Staates bedeute. Lenin habe das zwar in „Staat und Revolution“ propagiert, aber nicht umgesetzt, weil er sich über das wahre Wesen des Staates getäuscht habe. Dabei könne das Mittel nicht der Einsatz von Gewalt zur „Zerschlagung“ des Staates sein, da an seine Stelle nur ein anderer Staat treten würde. Vielmehr müsse die Demokratie den Staat nach und nach verdrängen.

Insofern sind wesentliche ideologische, strategische und taktische Neubewertungen hinsichtlich der Gewalt erkennbar:

- Gewalt wird nicht länger als Mittel zur Befreiung propagiert, sondern als antiemanzipatorische Vorgehensweise denunziert, die letztlich nach den Regeln der KriegerMacht funktioniert.

- Da die Zerschlagung bestehender Staaten und die Schaffung eines neuen Staates als Ziele abgelehnt werden, fällt auch die Gewalt als maßgebliche Methode dafür weg. Ihr Einsatz wird allenfalls zur Selbstverteidigung oder zur Beförderung eines demokratisch-politischen Prozesses als legitim angesehen.

- Das Zivile hat grundsätzlich Vorrang vor dem Militärischen. ♦

Fußnote:
[1] „Bir Halki Savunmak“, 2004, noch nicht auf Deutsch erschienen.

Der 15. August 1984 war ein besonderer Tag

Diese Aktion hinterließ eine enorme Wirkung

Ahmet Beser, DIHA, Dicle Haber Ajansi

Der 15. August ist ein überaus bedeutender Tag in der Geschichte der Türkei, an diesem Tag hat die PKK ihre bewaffneten Aktionen begonnen. Die AugenzeugInnen des Sturms auf Eruh berichten von diesem Tag als einem außerordentlichen, außerdem von Propagandadurchsagen der Guerillas über die Moschee-Lautsprecher.

Denn der PKK-Kader und -Mitbegründer Mahsum Korkmaz („Agit") kommandierte an diesem 15. August 1984 einen zweistündigen bewaffneten Angriff in der Stadt Eruh in der Provinz Siirt.

Isa Sezek (59), heute noch immer Viehbauer in Siirt-Zentrum, erlebte den 15. August: „Als die PKK-Guerillas Eruh stürmten, war dort noch unser Haus. Wir sind Bauern und hielten damals auch Tiere. Ungefähr um 21 Uhr hörten wir Waffenlärm. Er kam aus dem Cirav-Gebiet und hat eine halbe Stunde angehalten. Wir hatten keine Ahnung, was los ist. Alle hatten Angst. Es war ein außergewöhnlicher Tag. Zuerst haben sie die Militärwache in der Stadt eingenommen, danach haben sie die stationierten Soldaten gefangen genommen. Dabei wurde den Guerillas von den Soldaten nichts entgegengesetzt. Außerdem haben sie die ganzen Waffen aus der Wache in ein Auto verladen. Bei dieser Aktion hatten die Guerillas keine Verluste, aber es hieß, dass ein Soldat der Wache umgekommen sei. Nachdem sie die Wache eingenommen hatten, hielten sie eine Ansprache über die Lautsprecher der Stadtmoschee. Erst danach haben die Leute von Eruh diese Aktion verstanden. In ihrer Rede sprachen die Guerillas davon, dass sie Kurden seien und einen kurdischen Freiheitskampf führten. Dass sie ihren Freiheitskampf solange führen würden, bis das kurdische Volk die gleichen Rechte wie das türkische Volk besitze. Nach der Ansprache sangen sie politische Lieder und riefen Parolen über die Lautsprecher. In Eruh hörte man nur mehr Jubelrufe. Viele Einwohner haben von ihren Häusern aus die Guerillas mit Zurufen und Pfiffen unterstützt. Um 23 Uhr zogen die in die Richtung der Berge, wo sie hergekommen waren."

Der Zeitungsausträger Mehmet Altay (62) berichtet: „Bei dem Sturm am 15. August war ich in der Nacht zu Besuch in Eruh. Ich war in einem Haus nahe der Stadt, ich bin ganz zufällig Zeuge dieser Aktion geworden. Es kamen viele Guerillas aus dem Cirav-Gebiet, an die Zahl kann ich mich nicht erinnern. Einige sagen, dass es 100 Guerillas waren, andere sagen 50. Zuallererst hörten wir die Schüsse. Später haben wir erfahren, dass sie die Militärwache eingenommen und die Soldaten gefangen genommen hatten. Auch die Munition nahmen sie mit. Zuerst hatten wir sehr viel Angst, aber als sie sich vorgestellt haben, hat die ganze Bevölkerung in Eruh sie mit Zurufen und Pfiffen unterstützt. Über die Moschee-Lautsprecher stellten sie sich als Revolutionäre und kurdische Freiheitskämpfer vor. Sie sagten auch, dass die Stadt Eruh in ihrer Hand sei und ihr Kampf weitergehen werde. Sie riefen Parolen und sangen politische Lieder, die Munition und Waffen wurden in ein Auto verladen. Mit dem sind sie dann in Richtung Berge gefahren. Bei dieser Aktion ist keinem Bewohner und keinem Guerilla etwas passiert. In den frühen Morgenstunden sind Tausende Soldaten mit Helikoptern nach Eruh gekommen. Sie haben Eruh umzingelt und Häuser durchsucht. Ein Einwohner wurde festgenommen."

Auch der jetzige DEHAP-Bezirksvorsitzende in Siirt, Sükrü Oguz, war in jener Nacht Augenzeuge. Er machte zu der Zeit in Eruh seinen Abschluss in der Mittelschule. Oguz: „Was ich gesehen habe, werde ich mein ganzes Leben nicht vergessen. Als die Schüsse fielen, war ich in einer Teestube. Die Schüsse kamen aus Richtung Zentrum, die Leute rannten, um sich zu verstecken. Die in der Teestube waren, versteckten sich unter den Tischen. Etwas später kam dann ein Guerilla herein. Sie hatten die Waffen aus der Wache geholt und sie in ein Auto geladen. Sie suchten jemanden, der das Auto fahren sollte. Sie brachten jemand dazu, doch der konnte das aus lauter Angst nicht. Später erzählten sie uns über die Lautsprecher der Moschee, dass sie PKKler seien. Sie haben auf dem zentralen Platz eine Fahne aufgestellt und sangen dazu kurdische Lieder. In den Morgenstunden kamen Unmengen von Soldaten nach Eruh. Ich war zu der Zeit nicht mehr da. Es war eine unvergessliche Nacht."

Ahmet Aslan (35) ist Journalist. Er hat den 15. August nicht erlebt, aber er erzählt, dass diese Aktion eine große Wirkung bei ihm hinterlassen habe. Er hat diesen Sturm im Radio gehört: „Ich war zu der Zeit in der 5. Grundschule. Weil mein Vater sich für Politik interessierte, hatten wir immer das Radio eingeschaltet. Dort hörten wir, dass eine Gruppe, die sich ‚Apocus' nannte, Eruh gestürmt habe. Außerdem berichtete das Radio, dass die Bank und die Wache in ihrer Hand seien. Diese Aktion hinterließ eine enorme Wirkung bei mir, ich habe mich sehr gefreut. Zuerst wusste niemand, was passierte, dann haben alle verstanden, dass diese Aktion die Stimme der Kurden ist. Der Sturm auf Eruh hat der Welt die Stimme der Kurden verkündet." ♦

Demokratische Freie Frauenbewegung

Wir erleben ein weiteres Organisierungsexperiment

Suna Parlak

Wenn ich gefragt werden sollte, was für die Frau am lebenswichtigsten ist, würde ich antworten: ihre Organisierung. Unabhängig davon, wo wir uns befinden, wie wir leben und was wir vertreten, wir sind alle von der geschlechtsspezifischen Politik dieses vermännlichten Systems betroffen. Das gesellschaftliche Geschlecht schwebt wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfen. All unsere Schritte, all unsere Äußerungen, unsere Kleidung bis hin zu unserem Verhalten unterliegen der Kontrolle dieser bestimmenden, aber ungeschriebenen Regeln. Unsere einzige Kraft, die wir besitzen, oder die wir besitzen können, ist unsere Organisierung. Unsere Prinzipien können sich entsprechend den Regionen, in denen wir leben, ändern, aber die Quelle unserer – aller Frauen dieser Erde – Erfahrungen liegt im patriarchalen System und der darin produzierten Gewaltkultur.

Das sind allgemeine Wahrheiten. Von den feministischen Bewegungen in den letzten dreihundert Jahren weltweit festgestellte und überwundene Missstände werden zum größten Teil von uns kurdischen Frauen noch immer durchlebt. Die Unorganisiertheit der Kurden hat auch uns Frauen in eine ungünstige Lage versetzt. In der gesellschaftlichen Dynamik zum Ende des Osmanischen Reiches (zum Ende der Phase des „kranken Mannes“) spielten auch kurdische Frauen ihre Rolle und gründeten den „Verein zur Förderung der kurdischen Frauen“ (Kürt Kadinlari Teali Cemiyeti). Trotz der kurzen Lebensdauer dieser Organisation waren die gebildeten [*mit Schulbildung*] und städtischen kurdischen Frauen vornehmer Abstammung von der Französischen Revolution und den aufständischen Frauen dieser Revolution beeindruckt. Lange Zeit nach Gründung der türkischen Republik wird eine lange Phase der Unorganisiertheit erlebt. Frauen nahmen zwar an nationalen Kämpfen teil, aber nicht



Suna Parlak Foto: DIHA

mit ihrer eigenen Frauenidentität, sondern als Frauen, die den Führungskadern der aufständischen Clans nahe standen, oder als stille Massen, deren Engagement unbeachtet blieb. Erst ab 1960 beteiligten sich militante Frauen aus Universitäten bei den türkischen und kurdischen Linken. Aber sie wurden vielmehr als Schwestern der Bewegung gesehen. Ihnen wurden nur die „Küchen“bereiche der Organisationen eingeräumt. Nachdem der Militärputsch 1980 die linken Organisationen durcheinander gewirbelt hat, haben kurdische und türkische Frauen aus diesen Organisationen ihre dortigen Erfahrungen unter die Lupe genommen. Die bittere Realität lag auf der Hand. Das patriarchale System und sein gesellschaftliches Geschlecht waren auch in diesen Organisationen gegenwärtig gewesen. Diese Phase kann als die zweite Etappe der kurdischen Frauenbewegung gesehen werden. Als Reaktion auf diese Erkenntnis orientieren sich die revolutionären Frauen von damals ausschließlich hin zu feministischen Organisationen, können sich aber leider nicht davor bewahren, elitär und marginal zu bleiben. Für die kurdische Frauenbewegung ist die dritte und eigentliche wichtige Phase die Frauenrevolution innerhalb der Gesellschaft mit ihren daraus resultierenden Organisierungen, die sich parallel zur jüngsten kurdischen Nationalbewegung der letzten dreißig Jahre entwickelt hat.

Diese Phase kann in drei Stufen unterteilt werden. Die erste umfasst die Jahre 1980 bis 1990, es ist die Zeit, sich am bewaffneten Kampf zu beteiligen. Die Bilder von bewaffneten Frauen innerhalb der feudalen kurdischen Realität sind der Versuch, als Individuum, das die Clan-Kontrolle überwunden hat, zu existieren.

In der zweiten Stufe, von Anfang bis Mitte der 90er Jahre, schließen die Frauen sich der nationalen Bewegung in großer Zahl an. Die meisten dieser Frauen sind Studentinnen, und zu dieser Zeit wird ein heftiger Kampf um die Geschlechterfrage innerhalb der Bewegung geführt. Die kurdische Bewegung beginnt zunehmend sowohl intern als auch innerhalb der Gesellschaft von einer Frauenrevolution zu sprechen. Die Frauen innerhalb der Bewegung beginnen eigenständige Organisationen zu entwickeln, und je weiter wir die Gegenwart erreichen, desto mehr erlangt diese Organisierung einen unabhängigen Charakter. In der letzten Etappe dieser Phase – in der wir uns auch gegenwärtig befinden – entwickelt sich die zivile Frauenbewegung. Ab den 90er Jahren nehmen Frauen aktiv in kurdischen Zivilgesellschaftsorganisationen und kurdischen Parteien teil. Parallel hierzu werden auch unabhängige Frauenorganisationen gegründet. Gab es vor dreißig Jahren nur wenige kurdische Frauen mit schulischer Bildung, nehmen Frauen, die sich aktiv am kurdischen Nationalkampf beteiligt haben und dies mit dem Kampf um ihre Geschlechtsidentität verbinden konnten, heute in unabhängigen Fraueninstitutionen und in allen Lebensbereichen wichtige und wirkungsvolle Positionen ein.

Seit zwei Jahren erleben wir ein weiteres Organisierungsexperiment. Im September 2003 haben wir mit Frauen aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, unabhängigen Frauenaktivistinnen, Freundinnen aus Frauengruppen von Parteien sowie Frauen mit einem gewissen Geschlechtsidentitätsbewusstsein eine Konferenz durchgeführt. Es war natürlich kein Zufall, dass sich das Leitmotiv der Konferenz auf die Frauenidentität bezog. Wir hatten zwar alle in unterschiedlichen Bereichen unseren Kampf geführt, aber unsere Arbeitskraft ist kaum geachtet, geschätzt worden. Viele von uns konnten die Verbindung dieser Situation mit der eigentlichen Geschlechtsidentität nicht tiefgründig hinterfragen.

Der anfängliche Gedanke, auf der Konferenz unsere Probleme gemeinsam diskutieren zu wollen und nach Möglichkeit eine lockere Organisierung aufzubauen, wurde aufgrund der lebhaften und entschlossenen Konferenzatmosphäre dahingehend erweitert, dass wir die Basis für eine noch engere Organisierung gegeben sahen. Am Ende der Konferenz beschlossen wir, uns als „Demokratische Freie Frauenbewegung“ (Demokratik Özgür Kadin Hareketi, DÖKH) zu organisieren und dies zu deklarieren. Egal unter welcher institutionellen Identität wir auch gearbeitet hatten, sofern es um Geschlechterkampf und Frauenidentität ging, fühlten wir uns der DÖKH verbunden. Weil wir eine Bewegung sind, ist diese Bindung nicht an eine feste Disziplin gebunden. Aber sind Verantwortung, Aufmerksamkeit und Freiwilligkeit nicht das Wichtigste?

Nach etwa zwei Jahren haben wir die zweite Konferenz in Batman durchgeführt. Batman – dieser Name wird inzwischen wegen der hohen Selbstmordrate von Frauen mit dem Tod identifiziert. Die Konferenz in Batman in einer Zeit durchzuführen, in der die Waffen erneut sprechen, die Provokationen zunehmen, die kurdische Bewegung und die kurdischen Zivilgesellschaftsorganisationen und Medien zur Zielscheibe erklärt worden sind, ist sowohl politisch als auch aus Sicht des Frauenkampfes von Bedeutung. Wir wollten genau die Frage aufwerfen und diskutieren, dass die Frauenarbeit meist der allgemeinpolitischen Arbeit geopfert wird, und waren aufgrund der sensiblen Situation erneut gezwungen, unsere Tagesordnung nach der Tagespolitik zu bestimmen. Aber diesmal waren wir im Vergleich zu früher besser vorbereitet. Die vorher gebildeten Arbeitsgruppen haben ihre Arbeitsergebnisse den Konferenzteilnehmerinnen dargestellt. Beschlossen wurde eine konferenzartige Versammlung über die Organisierung und die Schwierigkeiten von unabhängigen Frauenorganisationen und -arbeitsbereichen, die seit den 90er Jahren spezifische Frauenarbeit leisten. Weiter wurde entschieden, das Problem der Prostitution, das sich in den letzten Jahren wie ein Stein auf unserer Tagesordnung festgesetzt hat, umfassend zu diskutieren und in einigen Projekten zu konkretisieren. Dies soll im Rahmen einer internationalen Konferenz behandelt werden. Eine umfassende Organisierung wurde ebenfalls auf der Konferenz beschlossen. Diese Beschlüsse sind bedeutsam, weil die bevorstehende Zeit praktisch mit Frauenthemen gefüllt sein wird.

Es war sehr wichtig, dass zu den Teilnehmerinnen auch Vertreterinnen unterschiedlicher Frauenorganisationen, Frauen unterschiedlicher Altersgruppen sowie Frauen aus allen Regionen und Arbeitsbereichen gehörten, weil ein Austausch über die Probleme und Schwierigkeiten jedes Arbeitsbereiches sowie über Lösungsvorschläge aus Sicht der Bewegung von Bedeutung ist. Eine Definition des Problems muss natürlich sein. Aber allein dies zur Sprache zu bringen reicht zweifelsohne nicht aus und würde nichts anderes darstellen als die moderne Form des traditionellen „sich Beschwerens“. Die Mitglieder dieser Bewegung, die sich gegenseitig heftig kritisiert haben, unterstrichen ihre Aufrichtigkeit dadurch, dass sie ihr Bedürfnis nach breiterer Organisierung äußerten.

Zum Ende der Konferenz haben die Delegierten einen 45-köpfigen Rat gewählt, der bis zur nächsten Wahl die Verantwortung übernehmen wird. Dieser wiederum hat unter sich eine 11-köpfige Koordination bestimmt. Alle Ratsmitglieder werden in unterschiedlichen Kommissionen vertreten sein und diese um zusätzliche Frauen erweitern. Bis zur nächsten Konferenz möge die Arbeit leichtfallen. ♦

Kontakt über:
sparlak2001@yahoo.com

Das neue Strafvollstreckungsgesetz:

Den Gefangenen in eine Form zwingen

Rechtsanwalt Baran Dogan

Das „Gesetz zu Strafvollstreckung und Sicherheitsvorkehrungen" (hier „Vollstreckungsgesetz" genannt) ist am 1. Juni 2005 in Kraft getreten. Trotzdem der Gesetzentwurf lange Zeit schon auf der Tagesordnung stand, ist er – in einem Umfang von 125 Paragraphen von der Justizkommission an die entsprechende Unterkommission weitergeleitet – in Rekordzeit besprochen und innerhalb eines Tages angenommen worden.

Viele Abgeordnete haben sich darüber beschwert, dass sie keine Zeit hatten, den Entwurf zu prüfen, da sie ihn erst an dem Tag erhalten haben, an dem er im Parlament behandelt werden sollte. Wie bei allen Gesetzen im Zusammenhang mit dem EU-Anpassungsprozess ist auch das Vollstreckungsgesetz, ohne auf die politische Wirklichkeit dieses Landes einzugehen, angefertigt worden, um dem/der Verurteilten alle die Persönlichkeit betreffenden Rechte zu nehmen. Dieses den Menschenrechten unangemessene Gesetz ist gleichzeitig eine Reaktion und ein Gesetz zur Aufstandsbekämpfung. Die Gefängnispolitik der Türkischen Republik besteht fortwährend darin, den/die Verurteilte/n (aber nur die politischen) zu manipulieren, wenn das nicht möglich ist, zu zerstören. Der Abgeordnete und Mitglied der das Vollstreckungsgesetz vorbereitenden Kommission Yüksel Cobacioglu hat den Entwurf im Parlament mit folgenden Worten kritisiert: „Vermeiden Sie das Wort ‚Reue' so viel Sie wollen, dieses Gesetz, das dem/der Schuldigen sagt ‚ich mache einen Menschen aus dir', ist ein Gesetz, das ‚dich zwingt zu spuren', und ‚um einen Menschen aus dir zu machen, werden wir dich zwingen zu bereuen'." Es ist wie ein Verbots-Epos geschrieben, das den/die Verurteilte/n die Autorität des Staates von den Zehennägeln bis zu den Haarspitzen spüren lässt. Es hat zum Ziel, den/die Verurteilte/n als StaatsbürgerIn umzuerziehen. Wie ja auch Justizminister Cemil Cicek laut Parlamentsprotokollen diese Besonderheit des Gesetzes offenkundig betont hat: „Dieses Gesetz ist ein Gesetz, das sich auf Erfahrungen stützt. Wenn wir fragen, wieso ist mancher Paragraph so und nicht anders – dahinter stehen 40 Jahre Erfahrungen, die wir als Staat, als Ministerium in den Strafvollstreckungseinrichtungen gesammelt haben." Das Vollstreckungsgesetz verleiht den im Gefängnis durchgeführten Maßnahmen gesetzliche Legalität und zugleich macht es die Grundrechte und Freiheiten des/der Verurteilten unbrauchbar.



Rechtsanwalt Baran Dogan auf einer Pressekonferenz Foto: DIHA

Regelmäßig zieht sich das Gericht nach der Verurteilung aus der Angelegenheit zurück. Die Anwendung der Strafe, also die Strafvollstreckung, ist die notwendige administrative Aufgabe der Umsetzung im Rahmen des gerichtlichen Urteils. Der/die Verurteilte ist im Gefängnisleben einzig dazu verpflichtet, die Strafe des Gerichtes auf sich zu nehmen. Die Administration darf in der Anwendung der Strafe auf den/die Verurteilte/n keine Regeln einführen, die die vom Gericht festgesetzte Strafe erhöhen oder verschärfen. Ansonsten hat das Vollstreckungsgesetz einen rechtlichen Mechanismus (Aufsichts- und Kategorisierungszentren) geschaffen, der den/die Verurteilte/n einer zweiten Verurteilung unterzieht, sobald er/sie das Gefängnis betritt.

Im Vollstreckungsgesetz findet sich eine Vielzahl von Punkten, die den außerordentlichen Regeln der Vereinten Nationen zur Besserung der Lage des/der Gefangenen wie auch der Europäischen Menschenrechtskonvention zuwiderlaufen.

Die Begriffsstruktur des neuen Verständnisses vom Vollstreckungsgesetz

Um das neue Vollstreckungssystem, das das Vollstreckungsgesetz mit sich bringt, gut verstehen zu können, werde ich einige Begriffe erklären, die die Struktur des Gesetzes ausmachen.

Sicherheit: Die Verhinderung der Flucht des/der Verhafteten/Verurteilten.

Der Begriff Sicherheit stellt sich uns insbesondere in der Begrenzung der Außenbeziehungen dar. Jede Art von Beziehungen zur Außenwelt des/der Verurteilten kann mit der Begründung der Sicherheit eingeschränkt werden.

Ordnung: Die restlose Anwendung der Regeln der Einrichtung oder die Anpassung an die Regeln.

Im Gefängnis ist jede Bewegung mit einer Regel verknüpft. Die Regeln bezüglich der Beziehungen der Verhafteten sowie Verurteilten, sowohl untereinander als auch zur Gefängnisleitung, können jederzeit verletzt werden. Macht der/die Verurteilte z. B. in seiner/ihrer Zelle einen Schweigestreik, kann die Leitung ihm/ihr das Recht auf Fernsehen, Radio oder Telefon bis zu drei Monaten entziehen.

Trotzdem die Sauerstoffzufuhr in den Gefängnissen unzureichend ist, findet sich in dem Gesetz keine diesbezügliche Regelung!

Besserung: Eine Besserung wird nicht für möglich gehalten. Der/die Verurteilte hat seine/ihre soziale Anpassungsunfähigkeit gezeigt, indem er/sie straffällig geworden ist. Deshalb ist es notwendig, den/die Verurteilte/n an die Gesellschaft anzupassen, ihn/sie zu gewinnen und ihr gleich zu machen. Dem Gesetz nach ist der/die Verurteilte seelisch krank und muss therapiert werden. Wie krank er/sie ist und wann geheilt, wird den Erfahrungen überlassen. Gemäß § 7 wird seine/ihre Besserung an der Reuebekundung gemessen und daran, wie gut er/sie sich an die verwendeten Programme (Erziehung, Arbeitspflicht etc.) anpasst und darin erfolgreich ist.

Durchsetzung von Gerechtigkeit: Nach § 6 des Vollstreckungsgesetzes empfiehlt es die Gerechtigkeit, zwischen InsassInnen mit demselben rechtlichen Status keinen Unterschied zu machen. Danach werden wegen Mordes und wegen Mitgliedschaft Verurteilte nicht gleich behandelt. Das heißt, es dürfen Unterschiede gemacht werden zwischen wegen unterschiedlicher Straftaten Verurteilten. Wiederum werden die wegen gleicher Straftaten Verurteilten alle nach denselben Regeln behandelt. Dies sieht das Vollstreckungsgesetz nicht als Ungerechtigkeit an, im Gegenteil stellt es das als gerecht dar.

Gefängnisse und ihre verschiedenen Arten

Die innenarchitektonischen Vorkehrungsmaßnahmen der Gefängnisse, oder wie es im Gesetz heißt: Strafvollstreckungseinrichtungen, werden unter Einholung von Stellungnahmen durch die Leitung und die Bediensteten definiert. Das Recht des/der Verurteilten, in einer gesunden Umgebung zu leben, die psychische und physische Existenz in freiem Willen zu entwickeln, wird bis zur Freilassung ausgesetzt.

In dem Vollstreckungsgesetz sind für die Verurteilten gemäß dem Blick des Staates auf sie zwei verschiedene Gefängniskategorien vorgesehen: Gefängnisse mit hohem oder normalem Sicherheitsstandard (geschlossen, offen, Kinder-, Jugend- u. Frauengefängnisse). Gefährliche oder besserungsunwillige Gefangene werden in Gefängnissen mit hohem Sicherheitsstandard untergebracht. Der wesentliche Unterschied zwischen Gefängnissen mit hohem Sicherheitsstandard und den anderen Gefängnissen wird mit der Anwendung einer absoluten Sicherheitsführung benannt. Was die Anwendung einer absoluten Sicherheitsführung bedeutet, wird nicht offen dargelegt. In der Anwendung verteidigt der Staat damit die Isolationshaft. Es kommen auch Kinder (Verurteilte unter 18 Jahren) und Jugendliche (zwischen 18 und 21 Jahren) in die Gefängnisse. Hierbei spielt die Art der Schuld eine wichtige Rolle. Zum Beispiel werden wegen Mitgliedschaft in einer Organisation bestrafte Kinder und Jugendliche in den Hochsicherheitstrakten der jeweiligen Gefängnisse untergebracht.

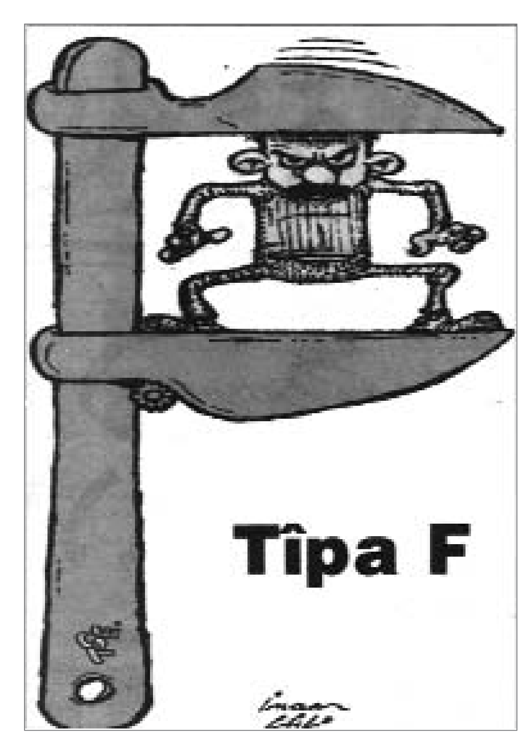
Für KurdInnen gibt es keine Dolmetscher!

Werden die Verurteilten ins Gefängnis überstellt, so werden ihnen ihre gesamten Verpflichtungen in Türkisch erklärt. Ausländische Flüchtlinge, die kein Türkisch können, werden in ihrer Sprache oder, wenn das nicht möglich ist, in Englisch, Französisch oder Deutsch informiert (§ 22). So werden denen, die keine Sprache außer Kurdisch sprechen, Türkisch nur lückenhaft oder gar nicht beherrschen, ihre Rechte und Pflichten in Türkisch erklärt. Denn KurdInnen sind türkische Staatsangehörige. Das Gesetz, das vorsieht, dass ausländische Flüchtlinge ihre Rechte und Pflichten in der eigenen Sprache erklärt bekommen, enthält den eigenen Staatsangehörigen, den KurdInnen, diese Möglichkeit vor.

Das Gefängnis-Gericht: Beobachtungs- und Kategorisierungszentrum

Jede/r Verurteilte mit einer Strafe von mehr als einem Jahr wird in einer Einzelzelle untergebracht, sobald er/sie das Gefängnis betritt, bleibt 60 Tage unter Beobachtung und wird einer Begutachtung unterzogen (§ 23). Diese sensible Aufgabe wird durch die in den Gefängnissen eingerichteten Beobachtungs- und Kategorisierungszentren ausgeführt, in denen Fachleute jeder nur vorstellbaren Art arbeiten können und die einen wissenschaftlichen Mischmasch fabrizieren. Die Beobachtungs- und Kategorisierungszentren beobachten die Verurteilten 60 Tage lang und fertigen einen detaillierten Bericht über deren „verbogene Moral", deren eigene Sicht auf ihre Schuld, ob sie bereuen oder nicht, ihr Leben vor der Straffälligkeit, ihre soziale Umgebung und Beziehungen. Der/die Verurteilte erfährt somit im Gefängnis einen zweiten Verurteilungsprozess, währenddessen angestrebt wird, seine/ihre Persönlichkeit zu benebeln oder ihn/sie bis zur Besserung in den mitleidsvollen Händen des Staates zu belassen. Gemäß dem Ergebnis dieser Beobachtung und Untersuchung, der Art der verübten Straftat, seinem/ihrem Verhältnis zur Reue und dem Verhalten wird entschieden, ob der/die Verurteilte in ein Gefängnis mit normalem oder hohem Sicherheitsstandard gebracht wird. Wer von den Verurteilten Glück hat, kann jedoch wegen seiner/ihrer Persönlichkeit oder „anderer Umstände" von dieser Beobachtung und Untersuchung ausgenommen werden. Was der Begriff „andere Umstände" bedeutet, werden wir – denke ich – entweder erfahren, wenn wir „an unseren Fingerspitzen riechen" [*sprichwörtlich*], oder in der Praxis.

Verurteilte einem zweiten Verurteilungsprozess zu unterziehen läuft sowohl der Verfassung als auch dem internationalen Recht zuwider. In den Bestimmungen der Vereinten Nationen ist elementar anerkannt worden, dass das Moralverständnis der Gefangenen zu achten ist.



Karikatur gegen die F-Typ-Gefängnisse Foto: Archiv

Die Verurteilten werden zur Arbeit verpflichtet

Wenn es die Gefängnisleitung für notwendig erachtet, kann sie den/die Verurteilte/n zur Arbeit verpflichten und diese/r hat keinerlei Recht, dem zu widersprechen. Diejenigen, die sich weigern zu arbeiten, erhalten eine Disziplinarstrafe. Für Verhaftete gibt es die Verpflichtung zur Arbeit nicht. In sämtlichen liberalen Rechtssystemen existiert das Arbeiten als ein Recht. Jede/r hat das Recht zu arbeiten, ob der-/diejenige arbeitet oder nicht, ist gänzlich dem persönlichen Willen überlassen. Auch die Verfassung der Türkischen Republik sieht für alle BürgerInnen das Recht auf Arbeit und eine Aufgabe vor. Die Verfassung sieht keine Verpflichtung zur Arbeit vor. Der Art. 4/2 der Europäischen Menschenrechtskonvention beinhaltet, dass niemand „unter Zwang zur Arbeit angehalten werden darf". Die Entscheidung, ob ein/e Verurteilte/r arbeitet oder nicht, der Gefängnisleitung zu überlassen bedeutet, den Weg für Zwangsarbeit zu bereiten. Es ist klar, dass die Verpflichtung zur Arbeit den Werten eines demokratischen Rechtsstaates zuwiderläuft. Man kann nicht wissen, ob der Ministerpräsident dieses Projekt eines doppelten Weges, für das er sogar den Minister austauschte, bewusst geschaffen oder eher zufällig realisiert hat. Aber Verurteilte im offenen Vollzug dürfen außerhalb der Gefängnisse im Straßenbau, auf dem Bau, im Bergbau oder bei der Forstarbeit zwangsweise beschäftigt werden.

Das Vollstreckungsrecht und seine Begrifflichkeiten

Verurteilte/r: Eine Person, deren Verurteilung zu einer Gefängnis- oder gerichtlichen Geldstrafe unveränderbar feststeht.

Verhaftete/r: Eine Person, gegen die es einen schwerwiegenden Tatverdacht aufgrund von Fakten gibt und deren Freiheit mithilfe einer gerichtlichen Ent-

scheidung als Vorkehrungsmaßnahme eingeschränkt ist.

Strafe: Das Resultat der Verurteilung durch eine unabhängige und unparteiliche gerichtliche Entscheidung, wodurch dem/der Schuldigen, dessen/deren Schuld als erwiesen angesehen wird, die Freiheit versagt und er/sie in ein Gefängnis gesteckt oder zu etwas anderem verpflichtet wird.

Vollstreckung: Die Umsetzung der gerichtlichen Verurteilung.

Das heilige Bestrafungsrecht des Staates

Der/die Verurteilte, der/die, mit welchem Ziel auch immer, sein/ihr Leben und seine/ihre körperliche Ganzheit wissentlich in Gefahr gebracht hat, hat seine/ihre Verpflichtung verletzt, sich der Strafe zu beugen (§ 26). Das heißt, der/die Verurteilte, der/die sich an einem Hungerstreik oder Todesfasten beteiligt, verhindert die Umsetzung der Strafe. Dieses Verhalten verhindert das Recht des Staates, die Strafe ausnahmslos bis zum Ende durchzusetzen, und wird bestraft. Der Staat besitzt jegliche Verfügungsgewalt über den/die Gefangene/n.

Die unangekündigte Durchsuchung des/der Gefangenen

In den Räumen, Zellen oder ihnen angegliederten Räumen der Gefängnisse dürfen der/die Gefangene selbst oder seine/ihre Sachen zu jeder Zeit ohne Ankündigung durchsucht werden (§ 36). Es ist möglich, das Eigentum unangekündigt zu durchsuchen. Aber wir fragen uns, wie die Verurteilten ohne Ankündigung durchsucht werden sollen. Die Durchsuchung soll mindestens einmal monatlich durchgeführt werden. Davon abgesehen ist es der Gefängnisleitung überlassen, jederzeit eine uneingeschränkte Durchsuchung anzuordnen. Darüber hinaus ist es, wenn nötig, gestattet, die Durchsuchung durch Gendarmerie- oder Polizeiangehörige am Aufenthaltsort des/der Verurteilten durchführen zu lassen. Mit diesem Gesetz wird es der Polizei zum ersten Mal gestattet, sich in die Gefängnisse zu begeben. Das ist so zu verstehen, dass daran gedacht ist, auch die Polizei von jahrelangen Erfahrungen profitieren zu lassen.



Initiative des IHD Istanbul gegen die Isolatonsgefängnisse Foto:DIHA

Auch die RechtsanwältInnen unterliegen staatlicher Kontrolle

Vonseiten des Vollzugsrichters ist es jederzeit möglich, den Anwaltsbesuch einzuschränken (§ 59/4). Die Einschränkung kann bedeuten, dass ein Bediensteter für den Besuch abgestellt wird oder dass Dokumente, die der/die Verurteilte dem/der AnwältIn oder der/die AnwältIn dem/der Verurteilten übergeben hat, beschlagnahmt werden. Sobald das Vollstreckungsgesetz in Kraft trat, ist dieser Paragraph des Gesetzes am 1. Juni angewandt worden. Der gesamte Anwaltsbesuch des Herrn Öcalan ist am 1. Juni 2005 im Beisein eines Bediensteten abgehört und auf Band aufgenommen worden. Die von den AnwältInnen während des Besuchs angefertigten Notizen wurden beschlagnahmt. Mit dieser Anwendung ist das Recht auf Verteidigung verletzt worden. Wen kümmert es, wenn das in Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention geregelte Recht auf ein faires Verfahren verletzt wird. Daran, wie diese Anordnung auf Herrn Öcalan angewandt worden ist, lässt sich ablesen, mit welchem Verständnis das Vollstreckungsgesetz angewandt werden wird. Es gibt keinerlei Verpflichtung, die während des Besuchs gemachten Notizen des Anwalts zu beschlagnahmen. Dem Gesetz nach ist es lediglich erlaubt dies zu tun, sofern ein Dokumentenaustausch stattgefunden hat. Das heißt, dass die Verurteilten zum einen die im Gesetz festgehaltenen Regeln über sich ergehen lassen müssen, zum anderen Regeln, von denen man nicht weiß, wo sie geschrieben stehen.

Es ist möglich, unter Hinweis auf den Grund der Verurteilung eine bestimmte anwaltliche Vertretung zu verbieten. Diese Regelung ist zum ersten Mal durch die 9. Große Strafkammer Istanbul mit ihrer Entscheidung vom 7. Juni gegen die AnwältInnen des Herrn Öcalan angewandt worden, acht von ihnen wurde das Vertretungsrecht für die

Dauer von einem Jahr entzogen. Es gibt für diese Anordnung keinerlei rechtliche Erklärung, es ist nur klar, dass es sich um eine politische und besondere Person handelt.

Die Verräter werden unter uns sein

Durch Anweisung der „entsprechenden Behörde" können Geständige außerhalb des Gefängnisses eingesetzt werden, sofern Informationen gesammelt werden sollen, die bei Operationen nötig sind, oder die Echtheit übergebener Dokumente untersucht werden sollen (§ 92). Diese Geständigen werden mit verschiedenen Begründungen nach draußen geschickt und können sich so frei wie nur vorstellbar unter uns bewegen. Die „entsprechende Behörde", die verlangt, eine/n Geständige/n nach draußen zu schicken, kann auch ein Stadtteilbediensteter sein, kann der militärische Geheimdienst JITEM sein, auch das werden wir in der Praxis sehen.

Die Besucher werden die Zurechtweisung kennen lernen

Die positivste Veränderung in dem Vollstreckungsgesetz ist, dass sowohl Verurteilte als auch Verhaftete in gebührendem Abstand Besuch zwischen einer halben und drei Stunden von jeglichen Personen erhalten dürfen, die ihren Namen und Adresse bekannt geben (§ 83).

BesucherInnen, die mit ihrem Verhalten oder ihren Worten gegen die Gefängnisregeln oder die Gefängnisordnung verstoßen haben, kann ihr Besuchsrecht für eine Zeit zwischen einem Monat und einem Jahr durch den Gefängnisdirektor entzogen werden. Man muss kein Prophet sein, um sich vorstellen zu können, dass Eltern, die kein Türkisch sprechen, die Ordnung der Einrichtung stören werden. Die Gefängnisleitung ist in ihrem begrenzten Raum nichts anderes als die öffentliche Leitung. Mithin müssen sich mit dieser Verpflichtung alle Staatsangehörigen der Türkischen Republik, sogar die ganze Menschheit, sobald sie ein Gefängnis betreten, verhalten, als würden sie die Wohnung des Gefängnisleiters betreten.

Die bedingte Freilassung: ein dicker Faden, der durch ein enges Nadelöhr soll

Die bedingte Freilassung ist das während der Entwurfsphase des Gesetzes meistdiskutierte Thema. Die bedingte Freilassung ist die Freilassung vor Ablauf der gerichtlich entschiedenen Strafzeit. Um in den Genuss der bedingten Freilassung zu kommen, muss die Vollzugszeit des/der Verurteilten unter „guter Führung" verlaufen sein. Die Kriterien für eine „gute Führung" sind folgende:

(1) Sich den Gefängnisregeln von Grund auf anzupassen: Sich den Regeln entsprechend zu verhalten reicht hierfür nicht aus, es ist nötig, die Gefängnisleitung eine innere grundsätzliche Haltung spüren zu lassen. Ich bin nicht überrascht, dass ein Parlament mit einer Mehrheitspartei, die aus einer gottesfürchtigen Kultur kommt, solch eine Regel aufstellt.
(2) Seine Rechte in positiver Weise zu nutzen, seine Verpflichtung zu erfüllen: Für diejenigen, die sich ständig gegen das Erziehungs- und Besserungsprogramm verhalten, ist eine bedingte Entlassung nicht möglich.
(3) Ob der/die Verurteilte bereit ist, sich in der Gesellschaft zu integrieren, wird von der Gefängnisleitung festgestellt. Bei guter Führung können soziale Gefangene nach Ablauf von zwei Dritteln der Strafe, politische Gefangene nach Ablauf von drei Vierteln der Strafe an Bedingungen geknüpft freigelassen werden. Da ich auf das Gerechtigkeitsverständnis des Vollstreckungsgesetzes schon zu Anfang eingegangen bin, halte ich es nicht für notwendig, noch einmal die unterschiedliche Behandlung von sozialen und politischen Gefangenen zu betonen.

Isoliere sie, lass sie verrotten, vernichte sie: die verschärfte lebenslange Haftstrafe

Die verschärfte lebenslange Haftstrafe wird tags wie nachts in einer Einzelzelle vollstreckt. Indem dem/der Verurteilten unter keinen Umständen ermöglicht wird, mit den anderen Verurteilten zusammenzukommen, liegt die eigentliche Bestrafung in der Isolation. Der/die Verurteilte hat das Recht eine Stunde pro Tag unter freiem Himmel zu verbringen und Sport zu machen. Unter welchen Bedingungen, unter Anwendung welcher Methoden dies praktiziert wird, obliegt der Gefängnisleitung. Besuche jeglicher Art können abgehört und aufgezeichnet werden. Auf jeden Fall ist das Anwaltstreffen bei Herrn Öcalan abgehört und aufgezeichnet worden. Wie auch immer, die sich auf Herrn Öcalan beziehenden Anweisungen sind alle in den strafrechtlichen Bestimmungen zu finden. Deshalb werden Verurteilte, deren Todesstrafe in eine erschwerte lebenslange Haft umgewandelt worden ist, nicht in den Genuss einer bedingten Freilassung kommen.

Die Situation der Verhafteten

Alle in diesem Text veröffentlichten Regeln, Einschränkungen und Verbote gelten genauso für die Verhafteten. Die einzige Ausnahme stellt die Verpflichtung zur Arbeit dar. Zu arbeiten ist dem/der Verhafteten freigestellt. Das Besuchsrecht, der Briefverkehr und Telefongespräche können von der Staatsanwaltschaft oder vom zuständigen Gericht im Hinblick auf Verhöre und den sicheren Verlauf des Gerichtsprozesses verboten werden. Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht können den/die Verhaftete/n im Hinblick auf Vertuschung von Beweisen oder aus Gründen der Sicherheit im Haftgefängnis in eine Einzelzelle sperren und – wenn es nötig ist – videoüberwachen sowie gefesselt halten.

Für den/die Verhaftete/n ist es unmöglich, im Haftgefängnis, das der Kontrolle des Staates untersteht, Beweise zu vertuschen. Die Zellenüberwachung per Kamera ist ein Angriff auf die Privatsphäre des/der Verhafteten (das An- und Ausziehen, Essen und Trinken, Sprechen etc.). Es ist aber so, dass ein/e Verhaftete/r bis zu einer Verurteilung als unschuldig gilt. Es stellt eine Verletzung dieser Unschuldsvermu-

tung dar, wenn die lebenspraktischen Angelegenheiten des/der Verhafteten durchforscht werden, um Beweise für eine Verurteilung zu finden.

Die Disziplinarstrafen des Gesetzes: „Wir machen einen Menschen aus dir“

Wenn es der Gefängnisleitung trotz aller Versuche nicht gelingt, den/die Verurteilte/n auf eine Linie einzuschwören, bietet das Gesetz die Möglichkeit, eine Autorität mithilfe von Disziplinarstrafen zu schaffen. So können diejenigen, die etwas nach dem Gesetz Verbotenes getan haben, zwischen einem und drei Monaten von einigen Rechten ausgeschlossen oder in eine (Einzel-)Zelle gesperrt werden. Nach den Standards der Vereinten Nationen ist es mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren, Unterschiede zwischen den Menschen zu machen, die mit Verhafteten und Verurteilten ein soziales Leben führen. Jedoch ist das Vollstreckungsgesetz voll von maßlosen und auch noch subjektiven Kriterien wie den Disziplinarstrafen, die die Persönlichkeit des Menschen herabwürdigen:

(1) Ausschluss von kulturellen und sportlichen Aktivitäten (von einem bis zu drei Monaten): Verlassen der Erziehungsstätte oder Verschleppung der Erziehung, unpassende Worte an die oder unpassendes Betragen gegenüber Bediensteten der Einrichtung, die Teilnahme an einem Hungerstreik u. a.

(2) Versagung des Rechts auf Brief-, Fax-, Telegramm- und Telefon-Kontakte, Fernseh- und Radiokonsum (zwischen einem und drei Monaten): Verweigerung der vom Werkstattleiter als passend angesehenen Arbeit, Schweigewiderstand, unnötiges Absingen von Märschen u. a.

(3) Versagung des Besuchsrechts: Widerstand gegen Zählung und Durchsuchung, Behinderung der Teilnahme an Besserungs- und Erziehungsprogrammen der Einrichtung etc. Die Gefängnisleitung darf den/die disziplinarisch zu verhörende/n Verurteilte/n in einer anderen Zelle unterbringen oder ihn/sie vollständig von den übrigen Verurteilten trennen.

(4) Zellenstrafe: das Aufhetzen der Verurteilten gegen die Leitung, die Anstachelung oder das Überzeugen zu Hungerstreik oder Todesfasten, Widerstand, das Aushängen oder Anbieten von Organisationspublikationen, -transparenten, -bildern, -symbolen oder Zeichen tragenden Gegenständen etc.

Wer die Zellenstrafe erhält, wird zwischen einem und zwanzig Tagen in eine Zelle gesperrt, ohne irgendeinen Kontakt zu anderen Menschen. Es überschreitet jedes Maß, wenn sogar legale Publikationen, die Anklageschrift des Staatsanwalts als Organisationspropaganda gelten. Die Vollstreckung der Zellenstrafe beginnt mit der Bestätigung durch den Vollzugsrichter. Die übrigen Strafen werden umgehend ausgesetzt.

Wenn der/die Verurteilte sich in einem Zeitraum zwischen 15 Tagen und 3 Monaten nach Strafantritt „gut führt“, erlangt er/sie den Status „guter Führung“, sonst wird der Teufelskreis der Bestrafung bis zum Ende durchgeführt. ♦

Frauen sind besonders hart von Ehrverletzungen betroffen

Ehre, Fehden und nationale Zersplitterung in Kurdistan (Teil II)

Prof. Haci Akman, Universität Bergen / Norwegen

Der Konflikt – ein beliebtes Thema der Erzählungen

Auf den folgenden Seiten werde ich die Geschichte zweier kurdischer Stämme beschreiben, die einander Leid, Schmerz und Schaden zugefügt haben durch eine scheinbar endlose Fehde. Der tatsächliche Auslöser der Fehde war, als die Herden des einen Stammes durch das Gebiet der Nachbarn liefen, aber die Fehde begann nicht, bis die Nachbarn den Vorfall bewerteten. Die Geschichte stellt eine Fehde (*sherî*) zwischen zwei wohlhabenden Stämmen dar. Deswegen werden keine wirklichen Namen von Personen und Orten verwendet. Die Geschichte wird als fortlaufende Serie von Ereignissen dargestellt, auch wenn zwischen den einzelnen Angriffen lange Zeiträume vergangen sind.

Der Konflikt hatte seinen Ursprung in den 1890ern. Jahrelang hatten die Stämme freundschaftlichen Umgang miteinander. Sie tauschten Waren und Tiere aus, besuchten dieselben Basare und Kaffeehäuser in der nahe gelegenen Stadt und teilten die Wasserquelle – den weiten und sauberen Fluss, der ihre Gebiete trennte. Das Teilen von Wasserquellen ist ein traditionelles Anzeichen von enger Freundschaft und Vertrauen in Kurdistan. So ist es schwierig zu verstehen, wie eine lang anhaltende Freundschaft in einer bitteren Fehde endete und warum kein Mitglied der Stämme in der Lage war, die Frage zu klären. Nach 110 Jahren schwelt die Fehde immer noch!

Die Stämme haben gemeinsam: Ursprung, Geschichte, Sprache und Kultur. Die betroffenen Menschen waren alle Kurden, die die gleichen historischen Traumata erlebten. Äußere Mächte haben immer versucht, eine Teile-und-Herrsche-Politik zu etablieren um sie zu kontrollieren, und waren meist erfolgreich. Deshalb ist es wichtig, sich zu fragen, warum die Kurden niemals aus der Geschichte gelernt haben und sich im Widerstand gegen die Besetzer zusammengeschlossen haben, anstatt einander zu bekämpfen. Fast jede kurdische Familie hat bittere Erfahrungen mit Fehden gemacht, entweder direkt durch eigene Aktionen oder sie haben die Fehde als Erbe über Generationen fortgetragen. Die zerstörerischen Ereignisse, die nur zu oft zur Fehde gehören, betreffen den gesamten Stamm und hinterlassen tiefe Wunden. Sie bringen einen gewalttätigen Kreislauf hervor, aus dem es unmöglich scheint zu entkommen. Die Fehde kann tiefe Wurzeln haben, deren Auswirkungen weit über das Epizentrum hinausreichen – auch in die Diasporagemeinschaften in Europa und woanders.

Fehden können auf vielerlei Weise entstehen, auch als Folge von Tratsch. Der Ausgangspunkt kann sehr trivial sein. Die Vergeltung kann dennoch härter sein als das erste Fehlverhalten und so eine Spirale der eskalierenden Gewalt auslösen. Einige Fehden sind so weit von ihren verursachenden Ereignissen entfernt, dass die Stammesmitglieder sich gar nicht mehr daran erinnern können. Aber auch wenn die Ursache vergessen ist, setzen die Stämme ihre verbalen und physischen Angriffe aufeinander fort. Von außen betrachtet, mögen solche Fehden absurd erscheinen, aber die die davon betroffen sind, müssen der Logik des Ehrenkodex folgen, unabhängig von ihrer eigenen Bewertung.

Die Fehde

Die Gebiete (*cih*) der beiden Stämme, hier A und B genannt, grenzen aneinander. Sie sind durch einen Fluss getrennt, an dem fruchtbare Felder liegen. Seit ewigen Zeiten teilten die zwei Stämme den Fluss und das Tal. In Kurdistan wurden die Landfragen durch die Stämme verhandelt und die Übereinkünfte wurden entweder niedergeschrieben oder bestanden als mündlicher Vertrag fort. Der Konflikt zwischen Stamm A und B kam aus der Verletzung eines solchen Vertrages zustande.

Beide Stämme hatten große Schafherden. Normalerweise bereitete es keine Probleme, die Herden im Territorium der Eigentümer zu halten. Dennoch geschah es eines Tages, dass einige Schafe des Stammes A auf die Weiden des Stammes B gelangten. Als die Schafe von Mitgliedern des B-Stammes entdeckt wurden, schlachteten sie sie und brachten sie zurück auf das Land, woher sie gekommen waren. Die Leute vom Stamm B betrachteten den Vorfall als einen unerlaubten Übertritt der Gebietsgrenzen. Durch diese Verletzung der Landrechte entstand ein Verdacht bezüglich der wahren Absichten des Stammes A. Hatten sie Expansionspläne? Stamm B kam nicht umhin, Stamm A zu verdächtigen, mit dem Vorfall die Botschaft zu übermitteln, dass das Eigentum des Stammes B nicht länger unantastbar sei.

Die Kurden sind sich der engen Verbindung von Besitzrechten und Ehre

sehr bewusst. Deshalb lag es auf der Hand anzunehmen, dass die Grenzüberschreitung der Schafe eine Provokation darstellte. Die angenommene hintergründige Botschaft des Stammes A lautete: „Wir haben die Macht, eure Grenzen zu verletzen.“ Der Stamm B hatte zwei Möglichkeiten: Entweder Kontakt mit Stamm A aufnehmen und deren wahre Absichten herausfinden oder sie konnten eine gleichartige Botschaft an Stamm A senden. Stamm B wählte die letztere Möglichkeit. Ihr Stammesführer sah den Schafsvorfall als feindlichen Akt an und entschied, das Heu des Stammes A zu verbrennen. Diese Tat würde verheerende Folgen für Stamm A haben, da ein ausreichender Vorrat an Heu für das Überleben der Tiere in einem langen und harten kurdischen Winter Voraussetzung ist. Ohne Heu könnte der Stamm gezwungen sein, Tiere zu verkaufen, wenn die Preise niedrig sind, was wiederum seine materielle Macht und seinen politischen Einfluss mindern würde. Angst vor Feuer ist allen Bauern in Kurdistan gemein und es werden sorgfältige Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um das Heu gegen natürlich entstandene Feuer und feindliche Anschläge zu schützen.



Zweiter Schäferwettbewerb in Beytüssebap Foto: DIHA

Wenn ein feindlicher Akt mit Rache verbunden ist, verfangen sich die betroffenen Stämme in einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die sehr schwer zu durchbrechen ist. Beide Parteien leben in ständiger Furcht, ob und wann die Rache das nächste Mal zuschlagen wird; so wird den physischen Schäden eine psychologische Dimension hinzugefügt.

Stamm B verbrannte also das Heu von Stamm A. Wenn Stamm A die Brandstiftung rächen will, muss er einen Weg finden, Stamm B in einer anderen Weise zu treffen, als man selbst getroffen worden ist. Der Grad an Grausamkeit in der Rache muss im Verhältnis zum vom Rächer erlittenen Leid stehen, oder besser, ein bisschen härter sein. Wenn keine Rache geübt wird, kann der Stamm, der bereit ist, einen solchen Angriff zu vergessen, als ‚feige’ und ‚ängstlich’ bezeichnet werden. In solchen Fällen wird der Einfluss und der soziale Status des Angreifers steigen. Stamm A entschied deshalb, Stärke zu zeigen, und so schnell wie möglich zu handeln, um den Provokationen von B ein Ende zu machen. Die Macht des Stammes A wurde damit demonstriert, dass sie alle Ziegenlämmer des Stammes B töteten.

Die Spirale der Gewalt ist nun fest etabliert. Es werden keine Anstrengungen unternommen, sie zu beenden. Im Gegenteil wird viel Energie und kreatives Denken darauf verwendet, den nächsten Racheakt zu planen. Stamm B zögert nicht lange. Nach einer kurzen Beratung der einflussreichsten Männer des Stammes kommen sie zu einer Entscheidung. Die Hunde des Stammes A sind das nächste Ziel.

Ein Schaf wird geschlachtet und das Fleisch vergiftet. In einer Regennacht schaffen es die Leute von Stamm B, die Hunde des feindlichen Stammes an den Köder zu locken und sie zu vergiften. Die Rache des Stammes A kommt überraschend und ist effektiv. Bis zu diesem Zeitpunkt der Fehde konnte sich Stamm A nicht vorstellen, dass Stamm B sein Eigentum bis in die eigene Wohnstätte verletzen könnte. Die Botschaft ist simpel: Der Feind hat gezeigt, dass er in der Lage war, ihr eigenes Sicherheitssystem zu unterlaufen, nämlich das Bellen der Hunde. Hunde sind deshalb so wichtig für kurdische Bauernhaushalte, weil sie durch ihr Bellen Eindringlinge oder menschliche Angreifer, die den Häusern zu nahe kommen, anzeigen. Wenn ein Stamm die fähigsten Wachhunde verliert, ist seine Sicherheit empfindlich erschüttert und die Hunde können kaum durch menschliche Anstrengungen ersetzt werden. Ein kurdisches Sprichwort sagt, dass der Feind nie schläft. Ein Mensch, der an einer Fehde beteiligt ist, muss Tag und Nacht in Alarmbereitschaft sein, denn die Art der Fehde ist es, zuzuschlagen, wenn und wo es der andere am wenigsten erwartet. Wenn Stamm A die Fähigkeit hatte, nahe genug zu kommen, um die Hunde zu töten, sind sie auch in der Lage, Menschen des Stammes B umzubringen. Nachdem sie die Hunde getötet hatten, lebten die Mitglieder des Stammes B in ständiger Angst, verdäch-

tigten alle und jeden, der sich in ihrer Nähe bewegte. Aber auch wenn sich Furcht unter den Mitgliedern des Stammes ausbreitete, wurde der nächste Schritt sorgfältig geplant.

Im ersten Abschnitt der Fehde finden die Angriffe und Gegenangriffe häufig statt. Wenn sich die Feindschaft (*dîsmuntî*) zu einer Fehde entwickelt, liegen längere Zeiträume zwischen den einzelnen Aktionen, aber diese werden immer ernsthafter. Manchmal vergehen zehn Jahre ohne einen Vorfall, aber beide Stämme wissen, dass er früher oder später kommen wird. Die langen Zeiträume bedeuten nicht, dass die Menschen vergessen hätten und Frieden eingekehrt wäre. Stämme in Fehde diskutieren ständig mögliche Wege, um dem Feind zu schaden. Sie sind immer in Alarmbereitschaft und halten sich von öffentlichen Veranstaltungen fern.

Rache bedarf einer gründlichen Planung, egal wie lange es dauert, sie auszuführen. Der Stamm weiß sehr genau, dass der Feind ebenfalls die nächste Bewegung plant. Um mit der nächsten Racheaktion erfolgreich zu sein, musste Stamm A deshalb strategisch denken. Sie überwachten die Bewegungen des Stammes B, hielten Ausschau nach wunden Punkten, erwogen die beste Art des Angriffes und behielten mögliche Fakten im Auge, die ein Hindernis für die Aktion darstellen könnten.

Der Fluss, der das Gebiet der beiden Stämme teilt, schafft einen Abstand zwischen ihnen, aber auch eine Art Verbindung. Die Ansiedlung des Stammes B lag näher am Fluss als die des Stammes A. Die Nähe zum Fluss eröffnete dem Stamm B einen besonderen Vorteil auf dem Gebiet der Verteidigung. Auf dem Fluss lebten Schwäne, die zu schreien anfingen, wenn ihnen jemand zu nahe kam. Dank der Schwäne war Stamm B gewarnt, wenn jemand den Fluss zu überqueren versuchte. Stamm B kannte die Schwäne und ihr Verhalten genau und die Flussabschnitte, wo sie sich aufhielten. Die Stammesführer hatten verboten, die Schwäne zu jagen, und verwiesen auf den alten Glauben, dass das Töten von Schwänen gefährliche Geister hervorrufen würde, die den Stamm in verschiedene Katastrophen stürzen würden. Schwäne wurden Jahrhunderte lang als heilige Tiere angesehen und waren oft in Gedichten, besonders in Liebesliedern, dargestellt. Die Schönheit und Eleganz des Schwanes ist eine beliebte Metapher für die weibliche Schönheit und ihr Ruf wird mit der melodiösen Stimme attraktiver Frauen gleichgesetzt. Die mythisch hervorgehobene Position des Schwanes drückt sich in dem Sprichwort aus: „Der Feind mag falsch sein, aber ein Schwan lügt nie." So bedeutet ein Warnruf des Schwanes, dass ihm jemand zu nahe gekommen ist.



Zweiter Schäferwettbewerb in Beytüssebap — Foto: DIHA

Die Schwäne wurden ein ernsthaftes Hindernis für die Rachestrategie des Stammes A. Sie konnten das feindliche Territorium nicht erreichen, ohne dass die Schwäne die Einwohner warnen würden. Sie entschieden, die Schwäne davonzujagen und dachten über Möglichkeiten nach, das zu tun. Zunächst versuchten sie, den Fluss zu vergiften. Viel Zeit und Geld wurden in diese Strategie investiert, aber die Schwäne blieben in ihrem Revier. Aber Stamm A war immer noch überzeugt, dass sie auf einfachem Wege auf das feindliche Gebiet gelangen und so die Oberhand gewinnen könnten, wenn sie nur die Schwäne loswerden könnten. Sie mussten nur eine Möglichkeit finden, ihrem verräterischen Gesang ein Ende zu setzen. Sie versuchten verzweifelt, sie durch Schüsse in die Luft zu vertreiben, aber alles, was sie erreichten, war, dass die alarmierten Stammesmitglieder von Stamm B zurückschossen. Stamm A sah sich gezwungen, den Plan, den Feind über die Schwäne zu treffen, aufzugeben. Danach folgte eine Zeit der relativen Ruhe, in der beide Parteien auf Entspannung hofften.

Es gibt bestimmte Regeln in Bezug auf eine Fehde, die von beiden Parteien ernst genommen werden. Die Regeln müssen befolgt werden und die verschlüsselten Botschaften müssen sofort verstanden werden. Wenn nicht, können

Stammesmitglieder spontan handeln und dem Feind geben, was er will.

Stämme in Fehde nutzen die öffentlichen Orte außerhalb ihres Territoriums sehr besonnen und versuchen, ein zufälliges Zusammentreffen mit dem Gegner zu vermeiden. So wird der Bewegungsspielraum von den Bewegungen des Feindes eingeengt. Die Stadt mit ihren Kaffeehäusern und Basaren ist ein Treffpunkt für die bäuerliche Bevölkerung aus der Umgebung. In den Kaffeehäusern gibt es Klatsch zu hören und Freunde aus verschiedenen Dörfern, die sich dort treffen, tauschen Neuigkeiten aus. An einem glücklichen Tag kann man vielleicht den Stammesführer (*serok eshîr*) persönlich bei einer Tasse Kaffee zu einer besonderen Angelegenheit um seinen Rat fragen. Jeder Stamm hat sein bevorzugtes Café in der Stadt, das von einer vertrauenswürdigen Person geführt wird, die auch das Essen vorbereitet. Wenn man sich an das eigene Café hält, sinken die Chancen des Feindes, jemanden zu vergiften. Vergiften ist eine immer wiederkehrende Strategie in einer Fehde, deshalb ist es lebenswichtig, die Zubereitung des Essens und Trinkens zu kontrollieren, wann immer eine Person außerhalb ihres Territoriums essen muss. Die Gäste müssen außerdem sicher sein können, dass der Kaffeehausinhaber nicht den Feind über ihre Besuche in der Stadt und über ihre Gewohnheiten informiert.

Eine lange Zeit verging ohne weitere Ereignisse in der Fehde zwischen A und B. Stamm A hatte einen Plan, aber sie verhielten sich ruhig und warteten auf den richtigen Augenblick, um zuzuschlagen. Eines Tages reiste ein junger Mann vom Stamm A in die Stadt mit dem Foto einer jungen Frau aus dem Stamm B. Er zeigte das Foto seinen Freunden und Verwandten und sagte ihnen, dass sich die junge Frau in ihn verliebt und ihm selbst das Foto gegeben habe. Die Strategie hatte den erwarteten Erfolg. Gerüchte über die illegitime Romanze gingen bald durch alle Dörfer. Da Stamm A Stamm B nicht direkt angreifen konnte, forderten sie die Ehre des Stammes B heraus, indem sie die Treue der Frauen von B in Frage stellten.

Das Verhalten der Frauen ist eng mit der Ehre des Stammes verbunden. Wenn ein Foto einer Frau in den Besitz des Feindes gelangt ist, bedeutet das einen ernsthaften Angriff auf die Ehre und kann, wenn es nicht vergolten wird, schwere Konsequenzen für die gesellschaftliche Stellung des Stammes haben. Ein Angriff auf die Ehre des Stammes in der Art wie eben beschrieben bedroht besonders die fragliche Frau. Auch wenn die Absicht war, die Ehre des Stammes und nicht vor allem die der jungen Frau anzugreifen, hat sie am meisten zu leiden. In diesem Fall war die Frau nur ein Medium – ein Opfer der lang andauernden Fehde. Sie hatte den jungen Mann höchstwahrscheinlich nie getroffen, sie wusste wahrscheinlich nicht einmal, wer er ist. Aber dennoch musste sie hart kämpfen, um die anderen zu überzeugen, dass sie das Foto nicht übergeben hatte. Die junge Frau auf dem Foto wurde das Opfer von Klatsch und Gerüchten sowohl innerhalb des Stammes als auch außerhalb. Durch den Klatsch und die Gerüchte gingen sie und andere Mitglieder des Stammes B im folgenden Jahr nicht in die Stadt, um nicht dem verächtlichen Gelächter ausgesetzt zu sein. Die Gerüchte wurden von der Tatsache genährt, dass niemand aus dem Stamm B eine schlüssige Erklärung geben konnte, wie das Foto in die Hände des Stammes A gelangt war. Es wurden auch innerhalb des Stammes B Verdächtigungen erhoben, die die Einigkeit des Stammes ernsthaft bedrohten.

Um der drohenden Gefahr der Schande und der inneren Zerrissenheit zu entkommen, musste der Stamm B seine Kräfte gegen den Stamm A versammeln. Der erste Schritt war, den Mann zu identifizieren, der das Foto der jungen Frau hatte. Später mussten sie seine Gewohnheiten herausfinden, wie oft er die Stadt besuchte, mit wem er kam, wohin er ging und in welche Cafés. Nachdem diese Untersuchungen abgeschlossen waren, konnte die tatsächliche Planung der Vergeltung beginnen. Ein vereinter Stamm B kam zu dem Beschluss, dass der Mann sterben müsse. Damit trat die Fehde in eine neue und gefährliche Phase ein. Der Konflikt entwickelte sich von einer Ebene, auf der eine dritte Partei ihn hätte beenden können, zu einer tödlichen Fehde, die die Forderung nach Blutrache (*tola xûne*) einschließt. Die Tatsache, dass Stamm A ein Foto einer Frau des Stammes B besitzt, bedeutet, dass das Ansehen der Frau beschmutzt ist und für immer sein wird. Da es nicht möglich sein wird, sie angemessen zu verheiraten, wird sie für immer ihrer Familie eine Bürde sein. Die junge Frau ist gesellschaftlich tot. Es gibt keinen Weg, auf dem sie ihre Ehre selbst wiederherstellen kann. Der Vorfall mit dem Foto gleicht sozialem Mord und kann nur durch die Tötung eines Mitgliedes des anderen Stammes gerächt werden.

Stamm A mobilisierte alle Ressourcen und Kontakte. Durch eine großzügige Zahlung an einen geheimen Informanten erfuhren sie, dass einige Mitglieder des Stammes A, der fragliche junge Mann eingeschlossen, in einigen Tagen in die Stadt kommen wollten. Die Gewohnheiten des Stammes A in der Stadt waren schon beobachtet worden. Stamm B wusste, dass sie ein bestimmtes Kaffeehaus besuchten, das sich nahe bei einem Gemüsemarkt befand. Um nahe an den Feind heranzukommen, ließen sie einen ihrer Männer als Gemüsehändler vor dem Café stehen. Der Plan war, dass er den Missetäter erschießen solle, wenn der vorbeikommt. Nur durch Blutrache kann der Stamm B die Ehre wiederherstellen, die verletzt ist, solange sich das Foto in den Händen des Stammes A befindet.

Nach einigen Tagen des Wartens wurden der junge Mann und einige seiner Verwandten auf ihrem Weg in die Stadt beobachtet. Als sie über den Markt gingen, holte der falsche Gemüsehändler sein Gewehr hervor und gab einige Schüsse ab. Das Hauptziel der Operation starb sofort, und ebenso einer seiner Freunde. Ein dritter Mann war leicht verletzt. Zum ersten Mal, seitdem der Konflikt ausgebrochen war, wurde Rache durch Mord geübt. Der schreckliche Vorfall mit dem Foto wurde gründ-

lich gerächt. Was auch immer die Konsequenzen dieses heroischen Aktes sind, Stamm B hat seine Macht gegenüber Stamm A gezeigt. Wenn die Rache nicht geübt worden wäre, hätte Stamm A die Oberhand in dem Konflikt behalten und so eine andauernde Bedrohung der gesellschaftlichen Position und damit der Existenz des Stammes B ausgeübt.

Ein Jahrhundert später bekämpfen sich die Stämme immer noch. Sie haben fortgesetzt ihr Bestes gegeben, um einander während 110 Jahren zu schaden. Unzählige Angriffe wurden auf jede mögliche Weise ausgeführt, von kleineren Schikanen bis zu schwerer Gewalt und Mord. Viele Kinder sind durch die fortdauernde Fehde ohne Vater aufgewachsen. Generation auf Generation war gezwungen, an der Fehde teilzunehmen. Ältere Generationen erwarteten von den Jungen, so leidenschaftlich zu hassen wie sie es taten, auch wenn es gar keine persönlichen Feindschaften mehr gab.

Frieden

Während der Siebzigerjahre und danach wanderten verschiedene Mitglieder der zwei Stämme ins Ausland, um zu arbeiten oder eine Ausbildung zu durchlaufen. Zwei junge Männer, einer von jedem Stamm, waren an europäischen Universitäten zur gleichen Zeit eingeschrieben, ohne voneinander zu wissen. In den späten Neunzigern dann, als beide ihre Universitätsabschlüsse erhielten, trafen sich zufällig ihre Wege. Beide waren in derselben kurdischen Partei in ihrem Land in der Diaspora organisiert und beide träumten von einem befreiten Kurdistan.

Während des Golfkrieges 1992 waren Tausende Kurden gezwungen, ihre Wohnorte zu verlassen und in benachbarte Länder zu fliehen. Um internationale Unterstützung für die Flüchtlinge zu bekommen, organisierte die fragliche kurdische Partei eine Konferenz in London. Begierig darauf, ihren unglüklichen ethnischen Brüdern und Schwestern zu helfen, kamen unsere beiden jungen Männer zur Konferenz. Aber während der Vorstellung der Delegierten sind sie total geschockt. Keiner von ihnen war auf diese Art von Treffen vorbereitet gewesen. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrhundert sitzen Mitglieder der zwei Stämme an einem Tisch. Sie haben noch nie zuvor den Feind von so nahe gesehen. Situationen wie diese werden im Allgemeinen verdächtigt, eine mögliche Falle zu sein, die von der Gegenseite sorgfältig geplant worden ist. Aber nichts passiert. Anstatt einander zu ignorieren, fühlen sich die jungen Männer unfreiwillig zueinander hingezogen. Neugier und Vorsicht streiten um die Herrschaft, und zwischen ihnen entsteht eine besondere Verbindung. Sie erkennen, dass zum ersten Mal seit einem Jahrhundert Mitglieder ihrer Stämme zusammengebracht worden sind, durch einen Grund, der über ihrer gegenseitigen Feindschaft steht. Die alte Stammesfehde ist lächerlich, wenn man sie ins Verhältnis zum Leid der kurdischen Flüchtlinge stellt, was ja das Thema der Konferenz in London war. Es war die Zeit gekommen, die alten internen Rivalitäten unter den kurdischen Stämmen zu begraben und sich gegen die Feinde zu vereinen.

Als Angebot zur Aussöhnung lädt der junge Mann von Stamm A seinen Parteigenossen vom Stamm B ein, bei ihm für die Zeit der Konferenz zu wohnen. Für einen Moment denkt der Mann vom Stamm B über die wahre Absicht solcher Gastfreundschaft nach. Hundert Jahre grausamer Angriffe und Gegenangriffe machten ihn skeptisch und ängstlich. Er zögert, nimmt aber dann die Einladung an. In der folgenden Nacht liegt er wach und erwartet die schlimmsten Dinge. Erst am frühen Morgen schläft er ein und wacht nach ein paar Stunden vom Duft von Tee und kurdischem Brot auf. Er steht auf und begegnet der kurdischen Gastfreundschaft und dem Respekt, den er von seinem Heimatland her so schätzt. Beim Frühstück möchte der Gast eine lange Feindschaft (*dîsmuntî*) beenden, die die jungen Männer niemals wirklich betroffen hatte; und ohne die Anwesenheit anderer Stammesmitglieder beschließen die beiden Männer ihren eigenen Friedensprozess zu beginnen. Hoffentlich wird sich in angemessener Zeit der Frieden auf die beiden Stämme ausbreiten. Aber eine genauso wahrscheinliche Folge ist, dass die beiden jungen Exilanten niemals ehrenvoll nach Kurdistan zurückkehren können, da sie als Abtrünnige und Verräter an der Stammessolidarität gelten könnten. Beide Männer sind sich der fatalen Folgen in ihren Heimatregionen bewusst, die aus ihrer beginnenden Freundschaft erwachsen können, aber sie sind bereit, das Risiko einzugehen und die unendliche und sinnlose Fehde zu beenden, um die Kräfte gegen andere, ernstere Bedrohungen zu vereinen.

Zusammenfassung

Einerseits hat die Stammesstruktur zur Reproduktion kurdischer Traditionen, der Sprache und der Identität beigetragen, aber andererseits hat sie sich als unüberwindliches Hindernis einer breiteren nationalen Einheit erwiesen und vielleicht sogar bei der Bildung eines Staates. Die Interessen der einzelnen Stämme hatten immer Vorrang vor den gemeinsamen Interessen der kurdischen Leute als solche. Nicht-kurdische Kräfte und Organisationen haben interne Rivalitäten unter den Stämmen genutzt, um die Errichtung eines kurdischen Staates zu verhindern.

Kurdische Stämme streben nach der Errichtung breiter Allianzen gegen äußere Bedrohungen, aber diese Bemühungen sind mehr als einmal durch interne Kämpfe verhindert worden, wobei die Ehre und die Rache die bestimmenden Themen waren. Auf diese Weise kann man eine direkte Verbindung zwischen dem Begriff Ehre und dessen Praxis und der gegenwärtigen Sackgasse ziehen, in der sich die Kurden gegenwärtig befinden.

Stammeskonflikte sind mehr oder weniger Ernst, das kommt darauf an, was auf dem Spiel steht. Gewalttätige Fehden entwickeln sich im Allgemeinen aus kleineren Scharmützeln in einer eskalierenden Serie von Aktion und Reaktion, bis das Niveau der Angriffe auf das Eigentum und auf Menschen erreicht wird. Die Verletzung der weiblichen Würde ist ein besonders effektiver Weg, die Ehre eines Feindes herab-

zusetzen. Verletzungen wie Missbrauch oder Vergewaltigung werden vor allem begangen, um den feindlichen Stamm zu treffen; die missbrauchte Frau ist nur ein unglückliches Opfer im Machtkampf, der vor allem ein Spiel der Männer ist. Blutrache wird eine unvermeidliche Antwort, wenn die vorhergehende Aktion Menschenleben gekostet hat. Das muss nicht einmal tatsächlich eine Tötung sein. Ein Angriff auf die Keuschheit der Frauen gilt als Mord, da die angegriffene Frau ihr ganzes Leben über als unrein gilt und so gesellschaftlich gestorben ist. In solchen Fällen wird der Verlust durch eine tödliche Gegenaktion ausgeglichen. Das Konto ist dann wieder nicht ausgeglichen, wenn der andere Stamm Rache übt. Der Kampf um die Ehre ist schließlich nur ein Ausdruck der Demonstration von Macht, wie es in der Einleitung zu diesem Buch heißt. Der Stamm, der aufrecht steht und seine Feinde hart und erbarmungslos schlagen kann, ist der, der Macht (*qawet*) hat und von anderen Stämmen gefürchtet wird. Niemand wagt es, Männer eines Stammes mit ehrenvoller, das heißt machtvoller Reputation respektlos zu behandeln.

In einer besonderen Hinsicht bedeutet also Ehre im kurdischen Kontext, grausame Rache an jedem zu üben, der sich falsch verhält. Ehre funktioniert so wie ein Schutzschild, eine Abschreckung, die die Möglichkeit, in zukünftige Fehden verstrickt zu sein, minimiert.

Epilog

Das zukünftige Schicksal der beiden Männer, die sich kürzlich in London getroffen haben, ist ungewiss. Höchstwahrscheinlich werden sie ihren Stammesgenossen vorsichtig vorschlagen, dass eine Vermittlung gesucht werden solle, um eine friedliche Lösung in der über ein Jahrhundert alten Fehde zu erreichen. Vermittlung zwischen Stämmen in Fehde ist schon seit langer Zeit in Kurdistan institutionalisiert. Das kurdische Wort für Vermittlung ist *navbeynkari*. Nach dem kurdischen Politikwissenschaftler Abdullah Hejab wird in kleineren Konflikten unter Nachbarn vermittelt, aber auch in umfassenden Stammesrivalitäten. Die Älteren des Stammes, Mullahs, Frauen und seit kurzem politische Parteien können als Vermittler agieren. Der tatsächliche Status der gewählten Vermittler hängt vom fraglichen Konflikt und dem Status der beteiligten Parteien ab. Als allgemeine Regel muss der Vermittler einen hohen gesellschaftlichen Stand haben, er muss den Ruf genießen, ehrlich und unparteiisch zu sein, oder er muss eine sehr mächtige Person sein. Ältere vermitteln meist in kleineren Familiendiskussionen; Stammesführer kümmern sich um prestigeträchtige Konflikte, in denen es um Ehre geht; und Mullahs und religiöse Führer vermitteln in Fällen, in denen die Auslegung des Rechtes (*Shariat*) von überwiegender Bedeutung ist. Die Zahlung an den Vermittler ist eine etwas vergrößerte symbolische Summe, da ein erfolgreicher Vermittler einen höheren gesellschaftlichen Rang als die streitenden Parteien haben muss. Interessanterweise können Frauen in Konflikten vermitteln, die für Männer zu schwierig zu regeln sind. Unter kriegsähnlichen Bedingungen zwischen Stämmen oder Clans gehen die Frauen manchmal dazwischen und beenden andauernde Kämpfe. Ein Sprichwort sagt: „... wenn Frauen zwischen kämpfende Parteien gehen, kann sogar Blutrache vergeben werden.“

Die Vermittlungsbemühungen haben eine hohe Erfolgsquote. Der Grund, warum die meisten vermittelten Konflikte beigelegt werden, kann darin liegen, dass einige Personen die Rolle als Vermittler annehmen, ohne dass die betroffenen Parteien eine feste Absicht zur Versöhnung äußern. Formelle Vermittlung läuft gewöhnlich über inoffizielle Gespräche zwischen den Parteien, die meist über eine dritte Person geführt werden. Wie wir im obigen Fall gesehen haben, wurden die Anfangsgespräche zur Aussöhnung kürzlich von Mitgliedern der sich bekämpfenden Stämme selbst in London gemacht. Dennoch ist fraglich, ob so ein direkter Kontakt in Kurdistan hätte zustande kommen können. So besteht die Hoffnung, dass die unglückliche Situation der kurdischen Stämme in der Diaspora am Ende die positive Auswirkung haben wird, Fehden zu beenden. ♦

(Übersetzung aus dem Englischen von Susanne Gierstein;
Original: Haci Akman: „Honor, Feuding and National Fragmentation in Kurdistan”, in: “Tournaments of Power. Honor and Revenge in the Contemporary World“, Aldershot (UK) 2002, S. 101-114)

Für die Zukunft der Menschen und ihrer Natur- und Kulturschätze

Der Bau des Staudammprojektes muss neu überdacht werden

Arif Aslan

Es ist von Nutzen, dass die Regierung – im Hinblick auf die zahlreichen negativen Auswirkungen und Resultate von Staudämmen, die in der Vergangenheit gebaut wurden – den geplanten Bau der Staudämme Ilisu, Munzur und Hakkar-Zap erneut überdenkt.

Staudämme wie die des GAP-Projekts und andere haben zweifellos für unser Land beachtlichen ökonomischen Nutzen erbracht. Aber es ist auch eine Tatsache, dass die Vorteile dieser Projekte nicht gleichberechtigt in der Region und im gesamten Land verteilt sind, die regionale Bevölkerung aber den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen ausgesetzt ist. Vor diesem Hintergrund kann niemand den Bau neuer Staudämme befürworten, ohne diese Wirkungen ernsthaft analysiert zu haben.



Hasankeyf Foto: Annett Bender

♦ Bislang wurde die Meinung (zum Bau des Vorhabens) derjenigen, die aufgrund der Staudammprojekte Ilisu, Munzur und Zap ihren Wohnort verlassen mussten und müssen, nicht eingeholt. Lediglich die Menschen wurden kontaktiert, deren Häuser und Grundstücke im Wasser versinken werden, um den Wert für die Verstaatlichung zu bestimmen.

♦ Bislang gab es sowohl für die Betroffenen als auch für die Öffentlichkeit keine Auskunft über den Plan der Evakuierung von Menschen, die aufgrund des Staudammes umsiedeln müssen. Anhand der bisherigen Praxis kann festgestellt werden, dass Umsiedlung und Flucht den Lebensstandard der Betroffenen mittel- und langfristig negativ beeinflussten und die ohnehin vorhandene ungesunde Binnenmigration im Land beschleunigten.

♦ Bislang wurden in keiner Weise ökologische Auswirkung und Schaden für die Region als Resultat der Staudämme Ilisu, Munzur und Zap untersucht, wenn ein reichhaltiges Ökosystem als Folge eines großen Staudammes geflutet wird. Die Täler Tigris, Munzur und Zap sind für Ökologie, Fauna und Flora dieser Region von großer Bedeutung. Im Tal Munzur befindet sich z. B. der größte Nationalpark des Landes. Der Bau der Staudämme kommt auch einer Verletzung der eigenen Rechtsprechung gleich. Es ist nicht vorhersehbar, wie das Klima durch die Staudämme beeinflusst werden wird. Auch gibt es kaum Informationen über mögliche Krankheiten, die durch die Stauung des Wassers entstehen könnten.

Im Weiteren sind diese Täler mit ihrer wunderschönen Natur aus sozialer und psychischer Sicht von großer Bedeutung für die Menschen. Sie würden aber im Falle des Baus der Staudämme im Wasser versinken.

In den Staudamm-Gewässern verschwinden äußerst vielfältige historische und kulturelle Werte. Weil die Geschichte der Täler Tigris, Munzur und Zap

Nachdem der Bau des Ilisu-Staudamms 2002 nach internationalen Protesten – UmweltschützerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und ArchäologInnen hatten deutlich vor den katastrophalen Folgen des auf kurdischem Gebiet geplanten Projektes gewarnt, der Verschärfung des Wasserkonfliktes im Nahen Osten, der Zerstörung bedeutender Kulturgüter, der Zwangsumsiedlung der Bevölkerung sowie der Vernichtung noch weitgehend intakter Ökosysteme – zu den Akten gelegt wurde, steht er nun erneut auf der Tagesordnung. Am Tigris soll 65 Kilometer vor der Grenze zum Irak ein Gebiet von 313 Quadratkilometern überschwemmt werden. Damit würden mindestens 52 Dörfer und 15 Kleinstädte in den Fluten versenkt. Die erzwungene Umsiedlung von 78.000 Menschen sowie die Überflutung der antiken Stadt Hasankeyf, eines der ältesten bewohnten Orte der Erde, sind neben den zu erwartenden ökologischen Folgen die zentralen Kritikpunkte an dem Staudamm-Projekt.

Schon einmal, im März 1997, hatte die Türkei einem Konsortium unter der Leitung der (damals noch) Schweizer Firma Sulzer Hydro den Auftrag für das Ilisu-Projekt erteilt. Neben Sulzer Hydro, die 1999 von der österreichischen Firma VA Tech aufgekauft wurde, war die Schweizer ABB Power Generation für den elektro-mechanischen Teil beteiligt. Des Weiteren waren für die Hoch- und Tiefbauarbeiten das britische Unternehmen Balfour Beatty und die Firmen Impregilo (Italien), Skanska (Schweden), Nurol, Kiska und Tekfen (Türkei) engagiert worden. Deutschland war durch die geplante Turbinenlieferung einer Ravensburger Niederlassung Sulzers involviert. Die AktionärInnen des Baukonzerns Balfour Beatty stimmten nach dem Bekanntwerden der vielfältigen Mängel des Projekts gegen eine Beteiligung ihrer Firma. Daraufhin zogen sich auch die anderen Firmen aus dem Projekt zurück. Einzig die VA Tech blieb damals übrig.

Im Februar 2005 übernahm Siemens den hoch verschuldeten österreichischen Konzern VA Tech. In ihrer Hydro-Sparte hat die VA Tech im letzten Jahr das Ilisu-Staudammprojekt erneut auf die Agenda gesetzt.

Im Juli hat die EU-Kartellbehörde entschieden, dass Siemens die VA Tech Hydro veräußern muss. Welche Auswirkungen das für den Ilisu-Staudamm und die deutsche Außenwirtschaftsförderung insgesamt hat, wird sich noch zeigen müssen.[1]

Arif Aslan kämpft seit Jahren um den Erhalt der antiken Stadt Hasankeyf und gründete den „Verein der Freiwilligen Hasankeyf“ (Hasankeyf Gönüllüler Dernegi), dessen Vorsitzender er heute ist. Er ist außerdem Herausgeber und Mitarbeiter der kurdischen Zeitung „Batman Cagdas Gazetesi“ und schreibt als Journalist für die einflussreichen türkischen Tageszeitungen. Schon in der ersten Ilisu-Kampagne stritt er erfolgreich für die Rettung von Hasankeyf.

sehr weit zurückreicht, bergen sie sehr wertvolle kulturelle und historische Reichtümer. Neben schon freigelegten Funden wie in der antiken Stadt Hasankeyf werden unzählige noch nicht ausgegrabene Hügelgräber (Tumulus) überschwemmt werden. Dies betrifft nicht nur unser Land, sondern in erster Linie die gesamte Menschheit. Infolge dieser Staudammprojekte wird auch eine über Jahrtausende entstandene spezifische Kultur vernichtet werden. Sie wird durch die Umsiedlung der Menschen verloren gehen, assimiliert werden, weil sie regionalspezifisch ist.

Statt die antike Stadt Hasankeyf und das Tal des Munzur unter Wasser zu setzen, kann der Tourismus in diesen Regionen entwickelt und gefördert werden. Die zunehmende Touristenzahl in den letzten Jahren zeigt, dass dies mit wenig Aufwand möglich ist. Das Potential für Ökologie- und Kulturtourismus in diesen Regionen ist enorm, aus diesem Grunde verbreitet sich dieser Tourismusbereich in den letzten Jahren weltweit. Wir wollen nicht, dass außerordentliche Natur- und historische Reichtümer für die Energieproduktion von fünfzig Jahren vernichtet werden.

Weil diese drei Regionen gebirgig sind, werden die Verkehrsverbindungen und die Freizügigkeit durch den Staudammbau stark beeinträchtigt werden.

Alternativprojekte zu diesen Konzepten werden in keiner Weise gesucht und erforscht. Das erreichte technische Niveau, die Informations- und Recherchemöglichkeiten bieten unzählige Alternativen zur herkömmlichen Energieproduktion, darunter die Energieerzeugung durch Sonne und Wind. Die Türkei ist dafür sehr geeignet. Als Erstes muss die Instandsetzung der Transportwege für Elektrizität in Angriff genommen werden. Mit einer Reduzierung de Energieverlusterate von 21% auf das weltweite Durchschnittsniveau von 8% und mit einem Teil des für die Region vorgesehenen Investitionskapitals könnte die geplante Energiekapazität aus diesen drei Regionen erzielt werden.

Weil viele Staudämme nicht ausgelastet arbeiten, stellt sich die Frage, ob wirklich ein Bedarf an aus Staudämmen erzeugter Energie besteht.



Mausoleum in Hasankeyf Foto: Annett Bender

Engagierte Kreise wollen die Staudämme zur Diskussion stellen. Es ist unabdingbar, dass den sieben strategischen Prioritäten bei der Entscheidungsfindung und fünf kritischen Punkten im Entscheidungsprozess, die im Bericht der WCD („World Commission On Dams“, 1998 auf Initiative der UNO gegründete Weltstaudammkommission) 2000 gefordert werden, entsprochen wird.[2] ♦

Anmerkungen:

[1] Die EU-Kommission hat die Übernahme der VA Tech-Gruppe durch die Siemens AG „unter der Bedingung genehmigt, dass Siemens sich vom Wasserkraftgeschäft von VA Tech trennt und dass die Unabhängigkeit des Metallanlagenbauers SMS Demag gesichert bleibt. Auf Grund der von Siemens gemachten Zusagen kam die Kommission zu dem Schluss, dass der Zusammenschluss nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung wirksamen Wettbewerbs im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder in einem wesentlichen Teil desselben führt.
Siemens und VA Tech sind weltweit in einer Reihe ähnlicher Geschäftszweige tätig. (…)
Insbesondere ist VA Tech Hydro der europäische Marktführer bei wichtigen Komponenten für Wasserkraftwerke, wie z. B. Turbinen und Generatoren. Ein Zusammenschluss mit dem Wasserkraftgeschäft von Siemens hätte nach den Ermittlungen der Kommission zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Wettbewerbs geführt.
Durch die Zusage von Siemens, das in der VA Tech Hydro zusammengefasste Wasserkraftgeschäft der VA Tech an einen geeigneten Käufer zu veräußern, wird erreicht, dass der Wettbewerb nicht erheblich beeinträchtigt wird.“
(Brüssel, 13. Juli 2005: EU-Kommission genehmigt Übernahme der VA Tech-Gruppe durch Siemens mit Auflagen; IP/05/919: http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/919&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

[2] Strategische Prioritäten bei der Entscheidungsfindung:

(1) Gewinnung öffentlicher Akzeptanz
(2) Umfassende Prüfung von Optionen
(3) Bestehende Staudämme
(4) Erhalt von Flüssen und Existenzgrundlagen
(5) Anerkennung von Ansprüchen und gerechte Teilung des Nutzens
(6) Einhaltung von Verpflichtungen und Vereinbarungen
(7) Gemeinsamer Nutzen von Flüssen zugunsten von Frieden, Entwicklung und Sicherheit

Die Kommission nennt fünf kritische Punkte im Entscheidungsprozess, nach denen Wasser- und Energieprojekte beurteilt werden können. Die ersten zwei beziehen sich auf die Planung, sie bestimmen die Wahl eines bevorzugten Entwicklungsplans:
(1) Feststellung des Bedarfs – d. h. Bestätigung des Bedarfs für Wasser- und Energiedienstleistungen
(2) Auswahl von Optionen – d. h. Auswahl des bevorzugten Entwicklungsplans aus der vollen Bandbreite von Optionen.

Führt dieses Verfahren zur Wahl eines Staudamms als der bevorzugten Entwicklungsoption, ergeben sich drei weitere kritische Punkte im Entscheidungsprozess:
(3) Projektvorbereitung – Feststellung, ob alle notwendigen Vereinbarungen getroffen sind bevor das Vorhaben zur Ausschreibung des Bauvertrags freigegeben wird,
(4) Projektimplementierung – Sicherstellen dass vor Inbetriebnahme des Projektes alle Verpflichtungen eingehalten wurden,
(5) Projektbetrieb – Anpassung des Projektes an sich verändernde Gegebenheiten.

(Staudämme und Entwicklung: ein neuer Rahmen zur Entscheidungsfindung, Ein Überblick; Weltkommission für Staudämme, November 2000, www.dams.org)

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit auch in Mexiko

Uwe Brust

In Mexiko hat sich in den letzten fünf Jahren jegliche Aussicht auf Verbesserung der Lebensumstände zerschlagen. Die Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang hat sich nicht erfüllt. Die amtierende mexikanische Regierung setzt die Ausbeutungspolitik fort, wie auch schon vorher 71 Jahre lang die regierende P.R.I. (Partido Revolucionario Institucional - Partei der Institutionalisierten Revolution) Die Zapatisten gehen in dieser Situation in die Offensive. Ihr gesellschaftlicher Entwurf umfasst die indigene Bevölkerung genauso wie die Marginalisierten Mexikos. Das Ziel besteht in einer wirklich linken „Verfassung“ und fundamentalen Gesetzesänderungen. Es soll eine Allianz geschmiedet werden zwischen Zapatisten und den sozialen Bewegungen.

Aufgrund verstärkter militärischer Aktivitäten der mexikanischen Armee und ihrer Todesschwadronen rief die EZLN (Zapatistische Armee zur Befreiung Mexikos) Anfang Juli den „Roten Alarm“ aus. Mit Entschlossenheit bewies die EZLN ihre Bereitschaft zur bewaffneten Verteidigung ihrer Unterstützungsbasen: Sie rief alle demokratischen Menschen auf, sich ihrem Kampf anzuschließen. Mit der breiten Mobilisierung der EZLN und vieler sozialer Gruppen konnten die Militärs vorläufig gezwungen werden, sich zurückzuziehen. Mitte Juli konnte der ausgerufene „Rote Alarm“ aufgehoben werden.

Überall auf der Welt treffen die um Befreiung kämpfenden Menschen auf den entfesselten Neoliberalismus. Er soll bei den Menschen jeden Gedanken an eine andere, solidarische Welt zerstören. Aber wie die Geschichte zeigt, führt der entfesselte Neoliberalismus nicht zu einem Abflauen der Kämpfe, sondern im Gegenteil: Immer mehr Menschen schließen sich dem weltweiten Kampf gegen Kapitalismus und Unterdrückung an.



Eines der vielen Wandbilder in Chiapas Foto: www.ezln.most.org.pl

Auch in Kurdistan sehen wir, wie das Volk in einer Phase aufgezwungener militärischer Eskalation neue Formen der sozialen Organisierung anstrebt. So die Gründung der „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“. Hierzu zitieren wir den Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus seiner „Deklaration des demokratischen Konföderalismus“:

„Da der demokratische Konföderalismus eine demokratische Mentalität und Ausdruck eines Freiheitsbewusstseins ist, macht er keinerlei Unterscheidung zwischen den Völkern und setzt

sich für die gleichberechtigte freie Einheit aller Völker ein. Statt eines etatistischen Nationalismus, der auf starren Grenzen basiert, strebt er die Schaffung einer demokratischen Nation an. (...)

Der demokratische Konföderalismus steht für die globale Demokratie der Völker und im Gegensatz zum globalen Imperialismus. Er ist ein System, das sich im 21. Jahrhundert allen Völkern anbietet. Zugleich zeichnet sich eine allgemeine Tendenz zu demokratischen und konföderalen Strukturen im globalen Maßstab ab. In diesem Sinne rufe ich die gesamte demokratische Menschheit dazu auf, unter dem Dach des globalen demokratischen Konföderalismus eine neue Welt zu schaffen.“



Mitglieder der zapatistischen Armee Foto: www.ezln.most.org.pl

Nun wollen wir aber die Zapatisten aus der Selva Lacandona in Auszügen selbst reden lassen.

SECHSTE ERKLÄRUNG AUS DER SELVA LACANDONA (II)

(...)

III. WIE WIR DIE WELT SEHEN

Jetzt werden wir Ihnen erklären, wie wir Zapatisten das, was auf der Welt geschieht, sehen. Wir sehen, dass der Kapitalismus heute die stärkste Macht ist. Kapitalismus ist ein soziales System, das heißt eine Form, wie innerhalb einer Gesellschaft die Dinge und Personen organisiert sind, und wer etwas hat und wer nichts hat, und wer befiehlt und wer gehorcht. Im Kapitalismus gibt es einige, die Geld haben, also Kapital und Fabriken und Geschäfte und Felder und viele Dinge, und es gibt andere, die nichts haben außer ihrer Kraft und ihrem Wissen zu arbeiten; und im Kapitalismus haben jene das Sagen, die das Geld und die Dinge besitzen, und es gehorchen jene, die nichts anderes besitzen als ihre Arbeitskraft.

Und deshalb bedeutet Kapitalismus, dass es einige wenige gibt, die große Reichtümer besitzen, aber nicht, weil sie einen Preis gewonnen oder einen Schatz entdeckt oder eine Erbschaft gemacht hätten, sondern weil sie diese Reichtümer durch die Ausbeutung der Arbeit vieler gewonnen haben. Das heißt, Kapitalismus basiert auf der Ausbeutung der Arbeiter, was bedeutet, dass die Arbeiter ausgepresst werden und ihnen alles an Gewinn, was nur geht, abgenommen wird. Das geschieht auf ungerechte Art, denn die Arbeiter bekommen nicht das bezahlt, was ihre Arbeit wirklich wert ist, sondern sie erhalten nur ein Gehalt, das gerade ausreicht, um ein wenig zu essen und sich ein wenig auszuruhen, um am nächsten Tag wieder zur Arbeit zu gehen und ausgebeutet zu werden, sei es auf dem Land oder in der Stadt.

Der Kapitalismus gewinnt seine Reichtümer auch durch Plünderung, das heißt durch Raub, weil er anderen das wegnimmt, wonach er strebt, zum Beispiel Land und natürliche Ressourcen. Das heißt, Kapitalismus ist ein System, in dem die Diebe frei sind und bewundert und als gutes Beispiel hingestellt werden.

Und, zusätzlich zur Ausbeutung und Plünderung, unterdrückt Kapitalismus auch, weil er jene, die gegen die Ungerechtigkeit rebellieren, einsperrt und tötet.

(...)

Die neoliberale Globalisierung will also die Nationen der Welt zerstören und erreichen, dass es nur noch eine einzige Nation oder ein Land gibt, das Land des Geldes, des Kapitals. Und der Kapitalismus will auch, dass alles so läuft, wie er das gern hätte, das heißt auf seine Weise, und alles, was anders ist, mag er nicht und verfolgt es und greift es an, oder stellt es in einer Ecke ab und tut so, als ob es das nicht gäbe.

Um also, wie es heißt, zusammenzufassen, basiert der Kapitalismus der neoliberalen Globalisierung auf der Ausbeutung, der Plünderung, der Verachtung und der Unterdrückung jener, die sich nicht ergeben. Das heißt genau wie vorher, nur jetzt eben globalisiert, weltweit.

Aber es ist nicht so einfach für die neoliberale Globalisierung, weil die Ausgebeuteten aller Länder sich nicht damit abfinden und nicht sagen, dass man nichts machen kann, sondern sie rebellieren; und jene, die übrig bleiben und stören, leisten Widerstand und lassen sich nicht eliminieren. Und so sehen wir, dass auf der ganzen Welt die Ausgebeuteten zum Widerstand werden, um sich nicht zu ergeben, das heißt, sie rebellieren, und nicht nur in einem einzigen Land, sondern es gibt überall unglaublich viele davon, das heißt, so wie es eine neoliberale Globalisierung gibt, gibt es auch eine Globalisierung der Rebellion.

Und in dieser Globalisierung der Rebellion kommen nicht nur die Land- und Stadtarbeiter vor, sondern auch andere Männer und Frauen, die aus dem gleichen Grund verfolgt und verachtet

werden, weil sie sich nicht beherrschen lassen wollen, so wie die Frauen, die Jugendlichen, die Indigenas, die Homosexuellen, die Lesbierinnen, die Transsexuellen, die Migranten und viele andere Gruppen, die es sowieso auf der ganzen Welt gibt, aber die wir erst sehen, wenn sie „ya basta“ rufen, nämlich dass sie genug davon haben verachtet zu werden und sich erheben, und jetzt sehen wir sie und hören sie und verstehen sie.

Und wir sehen, dass all diese Gruppen von Menschen gegen den Neoliberalismus kämpfen, das heißt gegen den Plan der kapitalistischen Globalisierung, und dass sie für die Menschlichkeit kämpfen.

Und bei allem, was wir sehen, sind wir sehr erstaunt über die Dummheit der Neoliberalen, die mit ihren Kriegen und ihrer Ausbeutung die ganze Menschheit vernichten wollen, aber sind auch sehr glücklich zu sehen, dass es überall Widerstand und Rebellionen gibt, so wie unsere, die ein wenig klein ist, aber hier sind wir. Und das sehen wir auf der ganzen Welt, und unser Herz versteht, dass wir nicht alleine sind.

(...)

IV. Wie wir unser Land sehen, Mexiko

Gut, aber trotz der ganzen Verwirrung, die die Neoliberalen verursachen, gibt es Mexikaner und Mexikanerinnen, die sich organisieren und Widerstand leisten.

Und so haben wir herausgefunden, dass es Indigenas gibt, die fern von Chiapas leben, und die ihre Autonomie bauen und ihre Kultur verteidigen und das Land, die Wälder und das Wasser beschützen.

Und es gibt Landarbeiter, das heißt Campesinos, die sich organisieren und ihre Märsche und Mobilisierungen abhalten, um Kredite und Zuschüsse für die Landwirtschaft zu fordern.

Und es gibt Stadtarbeiter, die nicht zulassen, dass sie ihre Rechte abschaffen oder ihre Arbeit privatisieren, sondern protestieren und demonstrieren, damit sie ihnen nicht das Wenige nehmen, das sie haben, und dem Land nicht das wegnehmen, das ihm gehört, wie die Elektrizität, das Erdöl, die Sozialversicherung, die Bildung.

Und es gibt Studenten, die nicht zulassen, dass die Bildung privatisiert wird, und darum kämpfen, dass sie kostenfrei bleibt und allen freisteht und wissenschaftlich ist, das heißt, dass man nicht dafür bezahlen muss, dass sie für alle Menschen zugänglich ist, und dass in den Schulen kein Unsinn gelehrt wird.

Und es gibt Frauen, die nicht zulassen, dass man sie als Schmuckstücke behandelt oder dass man sie erniedrigt und verachtet, weil sie Frauen sind, sondern die sich organisieren und für den Respekt kämpfen, der ihnen als Frauen zusteht.

Und es gibt Jugendliche, die nicht akzeptieren, dass man sie mit Drogen verdummt oder sie wegen ihrer Lebensart verfolgt, sondern sich selbst durch ihre Musik, ihre Kultur und ihre Rebellion bewusst werden.

Und es gibt Homosexuelle, Lesben, Transsexuelle und viele andere, die sich nicht damit abfinden, dass sie verspottet, verachtet, misshandelt und sogar getötet werden, weil sie eine andere Lebensart haben, und als Anormale oder Verbrecher behandelt werden, sondern ihre Organisationen bilden, um ihr Recht auf das Anderssein zu verteidigen.

Und es gibt Priester und Nonnen und so genannte Laien, die nicht auf der Seite der Reichen stehen und sich auch nicht damit begnügen zu beten, sondern die sich organisieren, um die Kämpfe des Volkes zu begleiten.

Und es gibt so genannte Sozialkämpfer, Männer und Frauen, die ihr ganzes Leben für das ausgebeutete Volk gekämpft haben, und das sind die, die an den großen Streiks und Arbeiteraktionen teilgenommen haben, an den großen Bürgermobilisierungen, den großen Campesinobewegungen, und die große Unterdrückung erlitten haben, und auch wenn einige bereits alt geworden sind, machen sie weiter, ohne sich zu ergeben, und laufen von hier nach da und suchen den Kampf, suchen die Organisation, suchen die Gerechtigkeit, und sie gründen linke Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, Organisationen für die Verteidigung der politischen Gefangenen und für das Wiederfinden der Verschwundenen, linke Publikationen, Lehrer- und Studentenorganisationen, das heißt des sozialen Kampfes, und sogar politisch-militärische Organisationen, und sie geben keine Ruhe, und sie wissen viel, weil sie viel gesehen und gehört und erlebt und gekämpft haben.

(...)

V. WAS WIR TUN WOLLEN

Gut, jetzt werden wir Ihnen erzählen, was wir auf der ganzen Welt und in Mexiko tun wollen, weil wir nicht alles, was auf unserem Planeten vorgeht, mit ansehen und dann einfach still bleiben können, als ob wir hier ganz alleine wären.

Was wir auf der ganzen Welt tun möchten, ist allen zu sagen, die auf ihre Weise und in ihren Ländern Widerstand leisten und kämpfen, dass sie nicht allein sind, und dass wir Zapatisten, auch wenn wir sehr klein sind, sie unterstützen, und dass wir nach Wegen suchen werden, um ihnen in ihren Kämpfen beizustehen und mit ihnen zu sprechen um zu lernen, denn wenn wir etwas gelernt haben, dann ist es zu lernen.

Und wir möchten den lateinamerikanischen Völkern sagen, dass es für uns eine Ehre ist, ein Teil von ihnen zu sein, wenn auch nur ein kleiner. Dass wir uns gut daran erinnern können, wie sich der Kontinent vor einigen Jahren erhellte und eins der Lichter Che Guevara hieß, so wie es sich davor einmal Bolívar nannte, denn manchmal ergreifen die Völker einen Namen um zu sagen, dass sie eine Fahne ergreifen.

Und wir möchten dem kubanischen Volk sagen, das sich schon seit vielen Jahren auf seinem Pfad des Widerstandes befindet, dass es nicht allein ist und dass wir mit der Blockade gegen Kuba nicht einverstanden sind, und dass wir nach einer Möglichkeit suchen werden, den Kubanern etwas für ihren Widerstand zu schicken, auch wenn es nur Mais ist. Und wir möchten dem nordamerikanischen Volk sagen, dass wir nichts vermischen und sehr wohl wissen, dass die schlechten Regierungen, die sie haben und die auf der ganzen Welt Schaden anrichten, und die Nordamerikaner, die in ihrem Land kämpfen

und sich mit den Kämpfen anderer Völker solidarisieren, zwei ganz verschiedene Dinge sind. Und wir möchten unseren Brüdern und Schwestern der Mapuche in Chile sagen, dass wir ihren Kampf sehen und daraus lernen. Und den Venezolanern, dass wir sehen, wie gut sie ihre Souveränität verteidigen, das heißt das Recht ihrer Nation, über das eigene Schicksal zu entscheiden. Und den indigenen Brüdern und Schwestern aus Ecuador und Bolivien möchten wir sagen, dass sie uns eine gute Lektion in der Geschichte ganz Lateinamerikas erteilen, weil sie es tatsächlich schaffen, die neoliberale Globalisierung zu bremsen. Und den Piqueteros und den Jugendlichen aus Argentinien möchten wir sagen, dass wir sie lieben. Und denen, die in Uruguay ein besseres Land wollen, dass wir sie bewundern. Und denen, die in Brasilien „Ohne Land“ (*sin tierras*) sind, dass wir sie respektieren. Und allen Jugendlichen in Lateinamerika, dass es gut ist, was sie tun, und dass sie uns große Hoffnung geben.

Und wir möchten den Brüdern und Schwestern aus dem „Sozialen Europa“ sagen, das heißt dem würdigen und rebellischen Europa, dass sie nicht allein sind. Dass uns ihre großen Bewegungen gegen die neoliberalen Kriege sehr froh machen. Dass wir ihre Formen der Organisation und ihre Arten zu kämpfen aufmerksam beobachten, um vielleicht etwas daraus lernen zu können. Dass wir nach Wegen suchen, sie in ihren Kämpfen zu unterstützen, und dass wir ihnen keine Euros schicken werden, weil die wegen des Absackens der Europäischen Union sicher bald entwertet werden, aber dass wir ihnen vielleicht Kunsthandwerk und Kaffee schicken werden, den sie vermarkten können, und so ihre Arbeit für den Kampf ein wenig unterstützt wird. Und vielleicht schicken wir ihnen auch Pozol [*ein Getränk aus Mais – Anm. d. Üs.*], der viel Kraft für den Widerstand schenkt, aber vielleicht auch lieber nicht, weil wir den Pozol besser gewöhnt sind, und es wäre schlimm, wenn sie sich daran den Magen verderben und deshalb ihre Kämpfe schwächer werden und die Neoliberalisten sie besiegen.

Und wir möchten den Brüdern und Schwestern aus Afrika, Asien und Ozeanien sagen, dass wir wissen, dass sie auch kämpfen, und dass wir ihre Ideen und Praktiken besser kennen lernen möchten.

(...)

Brüder und Schwestern:

Dies ist unser Wort, mit dem wir erklären: Weltweit werden wir uns stärker mit den Widerstandskämpfen gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit verbrüdern.

Und wir werden diese Kämpfe unterstützen, wenn auch nur ein wenig.

Und wir werden mit gegenseitigem Respekt Erfahrungen, Geschichten, Ideen und Träume austauschen.

In Mexiko werden wir das ganze Land bereisen, durch die Ruinen, die der neoliberale Krieg zurückgelassen hat, und durch die Oasen des Widerstandes, die dazwischen blühen.

Wir werden diejenigen suchen und finden, die diesen Boden und diesen Himmel so sehr lieben wie wir.

Wir werden von La Realidad bis Tijuana nach jenen suchen, die sich organisieren und kämpfen wollen, um das zu errichten, was vielleicht die letzte Hoffnung ist, damit dieses Land, das mindestens seit der Zeit besteht, als ein Adler sich auf einen Nopal [*Feigenkaktus*] setzte, um eine Schlange zu verschlingen, nicht stirbt.

Wir kämpfen für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für jene, denen sie verweigert werden.

Wir kämpfen für eine andere Politik, für ein linkes Programm und eine neue Verfassung.

Wir laden die Indigenas, Arbeiter, Campesinos, Lehrer, Studenten, Hausfrauen, Nachbarn, Kleineigentümer, Kleinhändler, Kleinunternehmer, Pensionäre, Behinderten, Glaubensmänner und -frauen, Wissenschaftler, Künstler, Intellektuellen, Jugendlichen, Frauen, alten Menschen, Homosexuellen und Lesben, Jungen und Mädchen dazu ein, sich auf individuelle oder kollektive Weise direkt mit den Zapatisten an dieser NATIONALEN KAMPAGNE zu beteiligen, um eine andere Form des Politikmachens zu schaffen, für ein nationales und linkes Kampfprogramm, und für eine neue Verfassung.

Und das ist unser Wort darüber, was wir tun werden und wie wir es tun werden. Es ist Ihre Entscheidung, ob Sie sich dem anschließen wollen.

Und wir sagen den Männern und Frauen, die gute Absichten in ihrem Herzen tragen, die mit diesem Wort, das wir sagen, einverstanden sind und keine Angst haben, oder die vielleicht doch Angst haben, aber diese beherrschen, dass sie öffentlich sagen sollen, ob sie mit dieser Idee, die wir vorstellen, einverstanden sind, und dann können wir gemeinsam über das Wer und Wie und Wo und Wann dieses neuen Schrittes im Kampf entscheiden.

Während Sie darüber nachdenken, möchten wir Ihnen sagen, dass heute, im sechsten Monat des Jahres 2005, wir Männer, Frauen, Kinder und alten Menschen der *Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung* uns entschieden und diese „Sechste Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald“ bereits unterzeichnet haben, die, die schreiben können, mit ihrer Unterschrift, und die, die es nicht können, mit ihrem Fingerabdruck, aber die, die nicht schreiben können, sind schon weniger geworden, weil die Schulbildung bereits Fortschritte gemacht hat, hier in dem Gebiet der Rebellion für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus, das heißt in dem Land unter zapatistischen Himmel.

Und dies war unser einfaches Wort, gerichtet an die edlen Herzen der einfachen und bescheidenen Menschen, die Widerstand leisten und gegen die Ungerechtigkeiten auf der ganzen Welt rebellieren. ♦

DEMOKRATIE!
FREIHEIT!
GERECHTIGKEIT!

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.

Das Geheime Revolutionäre Indigene Komitee – Generalkommandantur der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung, im sechsten Monat, das heißt im Juni des Jahres 2005 ♦

Nachgefragt:

Ohne revolutionäre Organisation keine revolutionäre Veränderung

Interview mit der Autonomen Antifa Lüdenscheid

DIE Jugend sei politisch desinteressiert, in erster Linie auf materielle Vorteile bedacht, rücksichtslos und auf die eigene Karriere fixiert, ist eine häufig geäußerte Meinung, die in dieser Einseitigkeit sicher falsch ist und einer Korrektur bedarf. Die vermeintliche Politikverdrossenheit DER Jugendlichen wird aber nicht selten ausgerechnet von den Repräsentant(inn)en der etablierten politischen Klasse beklagt, die – sollte der Vorwurf überhaupt zutreffen – genau dafür verantwortlich zu machen sind. Hierüber und anderes sprach Monika Morres mit Mitgliedern der Autonomen Antifa Lüdenscheid (AAL).

Was ist eure Meinung zu diesem (Vor-) Urteil ?

Die Herrschenden haben kein Interesse daran, dass sich die Menschen im Land politisch stark machen oder sich gar organisieren. Sie vermitteln über ihre Medien, Studien oder Statistiken ihrer so genannten Meinungsforschungsinstitute das Bild, dass sich vor allem Jugendliche nicht mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander setzen. Das wird dann daran festgemacht, dass sich kaum noch junge Leute in den Jugendorganisationen der etablierten Parteien engagieren.

Wir denken allerdings, dass eher das Gegenteil der Fall ist und sich sehr viele junge Leute für politische Themen interessieren und politisch aktiv werden wollen. Am deutlichsten wurde das bei den Protesten gegen den US-imperialistischen Krieg gegen den Irak und bei den stattfindenden Antiglobalisierungsprotesten. Dass dieses Interesse leider zumeist nicht von großer Dauer ist, liegt auch an den politischen Gruppen selbst, denen es offenbar nicht gelingt, junge Leute in ihre Zusammenhänge einzubinden und ihnen eine interessante Perspektive innerhalb ihrer Strukturen zu geben.

Wann wurde eure Gruppe gegründet und was war der konkrete Anlass ?

Unsere Gruppe hat sich im Dezember 1996 gegründet. Anlass war, dass zu dieser Zeit der in Lüdenscheid ansässige faschistische „Donner-Verlag“ – der damals größte in Deutschland – nazistische Propaganda und Informationsmaterialien verschickt hat. Außerdem gab es von Beginn an in unserer Gruppe die Idee, ein Autonomes Zentrum in Lüdenscheid zu eröffnen.

Wie ist eure Gruppe altersmäßig und im Verhältnis Männer/Frauen zusammengesetzt ?

Ein Viertel unserer Gruppe besteht aus Frauen. Es gibt eine gute Mischung aus älteren und jüngeren Genoss(inn)en, die zum Teil aus der ehemaligen „Schüler/innen-Initiative gegen Rechts“ kommen.

In ländlichen Gebieten ist es im Gegensatz zu den Metropolen sicher nicht ganz leicht, Leute politisch zu motivieren und zu organisieren. War das bei euch ein Problem ?

Wir stehen vor den gleichen Problemen, wie sie jede Kleinstadt hat. Viele Leute ziehen irgendwann weg, weil sie studieren oder woanders arbeiten wollen. Wir haben innerhalb unserer Strukturen versucht, immer frühzeitig darauf zu reagieren, neue Leute in die Gruppe zu integrieren und somit eine Kontinuität der Arbeit gesichert. Das dürfte auch für die kommenden Jahre gelten.

Was ist der Schwerpunkt eurer politischen Arbeit und Aktivitäten ?

Zum einen arbeiten wir zum Thema Antifaschismus – hier vor allem gegen die örtlich sehr starke faschistische Szene – und beteiligen uns an überregionalen Aktionen und Demonstrationen gegen Naziaktivitäten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist das Autonome Zentrum Lüdenscheid, das wir mit anderen Einzelpersonen und Gruppen organisieren. Das Zentrum hat für uns eine enorm wichtige Bedeutung, um kulturelle und politische Aktivitäten zusammenzubringen und vor allem, um junge Leute für politische Themen zu sensibilisieren und einen Freiraum zu haben.

Ein dritter Schwerpunkt ist sicherlich Internationalismus und internationale Solidarität.

Wie ist die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, Organisationen oder auch Parteien ?

Seit der Gründung unserer Gruppe spielte das Thema Organisierung/Vernetzung eine zentrale Rolle. Ohne eine revolutionäre Organisation kann es keine revolutionäre Veränderung geben. Eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse, wenn sie dauerhaft und erfolgreich sein soll, kann nur im internationalen Rahmen geschehen. Das bedeutet für uns

zuerst den Aufbau einer Organisation der radikalen Linken hier in Deutschland bei gleichzeitiger Intensivierung der Kontakte zu anderen nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen und deren Exilstrukturen.

Wir sehen uns, auch wenn die Linke hier zur Zeit marginal ist, als Teil eines gemeinsamen Kampfes zusammen mit der kurdischen, türkischen, baskischen, palästinensischen, irischen Linken – den Kämpfen in Lateinamerika und im Trikont.

Lokal arbeiten wir punktuell auch mit Parteien und unabhängigen Gruppen zusammen. Das hängt allerdings stark von der jeweiligen Thematik ab.

Überregional stehen wir vor allem in der Diskussion mit der Gruppe Internationale Solidarität aus Magdeburg.

Gibt es von eurer Seite Vorbehalte in der Zusammenarbeit mit bestimmten Organisationen ?

Eine Zusammenarbeit mit so genannten Antideutschen und Teilen der antinationalen Gruppen, die US-imperialistische Kriege befürworten, die die rassistische und staatsterroristische Politik Israels akzeptieren und die die staatliche Hetze gegen die muslimische und arabische Bevölkerung unterstützen, kommt für uns nicht in Frage. Frühzeitig haben wir uns zu diesen reaktionären und rassistischen Formationen positioniert, standen damit allerdings fast allein. Den anderen Gruppen in der radikalen Linken, vor allem aber der Antifa-Bewegung, kann mensch bei dieser Thematik nur totales Versagen vorwerfen. Bis heute gibt es in weiten Teilen der Antifa-Bewegung Kontakte zu diesen kriegstreiberischen Gruppen oder gar gemeinsame Aktionen und Demonstrationen. Erst durch die Spaltung einiger Gruppen in Berlin und Göttingen in den letzten Monaten sind auch von größeren Zusammenhängen praktische Konsequenzen gegenüber den Antideutschen gezogen worden. Viel zu spät, wie wir meinen.

Internationalismus, Solidarität mit Befreiungsbewegungen und praktizierte Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften ist für euch von großer Bedeutung. Innerhalb der vielfach fraktionierten deutschen Linken ist beispielsweise eine – freundlich formuliert – ausgeprägte Distanz zur kurdischen Bewegung feststellbar. Wie ist eure Haltung hierzu ?

Internationalismus ist ein Eckpfeiler und Ausgangspunkt unserer politischen Arbeit. Unsere Gruppe beschäftigt sich mit sozialen und nationalen Befreiungsbewegungen, in erster Linie mit der palästinensischen, der baskischen, kurdischen sowie der Linken in Nordirland und der Türkei. Eine praktische Zusammenarbeit und einen Austausch gibt es hier vor allem mit dem kurdischen Frauenbüro CENÎ in Düsseldorf und mit lokalen kurdischen Vereinen in Nordrhein-Westfalen sowie kurdischen Freund(inn)en direkt vor Ort.

Wir denken, dass wir uns mit der kurdischen und den oben genannten Bewegungen in einem gemeinsamen Kampf um Befreiung befinden, unabhängig davon, dass es verschiedene Ausgangspositionen, Aktionsformen und Entwicklungen in den verschiedenen Bewegungen gibt.

Ein Sieg der Linken im Baskenland oder in Kurdistan ist auch ein Sieg für uns.

Die Distanzierung vieler Gruppen von der kurdischen Bewegung hängt sicherlich auch mit dem Aufkommen antinationaler und antideutscher Gruppen zusammen, die oftmals die Befreiungsbewegungen diskreditieren und sich von der internationalen Solidarität verabschiedet haben und ihre Begriffe von Nation, Volk und den hiesigen Verhältnissen eins zu eins auf andere Bewegungen übertragen.

Unsere praktische Antwort darauf ist, Begriffe wie Internationalismus und Antiimperialismus wieder in die linke Diskussion zu bringen und Leute für diese Themen zu gewinnen.

Anlässlich des diesjährigen Newroz-Festes war ein Mitglied eurer Gruppe mit einer Delegation in Kurdistan. Wie ist es dazu gekommen, welche Eindrücke hat diese Reise hinterlassen und werdet ihr versuchen, geknüpfte Kontakte zu intensivieren und inhaltlich an dem Thema dran zu bleiben ?

Nun, um zu erklären, wie es dazu gekommen ist, dass Mitglieder unserer Gruppe an einer Delegation teilgenommen haben, müssen wir etwas weiter ausholen.

Als Gruppe arbeiteten wir von Beginn an zu verschiedenen Befreiungsbewegungen, die über den Globus verteilt sind. Der Relevanz der kurdischen Bewegung und ihrer Programmatik waren wir uns immer bewusst. So setzten wir uns kontinuierlich mit ihrer politischen Entwicklung auseinander. So wuchs natürlich auch das Interesse und Bedürfnis, die Probleme vor Ort und die Bewegung „persönlich“ kennen zu lernen. Es reichte einfach nicht mehr, nur Bücher hierüber zu lesen. Wir wollten uns direkt mit der aktuellen Situation in Kurdistan vertraut machen. Das führte zu dem Entschluss, dass zwei Mitglieder unserer Gruppe an einer Delegation teilnehmen sollten. So fuhren wir gemeinsam Ende März/Anfang April diesen Jahres nach Türkei-Kurdistan. Die Eindrücke, die dort aufgenommen wurden, haben uns tief beeindruckt und unser politisches Handeln für die Zukunft geprägt.

Zur Frage nach den Kontakten können wir nur sagen, dass uns eine Aufrechterhaltung und Intensivierung ein ganz wichtiges Anliegen ist.

Was sind eure politischen Vorhaben für die nächste Zeit ?

Ab Herbst gibt es wieder ein Autonomes Zentrum in unserer Stadt mit einer klar internationalistischen Ausrichtung. Dort werden Konzerte, Veranstaltungen, Filmabende usw. stattfinden. Wir wollen die Organisierungsdebatte innerhalb der radikalen Linken weiter vorantreiben. Ein Mitglied unserer Gruppe wird sich wieder an einer Kurdistan-Reise beteiligen. Um Eindrücke vor Ort sammeln und mit Bewegungen diskutieren zu können, wollen wir auch ins Baskenland, nach Nordirland oder Palästina fahren.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit werden die Gegenaktivitäten der radikalen Linken gegen den in Deutschland 2007 stattfindenden G8-Gipfel sein. In diesem Zusammenhang würden wir uns freuen, wenn sich die kurdische Bewegung an der Vorbereitung und Umsetzung der Proteste gegen das Treffen der imperialen Staaten massiv beteiligen würde. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress
Deutschlandvertretung
Scharnhorststr. 25
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 97 00 54 26
Fax: (49) 30 - 97 00 54 27

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1- 5455821
e-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0033 1 42 81 22 71
Fax: 0033 1 40 16 47 23
email: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
e-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
e-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
e-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 210 1137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
e-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Stopp Isolation

Free Abdullah Öcalan

ISSN 0935-5375